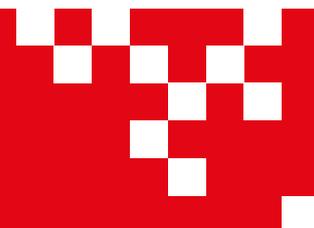


# Geschäftsbericht

zum doppelten Jahresabschluss 31. 12. 2012  
des Landes und der Stadtgemeinde Bremen



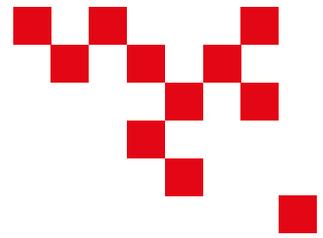


## Vorwort



Bereits zum dritten Mal legt Bremen einen doppelten Jahresabschluss vor, der einen umfassenden Einblick in die bremische Vermögens- und Ertragslage zum Stichtag 31.12.2012 ermöglicht. Damit wird erneut ein Beitrag zu einer größeren Transparenz über die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik des Landes und der Stadtgemeinde Bremen geleistet. Der Jahresabschluss gibt Aufschlüsse über die vorhandenen Vermögenswerte, die eingegangenen Verpflichtungen sowie den Ressourcenverbrauch. Die doppelte Sichtweise verdeutlicht einmal mehr, dass sich Bremen trotz positiver Veränderungen weiterhin in finanzieller Notlage befindet.

Die verantwortungsvolle Haushaltspolitik Bremens bewirkte auch 2012, dass der Konsolidierungskurs eingehalten werden konnte und dass das Bundesland Bremen seiner Verpflichtung nachgekommen ist, das jährliche Finanzierungsdefizit weiter abzubauen. Hierfür hat Bremen 2012 im Gegenzug erneut 300 Mio. Euro Konsolidierungshilfe vom Bund erhalten. Bremen leistete 2012 enorme Sparanstrengungen und erhöhte



gleichzeitig die Einnahmen. Durch Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung wird nach wie vor ein wichtiger Beitrag zur Konsolidierung geleistet.

Die derzeitige Vermögens- und Ertragslage im Haushaltsnotlageland Bremen führt dazu, dass nicht alles Wünschenswerte finanzierbar ist: Die Konsolidierung mit dem Ziel, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, setzt den finanziellen Rahmen. „Lebe jetzt, zahle später“ kann kein Grundsatz verantwortungsvoller Haushaltspolitik sein. Aus diesem Grund stellt die Schuldenbremse ein Instrument dar, das der Generationengerechtigkeit dient und künftigen Generationen Handlungsspielräume ermöglicht.

Das doppelte Rechnungswesen wird ständig weiterentwickelt. Um die Vorgaben der Standards staatlicher Doppik zu erfüllen, erfolgt seit 2012 eine wesentlich detailliertere Darstellung der bremischen Darlehen. Dieses führt zu einem geänderten Ausweis in den einzelnen Posten der Vermögens- und

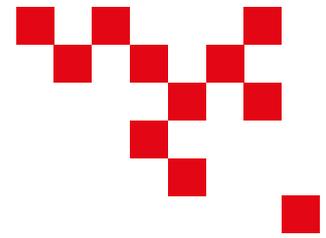
Erfolgsrechnung in diesem Geschäftsbericht mit der Konsequenz, dass der Vergleich mit dem Vorjahr leider hierdurch erschwert wird. Darüber hinaus wurden die in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Wertansätze der bremischen Beteiligungen entsprechend den Standards staatlicher Doppik umfassend hinsichtlich ihrer Werthaltigkeit überprüft und bei dauerhafter Wertminderung als außerplanmäßige Abschreibung ausgewiesen.

Aufgrund der geringen Personalressourcen ist jedoch auch in den nächsten Jahren nur eine schrittweise Weiterentwicklung des doppelten Rechnungswesens hin zu einer „Konzernbilanz“ möglich.

Allen an diesem Bericht Beteiligten möchte ich meinen Dank für ihre engagierte Mitarbeit aussprechen.

Karoline Linnert  
Bürgermeisterin/Senatorin für Finanzen





# Inhalt

<b>Der dritte doppelte Jahresabschluss Bremens</b> .....	6
<b>Jahresabschluss</b> .....	13
Vermögensrechnung zum 31. 12. 2012 .....	14
Erfolgsrechnung 2012 .....	16
Anlagengitter .....	18
<b>Anhang</b> .....	20
Allgemeine Angaben .....	21
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Aktiva .....	22
Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Passiva .....	39
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung .....	54
Sonstige Angaben .....	70
<b>Lagebericht</b> .....	80
<b>Finanzrechnung zum 31. 12. 2012</b> .....	110
<b>Glossar</b> .....	116
<b>Abkürzungen</b> .....	118
<b>Impressum/Bildnachweis</b> .....	119

## Der dritte doppische Jahresabschluss Bremens

### Schneller zum Ziel – ein kleiner Wegweiser

Mit dieser kleinen Orientierungshilfe soll der Umgang mit dem Geschäftsbericht zum doppischen Jahresabschluss erleichtert werden.

Der Geschäftsbericht gibt eine umfassende Auskunft über die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen auf Grundlage der doppelten Buchführung.

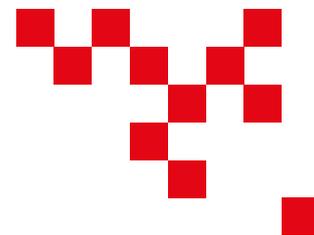
Der formale Aufbau des Geschäftsberichts erfolgt anhand der in den Standards staatlicher Doppik vorgegebenen Struktur und umfasst unterschiedliche Abschnitte, deren

Lektüre ggf. auch unabhängig voneinander erfolgen kann.

In der **Vermögensrechnung** und der **Erfolgsrechnung** werden die kumulierten Werte des Berichtsjahres denen des Vorjahres gegenübergestellt. Hier finden sich die Zahlen und Daten zur Vermögens- und Erfolgsermittlung sowie zum *Anlagengitter*. Eine ausführliche Darstellung der Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung befindet sich im Anhang. Dort werden ergänzende Informationen gegeben, die die Zusammensetzung der Positionen und zum Teil auch die Entwicklung innerhalb des Jahres erläutern. Der Anhang trägt damit durch Detailinformationen wesentlich zum



Haus des Reichs, Amtssitz der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen



Verständnis der Vermögensrechnung und der Erfolgsrechnung bei.

Im **Lagebericht** erfolgt zum einen eine Beurteilung der Situation im Berichtsjahr, zum anderen werden Entwicklungstendenzen für die Folgejahre aufgezeigt. Hier finden sich Ausführungen zu den *finanzpolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen* sowie zu den politischen Schwerpunktthemen, die den *Geschäftsverlauf* im Berichtszeitraum beeinflusst haben. In der *Darstellung der Lage* erfolgt die Ergebnisanalyse und -kommentierung des Berichtsjahres. Der *Nachtragsbericht* informiert über Ereignisse, die nach dem Ende des Berichtsjahres eintraten und rückwirkende Bedeutung für bzw. Auswirkungen auf das Berichtsjahr hatten. Im *Risiko- und Chancenbericht* werden

Sachverhalte, deren Eintreten in der Zukunft einen wesentlichen Einfluss auf die Lage der FHB haben können, aufgeführt.

Die **Finanzrechnung** ist eine ergänzende Liquiditätsbetrachtung des Berichtsjahres und des Vorjahres aus doppischer Sicht. Hier befindet sich die zahlenmäßige Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in Form einer tabellarischen Cashflow-Rechnung für die Bereiche der Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

Das **Glossar** und das **Abkürzungsverzeichnis** dienen als Nachschlagewerk dem schnelleren Verständnis der verwendeten Fachbegriffe.

**Geschäftsbericht zum doppelten Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2012**



**Jahresabschluss**



Vermögensrechnung



Erfolgsrechnung



Anlagengitter



**Anhang**



**Lagebericht**



**Finanzrechnung**



**Glossar, Abkürzungsverzeichnis**



## DIE AUSGANGSLAGE

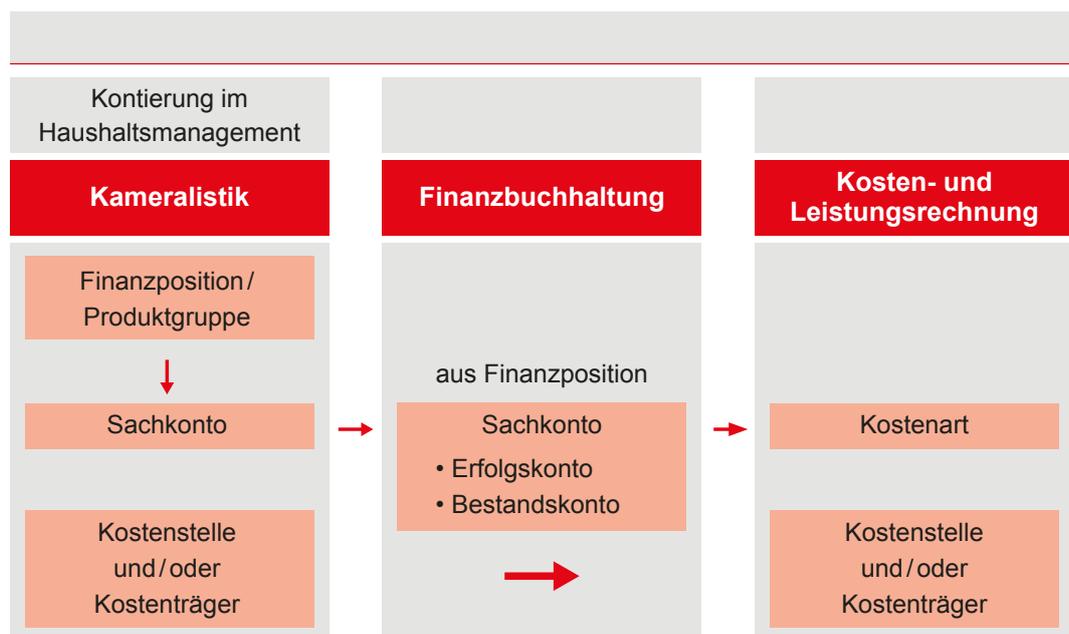
Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung wuchsen die Anforderungen an das bremische Haushalts- und Rechnungswesen stetig. Dies führte dazu, dass für das Land und die Stadtgemeinde Bremen seit 1992 kontinuierlich verschiedene Instrumente moderner Verwaltungssteuerung entwickelt und eingeführt wurden. Dezentralisierung, Budgetierung und Zusammenführung der Fach-, Personal- und Ressourcenverantwortung sind flächendeckend eingeführt. Der kamerale Produktgruppenhaushalt als parlamentarisches Steuerungsinstrument ist etabliert. Durch die Einführung umfassender Controllingberichte konnte die Transparenz in den verschiedenen Feldern wie Gesamthaushalt, Personal, Produktgruppenhaushalt, Wirtschafts- und Eigenbetriebe, Beteiligungen und Liegenschaftsmanagement sowie im Zuwendungsbereich verbessert werden.

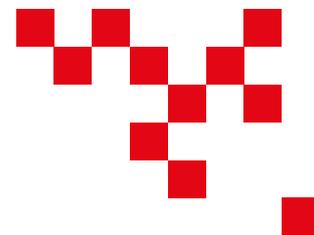
Das bremische Rechnungswesen umfasst heute sowohl kamerale als auch betriebs-

wirtschaftliche Komponenten und liefert je nach Fragestellung unterschiedlichste Informationen an Bürger, Politik und Verwaltung. Nach der Veröffentlichung der Eröffnungsbilanz 2010 ist die Erstellung der doppischen Jahresabschlüsse nunmehr ein fester Bestandteil des Haushalts- und Rechnungswesens Bremens und damit zu einer Regelmäßigkeit der Senatorin für Finanzen geworden. In der Standardsoftware SAP wird im Rechnungswesen der Freien Hansestadt Bremen die doppelte Buchführung systembedingt bei jeder kameralen Buchung mitgeführt, da der Buchungsstoff aus dem führenden kameralen Rechnungswesen auf die Konten der Finanzbuchhaltung sowie auf die Elemente der Kosten- und Leistungsrechnung übergeleitet wird. Im Gegensatz zum kameralen Rechnungswesen, in dem die periodische Zuordnung der Geschäftsvorfälle auf den tatsächlichen Zahlungszeitpunkt abgestellt wird, ergibt sich diese in der Finanzbuchhaltung aus dem Zeitpunkt der tatsächlichen Leistungserbringung bzw. -inanspruchnahme.

### INFO:

Eine Buchung im System wird in allen Komponenten des Rechnungswesens fortgeschrieben





Der doppische Jahresabschluss 2012 umfasst wie im Vorjahr das Land und die Stadtgemeinde Bremen. Die Einbindung der ausgegliederten Einheiten wie beispielsweise Sondervermögen sowie Bremerhavens sind mittelfristig weitere Schritte auf dem Weg zu einer Konzernrechnungslegung. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die ausgegliederten Einheiten im doppischen Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen weiterhin als Beteiligungen in der Bilanzposition „Finanzanlagen“, getrennt nach den Anteilen Bremens am Eigenkapital, ausgewiesen.

Wie in den Vorjahren erfolgte die Erstellung des doppischen Jahresabschlusses auf Grundlage der Standards staatlicher Doppik. Sofern von diesem Grundsatz abgewichen wurde, wird dieses im Anhang erläutert.

Der doppische Jahresabschluss dokumentiert die Rechnungsergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres 2012 und ist wie die kamerale Haushaltsrechnung eine vergangenheitsbezogene Rechenschaftslegung. Somit ist der doppische Jahresabschluss kein Planungsinstrument, sondern dient der Analyse der vergangenen Rechnungsperiode und zeigt auf, wie sich die politischen Entscheidungen einer Rechnungsperiode auf die Vermögens- und Schuldenlage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ausgewirkt haben. Mit dem vorliegenden dritten doppischen Jahresabschluss lässt sich nun zwar ein weiterer Zeitreihenvergleich durchführen, der jedoch aufgrund der Neumodellierung der Geschäftsprozesse im Darlehensmanagement nur bedingt aussagekräftig ist (siehe hierzu die Ausführungen zur Weiterentwicklung im doppischen Rechnungswesen).

Der doppische Jahresabschluss und die kamerale Haushaltsrechnung stellen jeweils die Schlussrechnung für das abgelaufene Haushaltsjahr im doppischen bzw. kameralen Rechnungswesensystem dar. Im Gegensatz zur kameralen Haushaltsrechnung umfasst der doppische Jahresabschluss das Land und die Stadtgemeinde Bremen nicht getrennt, sondern in einer Gesamtbeurteilung. Die kamerale Haushaltsrechnung dient als unkommentierter Bericht der gesetzlich vorgeschriebenen Entlastung des Senats durch die Bürgerschaft. Der doppische Jahresabschluss liefert neben der Darstellung der Vermögens- und Erfolgsrechnung zusätzliche, das Ergebnis begründende Informationen, welche der Beurteilung der Gesamtlage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen dienen.



**INFO:**  
Bisherige  
Geschäftsberichte der  
Freien Hansestadt Bremen

Link: <http://www.finanzen.bremen.de/info/Bilanzberichte>



**INFO:**  
Kritik des bremischen  
Rechnungshofes  
umgesetzt

## **WEITERENTWICKLUNGEN IM DOPPISCHEN RECHNUNGSWESEN**

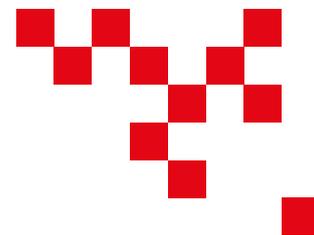
Im Land und in der Stadtgemeinde Bremen wurden wesentliche Teile der Darlehensverwaltung nicht in dem im SAP-System geführten Hauptbuch der Finanzbuchhaltung, sondern im Nebenbuch in einem Vorsystem geführt. Dieses führte in der Vergangenheit zu Problemen bei der Überleitung und Saldenabstimmung mit dem Hauptbuch. Im Jahresbericht 2010 des bremischen Rechnungshofes wurde die Senatorin für Finanzen gebeten, ein Konzept für die transparente, nachvollziehbare und zeitnahe Berechnung und Darstellung der Gesamtschulden Bremens zu erarbeiten. Dieses soll die Buchung von Krediten und Tilgungen auf Bestandskonten und die Erfassung der Verbindlichkeiten der ausgelagerten Einheiten (z. B. Sondervermögen/Eigenbetriebe) sowie der Beteiligungsgesellschaften nach einheitlichen Kriterien berücksichtigen.

In einem aufwendigen Projekt bei der Senatorin für Finanzen wurden die Geschäftsvorfälle rund um das Darlehensmanagement eingehend untersucht. Diese Untersuchung ergab, dass eine Neumodellierung der Geschäftsprozesse im Darlehensmanagement im Hinblick auf eine sachgerechte Überleitung des Buchungsstoffes vom kameralen in das doppische Rechnungswesen notwendig war, um die Vorgaben der Standards der staatlichen Doppik zu erfüllen. Im Anschluss an die Konzepterstellung erfolgten 2012 die Umsetzungsarbeiten, sodass im Geschäftsbericht zum doppischen Jahresabschluss 2012 die Darlehen nach den geänderten konzeptionellen Rahmenbedingungen dargestellt werden. Für die Darlehensforderungen und -verbindlichkeiten sowie Zinserträge und -aufwendungen wurden in der Finanzbuchhaltung neue Konten, die sich an

den Gliederungsvorschriften des vom Bund und den Ländern entwickelten Verwaltungskontenrahmens orientieren, angelegt. Für jeden Geschäftsvorfall der Darlehensverwaltung wurde eine Kontierungshilfe erstellt, um eine sachgerechte Überleitung von der Nebenbuchhaltung in die Hauptbuchhaltung zukünftig sicherzustellen.

Nach den neuen konzeptionellen Vorgaben erfolgt ab 2012 der Ausweis der Daten auf den Bestands- und Erfolgskonten der Finanzbuchhaltung nach dem Bruttoprinzip, da es aufgrund des Saldierungsverbots gemäß § 246 (2) Handelsgesetzbuch unzulässig ist, in der Vermögensrechnung Posten der Aktivseite (z. B. Darlehensforderungen) und der Passivseite (z. B. Darlehensverbindlichkeiten) bzw. in der Erfolgsrechnung Aufwendungen (z. B. Zinsaufwendungen) und Erträge (z. B. Zinserträge) zu saldieren. Dadurch konnten in den Vorjahren notwendige Korrekturen im Rahmen des doppischen Jahresabschlusses erstmals entfallen. Im Geschäftsjahr 2012 bewirkt dies, dass es zu einem gegenüber dem Vorjahr geänderten Ausweis in einzelnen Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung kommt. Zudem werden 2012 in der Vermögensrechnung Disagios in dem Posten „Aktive Rechnungsabgrenzung“ erstmals aufgeführt und periodengerecht abgegrenzt.

Im Darlehensmanagement des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven gibt es einige stadtstaatliche Besonderheiten, wie z. B. die gemeinsame Kreditaufnahme vom Land und den Stadtgemeinden. In der Vergangenheit erfolgte auch bei diesen Geschäftsvorfällen eine saldierte Darstellung. Mit den durchgeführten Umstellungen und dem damit einhergehenden geänderten Darlehensausweis ist es nun in der Finanzbuchhaltung möglich, die inner-



betriebliche Verschuldung auf Konten der Finanzbuchhaltung getrennt darzustellen. Damit werden zum einen die Forderungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie zum anderen die Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen gegenüber dem Land Bremen in der Finanzbuchhaltung auf Konten getrennt ausgewiesen. Da der doppische Jahresabschluss für das Land und die Stadtgemeinde Bremen gemeinsam erstellt wird, werden die Forderungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen mit den Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen konsolidiert. Diese konsolidierte Betrachtung ergibt den Wert null, sodass die Forderungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen sowie die Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen erstmals 2012 im Anhang bei den sonstigen Angaben nachrichtlich ausgewiesen werden. Die Forderungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremerhaven werden 2012 erstmals in der Vermögensrechnung ausgewiesen.

Der geänderte Ausweis in der Vermögens- und der Erfolgsrechnung der Freien Hansestadt Bremen führt im ersten Jahr der Änderung dazu, dass ein Vergleich mit den Vorjahreswerten nur bedingt möglich ist, da es sowohl innerhalb der Posten der Vermögens- oder Erfolgsrechnung als auch zwischen diesen Posten Verschiebungen gab. Andererseits wurden Posten auch erstmalig in der Vermögens- und Erfolgsrechnung angesetzt, da sie im Vorjahr bisher mit anderen Posten saldiert dargestellt wurden. Da die Umstellarbeiten dazu geführt haben, dass ein Vorjahresvergleich im Berichtsjahr 2012 erschwert wird, erfolgt zum besseren Verständnis im Anhang des doppischen Jahresabschlusses bei den betroffenen Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung eine Erläuterung zu den Auswirkungen der Umstellungen im Darlehensmanagement.

Durch die durchgeführten Optimierungen in der Darlehensverwaltung ist ein wesentlich transparenterer Blick auf die Kredite möglich, da einerseits Darlehensforderungen und -ver-



Denkmal für Wilhelm Kaisen, Bremer Bürgermeister von 1945 bis 1965

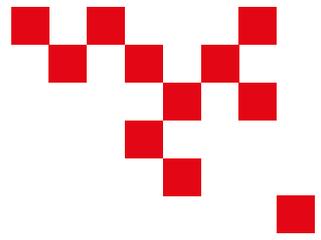
bindlichkeiten und andererseits Zinserträge und -aufwendungen nicht mehr saldiert dargestellt werden. Die Umsetzung dieses Saldierungsverbotes stellt für das Land und die Stadtgemeinde Bremen einen großen Schritt in Richtung der vollständigen Umsetzung der Standards staatlicher Doppik dar.

In seinem Jahresbericht 2013 hat der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen den Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2011 umfassend geprüft. Der Rechnungshof hat in diesem Bericht Kritik an den Wertansätzen der bremischen Beteiligungen im doppischen Jahresabschluss 2011 geäußert, da die als Finanzanlagen geführten Beteiligungen bislang unverändert mit dem Wert, der dem bremischen Anteil am Eigenkapital zum 01.01.2010 entsprach, bilanziert wurden. In der Zwischenzeit haben einige Beteiligungen jedoch Verluste erwirtschaftet,

wodurch Eigenkapital aufgezehrt und somit auch der tatsächliche bremische Anteil am Eigenkapital verringert wurde. Im vorliegenden Geschäftsbericht wurden diese Kritikpunkte berücksichtigt. So wurden 2012 die in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Wertansätze der bremischen Beteiligungen entsprechend den Vorgaben der Standards staatlicher Doppik umfassend hinsichtlich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Danach ist von einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auszugehen, wenn der tatsächliche bremische Anteil am Eigenkapital zum jeweils aktuellen Bilanzstichtag und dem vorangegangenen Bilanzstichtag um mehr als 25% unter den Buchwert gesunken ist. Sofern diese Überprüfung ergab, dass die Wertminderungen voraussichtlich dauerhaft sind, wurden 2012 außerplanmäßige Abschreibungen auf die bremischen Beteiligungen vorgenommen und im Finanzergebnis ausgewiesen.



Der Umweltbetrieb Bremen pflegt das Gelände vor der Bremer Wallmühle



# Jahresabschluss

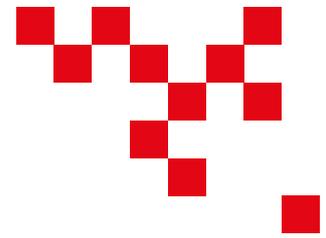


## Freie Hansestadt Bremen

### Vermögensrechnung zum 31.12.2012

#### AKTIVA

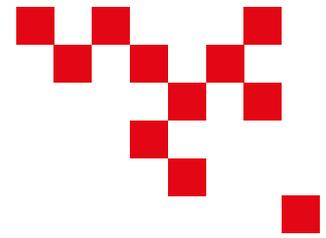
	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>	<b>7.649.431.506,52</b>	<b>7.518.722.519,81</b>
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>2.058.343.523,62</b>	<b>1.999.280.020,43</b>
1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	2.053.790.933,47	1.994.278.633,13
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.552.590,15	5.001.387,30
<b>II. Sachanlagen</b>	<b>47.867.061,13</b>	<b>45.782.125,08</b>
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	128.953,09	127.746,67
2. Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	46.521.053,62	41.406.613,21
3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau	1.217.054,42	4.247.765,20
<b>III. Finanzanlagen</b>	<b>5.543.220.921,77</b>	<b>5.473.660.374,30</b>
1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.215.481.358,42	1.238.664.878,91
2. Beteiligungen	108.646.600,85	108.951.575,10
3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.828.910.966,33	2.828.910.966,33
4. Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	0,00	1.152.028.250,72
5. Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	1.390.181.996,17	145.104.703,24
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>	<b>2.409.462.536,85</b>	<b>2.092.615.011,08</b>
<b>I. Vorräte</b>	<b>256.391,47</b>	<b>240.259,02</b>
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>1.477.700.363,47</b>	<b>2.030.268.004,19</b>
1. Forderungen aus Steuern	172.061.000,00	172.207.000,00
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	168.703.536,90	143.768.173,45
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen	437.118.439,68	412.546.429,02
4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	148.613.110,22	151.870.307,14
5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	139.290.263,97	188.832.422,74
6. Sonstige Vermögensgegenstände	411.914.012,70	961.043.671,84
<b>III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks</b>	<b>931.505.781,91</b>	<b>62.106.747,87</b>
<b>C. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG</b>	<b>40.774.677,99</b>	<b>37.407.082,80</b>
<b>Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>16.456.355.415,84</b>	<b>15.514.908.995,90</b>
<b>BILANZSUMME</b>	<b>26.556.024.137,20</b>	<b>25.163.653.609,59</b>

**PASSIVA**

	<b>31.12.2012</b>	<b>31.12.2011</b>
	<b>Euro</b>	<b>Euro</b>
<b>A. EIGENKAPITAL</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONEN</b>	<b>481.711.145,33</b>	<b>492.892.701,01</b>
<b>C. RÜCKSTELLUNGEN</b>	<b>6.648.585.209,21</b>	<b>6.319.011.659,04</b>
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.536.591.000,00	6.206.503.000,00
II. Sonstige Rückstellungen	111.994.209,21	112.508.659,04
<b>D. VERBINDLICHKEITEN</b>	<b>19.425.727.782,66</b>	<b>18.351.561.980,63</b>
I. Anleihen und Obligationen	11.439.947.970,30	10.781.373.227,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.365.229.817,02	0,00
III. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	126.525,50
IV. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	132.866.700,47	158.978.254,80
V. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.969.837,03	17.942.696,37
VI. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	185.516.781,56	124.017.433,36
VII. Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	1.351.694,64	0,00
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten	4.287.844.981,64	7.269.123.843,60
<b>E. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG</b>	<b>0,00</b>	<b>187.268,91</b>
<b>BILANZSUMME</b>	<b>26.556.024.137,20</b>	<b>25.163.653.609,59</b>

## Freie Hansestadt Bremen Erfolgsrechnung 2012

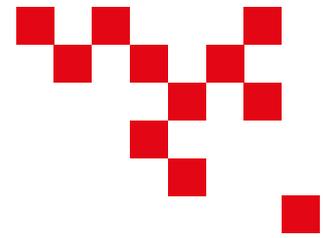
	2012 Euro	2011 Euro
<b>1. Steuern und steuerähnliche Erträge</b>	<b>2.199.965.617,46</b>	<b>2.172.852.501,21</b>
<b>2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen</b>	<b>1.046.422.526,63</b>	<b>1.042.623.775,58</b>
<b>3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen</b>	<b>427.657.520,30</b>	<b>397.218.714,70</b>
<b>4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse</b>	<b>159.435.985,21</b>	<b>156.420.251,69</b>
a) Erträge aus Gebühren	94.556.603,14	94.290.956,14
b) Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	13.085.255,40	12.246.630,17
c) Umsatzerlöse	51.794.126,67	49.882.665,38
<b>5. Sonstige Erträge</b>	<b>41.434.718,81</b>	<b>43.960.447,27</b>
<b>6. Summe Erträge</b>	<b>3.874.916.368,41</b>	<b>3.813.075.690,45</b>
<b>7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-292.198.608,96</b>	<b>-268.164.959,55</b>
a) Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren	-57.350.640,37	-65.967.362,72
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-234.847.968,59	-202.197.596,83
<b>8. Personalaufwand</b>	<b>-1.501.585.823,07</b>	<b>-1.471.137.256,85</b>
a) Entgelte	-222.201.600,11	-250.856.112,99
b) Bezüge	-477.345.424,22	-472.752.698,76
c) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-802.038.798,74	-747.528.445,10
<b>9. Abschreibungen</b>	<b>-119.936.383,04</b>	<b>-111.991.452,71</b>
<b>10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>-2.080.308.571,70</b>	<b>-1.997.227.128,73</b>
<b>11. Sonstige Aufwendungen</b>	<b>-133.242.779,97</b>	<b>-134.533.968,44</b>
a) Sonstige Personalaufwendungen	-15.372.956,74	-14.790.424,56
b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	-96.200.295,38	-99.544.996,22
c) Aufwendungen für die Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges	-21.669.527,85	-20.198.547,66
<b>12. Summe Aufwendungen</b>	<b>-4.127.272.166,74</b>	<b>-3.983.054.766,28</b>
<b>13. Verwaltungsergebnis</b>	<b>-252.355.798,33</b>	<b>-169.979.075,83</b>



	<b>2012</b>	<b>2011</b>
	<b>Euro</b>	<b>Euro</b>
<b>14. Erträge aus Beteiligungen</b>	12.658.212,77	10.992.408,06
<b>15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen</b>	305.911.864,30	0,00
<b>16. Zinsen und ähnliche Erträge</b>	358.007.511,11	342.282.896,39
<b>17. Abschreibung auf Finanzanlagen</b>	-423.399,76	0,00
<b>18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	-1.198.162.279,99	-860.453.924,71
<b>19. Finanzergebnis</b>	-522.008.091,57	-507.178.620,26
<b>20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit</b>	-774.363.889,90	-677.157.696,09
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>	-22.584.679,77	-122.928.000,00
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>	-22.584.679,77	-122.928.000,00
<b>23. Steuern</b>	-11.739,48	-10.137,14
a) Vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00
b) Sonstige	-11.739,48	-10.137,14
<b>24. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-796.960.309,15</b>	<b>-800.095.833,23</b>

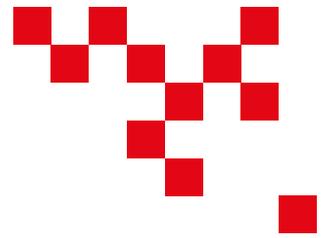
## Anlagengitter

Alle Angaben in Euro	Anschaffungs- oder Herstellungskosten 01.01.2012	Kumulierte Absetzung für Abnutzung (AfA) 01.01.2012
<b>Anlagevermögen (gesamt)</b>	<b>7.630.707.996,82</b>	<b>111.985.477,01</b>
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>2.101.240.105,79</b>	<b>101.960.085,36</b>
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	2.094.016.603,96	99.737.970,83
Konzessionen, Rechte und Lizenzen	7.223.501,83	2.222.114,53
<b>Sachanlagevermögen</b>	<b>55.807.516,73</b>	<b>10.025.391,65</b>
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremdem Grund und Boden	134.151,80	6.405,13
Bauten	134.151,80	6.405,13
Technische Anlagen und Maschinen, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	51.425.599,73	10.018.986,52
Technische Anlagen und Maschinen	8.916.630,09	1.410.109,71
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	42.508.969,64	8.608.876,81
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.247.765,20	0,00
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	4.247.765,20	0,00
<b>Finanzanlagen</b>	<b>5.473.660.374,30</b>	<b>0,00</b>
Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen	1.238.664.878,91	0,00
Beteiligungen	108.951.575,10	0,00
Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	2.828.910.966,33	0,00
Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsführung	1.152.028.250,72	0,00
Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	145.104.703,24	0,00



Buchwert 01.01.2012 A+ / A- Anpassung der Werte aus der Eröffnungsbilanz U+ / U- Umbuchungen	Wertveränderungen des laufenden Haushaltsjahres		Buchwert 31.12.2012
	+ Zugänge - Abgänge U+ / U- Umbuchungen	- Absetzungen für Abnutzung + Zuschreibungen	
<b>7.518.722.519,81</b>	<b>184.405.577,73</b> <b>66.239.792,02</b>	<b>-108.887.008,80</b> <b>-11.049.374,24</b>	<b>7.649.431.506,52</b>
<b>1.999.280.020,43</b>	<b>167.972.546,60</b> <b>-28.482,27</b>	<b>-108.880.561,14</b> <b>0,00</b>	<b>2.058.343.523,62</b>
1.994.278.633,13	+166.151.849,35 0,00	-106.639.549,01 0,00	2.053.790.933,47
5.001.387,30	+1.820.697,25 -28.482,27	-2.241.012,13 0,00	4.552.590,15
<b>45.782.125,08</b>	<b>16.432.943,18</b> <b>-3.292.185,23</b>	<b>-6.447,66</b> <b>-11.049.374,24</b>	<b>47.867.061,13</b>
127.746,67	+7.654,08 0,00	-6.447,66 0,00	128.953,09
127.746,67	+7.654,08 0,00	-6.447,66 0,00	128.953,09
41.406.613,21	+16.425.289,10 -261.474,45	-11.049.374,24 0,00	46.521.053,62
7.506.520,38	+1.594.280,25 -54.975,84	-1.433.682,69 0,00	7.612.142,10
33.900.092,83	+14.831.008,85 -206.498,61	-9.615.691,55 0,00	38.908.911,52
4.247.765,20	0,00 -3.030.710,78	0,00 0,00	1.217.054,42
4.247.765,20	0,00 -3.030.710,78	0,00 0,00	1.217.054,42
<b>5.473.660.374,30</b>	<b>87,95</b> <b>69.560.459,52</b>	<b>0,00</b> <b>0,00</b>	<b>5.543.220.921,77</b>
1.238.664.878,91	0,00 -23.183.520,49	0,00 0,00	1.215.481.358,42
108.951.575,10	0,00 -304.974,25	0,00 0,00	108.646.600,85
2.828.910.966,33	0,00 0,00	0,00 0,00	2.828.910.966,33
1.152.028.250,72	0,00 -43.456.617,64 U -1.152.028.250,72	0,00 0,00	0,00
145.104.703,24	+87,95 -10.340,70 U +1.245.087.545,68	0,00 0,00	1.390.181.996,17

■ **Anhang**



## ALLGEMEINE ANGABEN

Mit Inkrafttreten des Haushaltsgrundsätzemodernisierungsgesetzes wurden auch Vorgaben für eine staatliche Doppik verabschiedet. Diese Standards geben seit dem 01.01.2010 u. a. verbindliche Regeln für die Bilanzierung und Bewertung eines doppischen Rechnungswesens auf der Bundes- und Länderebene vor, um eine Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushalte weiterhin zu gewährleisten. Zur Anpassung der Rechnungswesensysteme der Länder an die neuen Standards gibt es eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2014.

Für den Jahresabschluss der Freien Hansestadt Bremen wurden wie bereits bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz grundsätzlich die Standards staatlicher Doppik angewandt. Bei einzelnen Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung wurde jedoch noch von den Standards abgewichen. Sofern dies erfolgte, wird dies direkt in der jeweiligen Position im Anhang erläutert.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurden alle Daten bzw. Sachverhalte zum 31.12.2012 berücksichtigt, die bis zum 31.05.2013 vorlagen bzw. bekannt wurden.

Leerposten werden entsprechend den Standards staatlicher Doppik nicht ausgewiesen.

### INFO:

Freie Hansestadt Bremen  
steht fortan für das Land  
und die Stadtgemeinde  
Bremen



Die Stadtwage in Bremen, erbaut 1586 bis 1588

## Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Aktiva

### A. Anlagevermögen

#### I. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Als immaterielle Vermögensgegenstände werden geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse, entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten bezeichnet.

<b>1. Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse</b>	<b>Euro 2.053.790.933,47</b>
	(31.12.2011 · Euro 1.994.278.633,13)

In diesem Posten werden Geldleistungen ausgewiesen, für die folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein müssen:

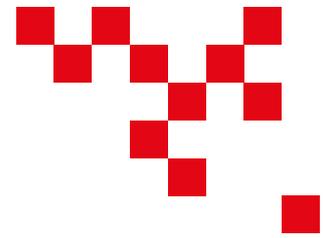
Es handelt sich um Geldleistungen

- der Kernverwaltung an Dritte außerhalb der staatlichen Verwaltung und an Einrichtungen, die nicht Bestandteil der Kernverwaltung sind,
- zu investiven Zwecken, d. h., aus den Zuweisungen bzw. Zuschüssen wird durch den Empfänger aktivierungsfähiges Anlagevermögen geschaffen,
- zur Erfüllung von Aufgaben, an denen der Staat ein erhebliches Interesse hat, z. B. zur Förderung eines bestimmten wirtschafts-, sozial- oder gesellschaftspolitisch erwünschten Zwecks,
- aus deren Gewährung eine mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten erwächst, verbunden mit einem Rückerstattungsanspruch im Falle der Nichterfüllung.

Bei den bilanzierungsfähigen Investitionszuweisungen und -zuschüssen handelt es sich demnach um Rechte der öffentlichen Gebietskörperschaft auf eine mehrjährige Gegenleistung. Es wird die durch den Empfänger eingegangene Gegenleistungsverpflichtung aktiviert. Zuweisungen und Zuschüsse können nur dann aktiviert werden, wenn die Gegenleistungsverpflichtung hinreichend präzise und durchsetzbar in einem Förderbescheid verankert ist.

	Stand 31.12.2012 Euro	Stand 31.12.2011 Euro
Stand 31.12. des Vorjahres	1.994.278.633,13	1.915.089.543,84
+ Zugänge	+166.151.849,35	+178.927.060,12
- Abschreibungen	-106.639.549,01	-99.737.970,83
<b>Stand 31.12. des Jahres</b>	<b>2.053.790.933,47</b>	<b>1.994.278.633,13</b>

Die Freie Hansestadt Bremen hat die in den Standards staatlicher Doppik vorgesehene Vereinfachungsregel auch für die Vermögensrechnung zum 31.12.2012 in Anspruch genommen und den Wert für die Vermögensrechnung aus dem kameralen Buchungsstoff 2012 abgeleitet. Zuweisungen und Zuschüsse, die die o. g. Kriterien zur Bilanzierung erfüllen, sind kameral unter den Investitionsausgaben nach § 13 Abs. 3 Nr. 2g LHO veranschlagt. Aus den investiven



Ausgaben der Obergruppen 88 (Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich) und 89 (Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche) wurden die Beträge ermittelt, auf die die o. g. Kriterien zutreffen und die daher in diesem Posten zu aktivieren sind. Für diese Zuweisungen und Zuschüsse wird eine pauschale Nutzungsdauer von 25 Jahren unterstellt.

Ausgewiesen werden beispielsweise weitere Zugänge aus 2012 der Freien Hansestadt Bremen u. a. für die Neugestaltung der Bremer Bürgerweide, für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Wohnraumförderung sowie für Investitionen im Offshore-Bereich.

<b>2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten</b>	<b>Euro 4.552.590,15</b>
	(31. 12. 2011 · Euro 5.001.387,30)

Voraussetzung für die Aktivierung in diesem Posten ist, dass die immateriellen Anlagegüter

- Konzessionen (z. B. öffentlich-rechtliche Genehmigungen),
  - gewerbliche Schutzrechte (z. B. Patente),
  - ähnliche Rechte und Werte (z. B. Nutzungsrechte) oder
  - Lizenzen an solchen Rechten und Werten (z. B. an EDV-Programmen)
- entgeltlich von Dritten erworben wurden.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	5.001.387,30	5.429.846,75
+ Zugänge	+1.820.697,25	+1.781.148,06
- Abgänge	-28.482,27	-655,99
- Abschreibungen	-2.241.012,13	-2.222.114,53
	4.552.590,15	4.988.224,29
Übernahmewert bba		+13.163,01
<b>Stand 31. 12. des Jahres</b>	<b>4.552.590,15</b>	<b>5.001.387,30</b>

Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich überwiegend um von der Freien Hansestadt Bremen erworbene Software bzw. Nutzungsrechte.

## II. SACHANLAGEN

Sachanlagen sind materielle Vermögensgegenstände, die dem öffentlichen Bereich längerfristig zur Verfügung stehen sollen.

Von Dritten erhaltene Zuschüsse zu Gegenständen des Sachanlagevermögens werden auf der Passivseite in den Sonderposten für Investitionen eingestellt (vgl. Seite 43).

**1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten  
einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken**

**Euro 128.953,09**  
(31. 12. 2011 · Euro 127.746,67)

In diesem Posten wird das unbewegliche Sachanlagevermögen, insbesondere das Grund- und Immobilienvermögen, ausgewiesen. Dabei werden die Grundstücke und die Bauten gesondert ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	127.746,67	134.151,80
+ Zugänge	+7.654,08	0,00
- Abgänge	0,00	0,00
- Abschreibungen	-6.447,66	-6.405,13
<b>Stand 31. 12. des Jahres</b>	<b>128.953,09</b>	<b>127.746,67</b>

Im Rahmen der Übertragung von bisher durch die Freie Hansestadt Bremen wahrgenommenen Aufgaben wurden diese zusammen mit den notwendigen Sachanlagen, im Wesentlichen Grundstücke und Bauten, an Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO (Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) übertragen.

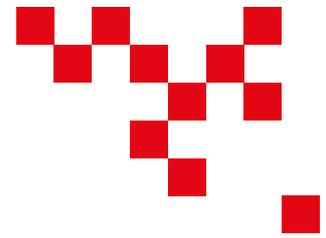
In der Vermögensrechnung der Freien Hansestadt Bremen sind diese übertragenen Wirtschaftsgüter nicht als Bestand in diesem Posten auszuweisen, da die übertragenen Grundstücke und Bauten als Sachanlagevermögen in den Bilanzen der Sondervermögen darzustellen sind. Die Übertragung der Sachanlagen auf die Sondervermögen ist in deren Bilanzen als Zuführung zum Kapital des Sondervermögens durch den „Gesellschafter“ Freie Hansestadt Bremen dargestellt. Der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen wird daher nach wie vor in dem Posten „Finanzanlagen“ ausgewiesen.

In diesem Posten werden die bei der Freien Hansestadt Bremen verbliebenen Gebäude mit den Restwerten ausgewiesen, die im Rahmen einer körperlichen Bestandsaufnahme anhand von Anlagenbestandslisten überprüft wurden. Zu den wenigen Gebäuden, die als Ausnahmen nicht an Sondervermögen übertragen wurden, zählt u. a. eine Zwingeranlage bei der Polizei Bremen.

**2. Technische Anlagen und Maschinen, andere  
Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

**Euro 46.521.053,62**  
(31. 12. 2011 · Euro 41.406.613,21)

Zu den technischen Anlagen und Maschinen zählen ebenso wie Anlagen und Maschinen, die der Produktion dienen, auch Energieversorgungsanlagen und Anlagen zur Wärme- bzw. Kältesteuerung. Betriebsvorrichtungen, die nicht mit einem Gebäude in einem einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhang stehen (z. B. Aufzüge, Beleuchtungsanlagen und Klimaanlagen), sind ebenfalls in diesem Posten auszuweisen.



Zu anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung zählen alle Einrichtungsgegenstände von Büros und Werkstätten einschließlich der erforderlichen Werkzeuge sowie Arbeitsgeräte, Kraftwagen und Fahrzeuge aller Art (neben den marktgängigen Fahrzeugen gehören hierzu auch Spezialfahrzeuge), Nutztiere (z. B. Polizeihunde) und Nutzpflanzen. Auch Gebäudebestandteile werden hier ausgewiesen, die nicht zu den Bauten oder technischen Anlagen und Maschinen zählen. Dabei handelt es sich insbesondere um Scheinbestandteile, d. h. Gegenstände, die nur zu einem vorübergehenden Zweck in ein Gebäude eingefügt werden.

	Stand 31.12.2011 Euro	+ Zugänge - Abgänge Euro	- Abschreibungen Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Technische Anlagen und Maschinen, Betriebsvorrichtungen	7.506.520,38	+1.594.280,25 -54.975,84	-1.433.682,69	7.612.142,10
Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung:				
• Hardware	4.969.462,45	+2.128.671,85 -49.982,10	-2.874.453,82	4.179.794,55
• Büroeinrichtungen	5.968.229,11	+1.590.563,53 -28.029,45	-629.908,74	6.961.530,12
• Labor- und Werkstatt- einrichtungen	2.911.047,01	+377.669,11 -20.102,85	-616.677,83	2.651.935,44
• Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.023.637,85	+614.150,75 -19.338,27	-905.380,50	4.756.991,67
• Fuhrpark	6.983.438,67	+6.140.756,87 -45.260,95	-1.223.360,48	11.883.399,28
• Betriebs- und Ge- schäftsausstattung bba	151.544,61			0,00
• Übrige Anlagen	7.892.733,13	+3.979.196,74 -43.784,99	-3.365.910,18	8.475.260,46
	<b>41.406.613,21</b>	<b>+16.425.289,10</b> <b>-261.474,45</b>	<b>-11.049.374,24</b>	<b>46.521.053,62</b>

Die Zugänge Fuhrpark umfassen u. a. neue Fahrzeuge für Polizei und Feuerwehr und das kombinierte Polizei- und Feuerlöschboot in Höhe von rund 4,2 Mio. Euro.

Der im letzten Jahr ausgewiesene Betrag Betriebs- und Geschäftsausstattung der bremer und bremerhavener arbeit gmbh (bba) in Höhe von 151.544,61 Euro ist in diesem Jahr in den entsprechenden Anlagenklassen enthalten.

Die Zugänge bei den übrigen Anlagen betreffen im Wesentlichen geringwertige Wirtschaftsgüter (Anschaffungskosten zwischen 150 und 1.000 Euro). Es wurden für rund 2,3 Mio. Euro Büroeinrichtungsgegenstände und für rund 1,7 Mio. Euro Hardware beschafft.



### 3. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen und Anlagen im Bau

**Euro 1.217.054,42**  
(31. 12. 2011 · Euro 4.247.765,20)

Als geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen sind Anzahlungen auf noch nicht gelieferte oder erstellte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit den tatsächlich geleisteten Beträgen (Nennwert) auszuweisen.

Anlagen im Bau bilden den Wert noch nicht fertiggestellter Sachanlagen mit den gesamten Aufwendungen (Fremd- und Eigenleistungen) für die Herstellung ab. Nach der Fertigstellung sind die Anlagen im Bau in die entsprechenden Posten des Sachanlagevermögens umzugliedern und planmäßig abzuschreiben.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Geleistete Anzahlungen:	<b>1.217.054,42</b>	<b>4.247.765,20</b>

Die geleisteten Anzahlungen setzen sich zusammen aus den Posten Produktplan IT-Budget sowie Fuhrpark Polizei und Feuerwehr.

### III. FINANZANLAGEN

Finanzanlagen umfassen insbesondere Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere und Sondervermögen, die längerfristig, d.h. mehr als ein Jahr, im Vermögen verbleiben. Sie sind mit den Anschaffungskosten für den Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Unternehmen und Einrichtungen zu bewerten. Abwertungen durch Abschreibung sind nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorzunehmen.

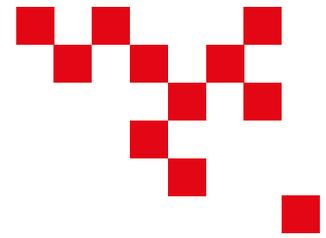
Bei den Finanzanlagen sehen die Standards staatlicher Doppik eine Berücksichtigung der Wertminderung vor, wenn diese voraussichtlich von Dauer ist. Unternehmen und Einrichtungen, die zum Zeitpunkt 31.12.2009 ein dauerhaft negatives Eigenkapital ausweisen, werden daher nicht als Finanzanlage ausgewiesen. Die Werthaltigkeit der Finanzanlagen wurde im Rahmen des doppelten Jahresabschlusses 2012 erneut überprüft und bei dauerhaften Wertminderungen wurden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

### 1. Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen

**Euro 1.215.481.358,42**  
(31. 12. 2011 · Euro 1.238.664.878,91)

Als verbunden gelten die Unternehmen und Einrichtungen, über die die Freie Hansestadt Bremen einen beherrschenden Einfluss ausübt bzw. ausüben könnte. Dazu gehören alle Unternehmen und Einrichtungen, an denen diese einen Anteil von mehr als 50% am Eigenkapital des Unternehmens bzw. der Einrichtung hält. Als staatliche Besonderheit werden Eigenbetriebe,

**INFO:**  
> 50% Anteil  
am Eigenkapital



Sondervermögen mit eigenverantwortlicher Betriebsleitung und Stiftungen öffentlichen Rechts, auf die ein beherrschender Einfluss besteht, ebenfalls in diesem Posten ausgewiesen.

### Entwicklung Berichtsjahr 2012:

	Stand 31. 12. 2011 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31. 12. 2012 Euro
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH	94.878,96	0,00	0,00	94.878,96
Besitzgesellschaft Science Center Bremen GmbH	3.382.312,99	0,00	0,00	3.382.312,99
Botanika GmbH Bremen	8.597.661,76	0,00	0,00	8.597.661,76
Bremen Online Services Beteiligungs GmbH	21.989,49	0,00	0,00	21.989,49
Bremen online GmbH	153.654,17	0,00	0,00	153.654,17
Bremenports Beteiligungs- GmbH	24.989,00	0,00	0,00	24.989,00
Bremer Bäder GmbH	2.313.432,78	0,00	0,00	2.313.432,78
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877	7.917.745,42	0,00	0,00	7.917.745,42
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co	255.575.350,40	0,00	0,00	255.575.350,40
Bremer Ratskeller GmbH	811.610,66	0,00	0,00	811.610,66
Bremer Verkehrs- gesellschaft mbH	40.840.234,25	0,00	0,00	40.840.234,25
Facility Management Bremen GmbH	135.529,47	0,00	0,00	135.529,47
Fähren Bremen – Stedingen GmbH	2.309.549,16	0,00	0,00	2.309.549,16
Fischereihafen-Betriebs- gesellschaft mbH	333.005,30	0,00	0,00	333.005,30
Flughafen Bremen GmbH	89.905.971,76	0,00	0,00	89.905.971,76
Focke-Museum Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH	468.809,29	–468.809,29	0,00	0,00
Gesundheit Nord gGmbH	66.533.176,02	0,00	0,00	66.533.176,02
Großmarkt Bremen GmbH	7.810.504,53	0,00	0,00	7.810.504,53
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen- Mitte Beteiligungen mbH	25.130,18	0,00	0,00	25.130,18
Hanseatische Natur- entwicklung GmbH	195.584,50	0,00	0,00	195.584,50
Hanseatische Wohnungs- Beteiligungs-Gesellschaft mbH	27.863.460,28	0,00	–22.584.679,77	5.278.780,51
Hochschule Bremen	71.141.559,43	0,00	0,00	71.141.559,43
Hochschule Bremerhaven	27.517.044,34	0,00	0,00	27.517.044,34
Hochschule für Künste Bremen	34.150.250,53	0,00	0,00	34.150.250,53
Immobilien Bremen, Anstalt öffentlichen Rechts	1.193.641,98	0,00	0,00	1.193.641,98

### INFO:

Die botanika ist die Nachfolgerin der Rhododendronpark GmbH



	Stand 31. 12. 2011 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31. 12. 2012 Euro
KiTa Bremen	1.497.080,09	0,00	0,00	1.497.080,09
Kulturmanagement Bremen GmbH	21.946,62	–21.946,62	0,00	0,00
Musikschule Bremen	420.387,15	0,00	–108.084,81	312.302,34
Performa Nord (Eigenbetrieb)	5.631.348,23	0,00	0,00	5.631.348,23
Performa Nord GmbH	81.254,19	0,00	0,00	81.254,19
Staats- und Universitäts- bibliothek	5.690.956,05	0,00	0,00	5.690.956,05
Stadtbibliothek Bremen	1.227.793,86	0,00	0,00	1.227.793,86
Übersee-Museum	5.238.532,68	0,00	0,00	5.238.532,68
Umweltbetrieb Bremen	149.001.583,83	0,00	0,00	149.001.583,83
Universität Bremen	247.251.512,68	0,00	0,00	247.251.512,68
Werkstatt Bremen	51.676.575,09	0,00	0,00	51.676.575,09
Werkstatt Nord gGmbH	333.884,94	0,00	0,00	333.884,94
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH	118.665.373,24	0,00	0,00	118.665.373,24
	<b>1.238.664.878,91</b>	<b>–490.755,91</b>	<b>–22.692.764,58</b>	<b>1.215.481.358,42</b>

Die Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH sowie die Kulturmanagement GmbH wurden liquidiert und bei der Musikschule erfolgte eine Abschreibung im Rahmen der Überprüfung der Werthaltigkeit der Bremer Finanzanlagen. Aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) musste die Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft mbH eine Ausweisänderung des Eigenkapitals vornehmen. Hierdurch wurde eine Anpassung des bremischen Anteils notwendig.

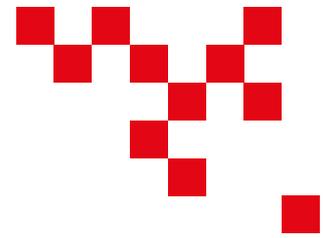
Die Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen werden, da sie nicht durch eine eigenverantwortliche Betriebsleitung vertreten werden, in dem Posten Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

**INFO:**  
≤ 50 % und ≥ 20 %  
Anteil am Eigenkapital

## 2. Beteiligungen

**Euro 108.646.600,85**  
(31. 12. 2011 · Euro 108.951.575,10)

Als Beteiligung gelten in der Regel Anteile der Freien Hansestadt Bremen an Unternehmen und Einrichtungen, die insgesamt 20 %, aber nicht 50 % des Eigenkapitals des Unternehmens oder der Einrichtung überschreiten. Anteile an Personengesellschaften (z. B. KG, OHG) werden unabhängig vom prozentualen Anteil am Eigenkapital grundsätzlich in diesem Posten ausgewiesen.


**Entwicklung Berichtsjahr 2012:**

	Stand 31. 12. 2011 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31. 12. 2012 Euro
Bremen Online Services Entwicklungs- und Betriebs- gesellschaft mbH & Co. KG	1.693.474,60	0,00	0,00	1.693.474,60
bremenports GmbH & Co. KG	250.000,00	0,00	0,00	250.000,00
Bremer Philharmoniker GmbH	121.647,23	0,00	0,00	121.647,23
Bremer Theater Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG	412.321,11	0,00	0,00	412.321,11
Bremer Toto und Lotto GmbH	1.427.523,90	0,00	0,00	1.427.523,90
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung GmbH (BIS)	968.667,34	0,00	–304.974,25	663.693,09
Columbus Cruise Center Bremerhaven GmbH	191.005,53	0,00	0,00	191.005,53
Gesundheit Nord Grundstücks- gesellschaft mbH & Co. KG	45.175.861,87	0,00	0,00	45.175.861,87
Hansewasser Bremen GmbH	18.689.147,77	0,00	0,00	18.689.147,77
Institut für angewandte Systemtechnik Bremen GmbH	110.402,23	0,00	0,00	110.402,23
JadeWeserPort Beteiligungs- gesellschaft mbH & Co. KG	39.740.393,43	0,00	0,00	39.740.393,43
JadeWeserPort Realisierungs- Beteiligungsgesellschaft mbH	28.726,92	0,00	0,00	28.726,92
nordmedia-Film- und Medien- gesellschaft Niedersachsen / Bremen mbH	131.369,81	0,00	0,00	131.369,81
ZOB Zentral-Omnibus- Bahnhof GmbH	11.033,36	0,00	0,00	11.033,36
	<b>108.951.575,10</b>	<b>0,00</b>	<b>–304.974,25</b>	<b>108.646.600,85</b>

Bei der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung GmbH (BIS) erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung, da die Überprüfung der Werthaltigkeit ergab, dass eine dauerhafte Wertminderung aufgrund der negativen Eigenkapitalentwicklung in den Vorjahren vorliegt (vgl. Seite 12).

**3. Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung**
**Euro 2.828.910.966,33**

(31. 12. 2011 · Euro 2.828.910.966,33)

In diesem Posten wird der Anteil der Freien Hansestadt Bremen am Eigenkapital der Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.

**Entwicklung Berichtsjahr 2012:**

	Stand 31. 12. 2011 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	Stand 31. 12. 2012 Euro
SV Fischereihafen	57.471.004,43	0,00	57.471.004,43
SV Gewerbeflächen	453.411.165,69	0,00	453.411.165,69
SV Hafen	364.002.999,23	0,00	364.002.999,23
SV Immobilien und Technik	581.923.973,31	0,00	581.923.973,31
SV Infrastruktur	1.319.563.465,18	0,00	1.319.563.465,18
SV Kommunale Abfallentsorgung	1.100.286,62	0,00	1.100.286,62
SV Überseestadt	51.438.071,87	0,00	51.438.071,87
	<b>2.828.910.966,33</b>	<b>0,00</b>	<b>2.828.910.966,33</b>

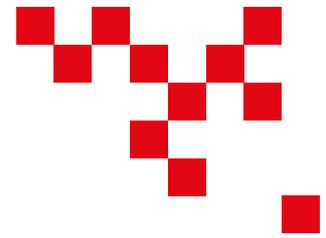
**4. Ausleihungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung**
**Euro 0,00**

(31. 12. 2011 · Euro 1.152.028.250,72)

Ausgewiesen werden alle langfristigen Kapitalforderungen (Kredite) der Freien Hansestadt Bremen an die in dem vorhergehenden Posten ausgewiesenen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung. Längerfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden nicht in diesem Posten ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
SV Bremer Kapitaleidienstfonds	0,00	194.952.640,32
SV Gewerbeflächen	0,00	6.499.031,15
SV Hafen	0,00	679.769.579,25
SV Immobilien und Technik	0,00	253.807.000,00
SV Überseestadt	0,00	17.000.000,00
	<b>0,00</b>	<b>1.152.028.250,72</b>

Da den Sondervermögen die Kreditemächtigungen entzogen wurden, erfolgt deren Finanzierung jetzt über Zuschüsse aus dem Kernhaushalt. In der Vergangenheit wurden die Kredite der Sondervermögen im Kernhaushalt aufgenommen und an die Sondervermögen weiterge-



geben. Sofern diese Kredite langfristiger Art waren, so sind sie in dem obigen Bilanzposten enthalten. Durch die Änderung der Finanzierung der Sondervermögen werden die Ausleihungen kontinuierlich von den Sondervermögen getilgt werden, d.h., die Ausleihungen an die Sondervermögen werden jährlich sinken.

Den Geschäftsprozessen im Darlehensmanagement liegt ab 2012 eine neue Sachkontensystematik zugrunde. Die in diesem Posten vorhandenen Ausleihungen an das Sondervermögen 2011 werden ab 2012 in dem Posten sonstige Ausleihungen an sonstige öffentliche Sonderrechnungen ausgewiesen (vgl. Seite 10–12).

<b>5. Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)</b>	<b>Euro 1.390.181.996,17</b>
	(31. 12. 2011 · Euro 145.104.703,24)

**INFO:**  
< 20 % Anteil  
am Eigenkapital

Unter diesen Posten fallen alle restlichen Finanzanlagen des Anlagevermögens mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Dazu gehören z. B. in Darlehensform gewährte Zuwendungen und Kapitalanteile an Unternehmen und Einrichtungen, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind.

#### Entwicklung Berichtsjahr 2012:

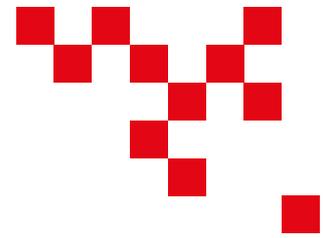
	Stand 31. 12. 2011 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31. 12. 2012 Euro
Aareal Bank AG	412.560,00	0,00	0,00	412.560,00
AMI Arzneimittelunter- suchungsinstitut-Nord GmbH	243.147,26	0,00	0,00	243.147,26
Bremer Energie-Konsens GmbH	91.946,21	+87,95	0,00	92.034,16
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale	95.767.800,03	0,00	0,00	95.767.800,03
BREPARK GmbH	459.609,36	0,00	0,00	459.609,36
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts	4.452.187,28	0,00	0,00	4.452.187,28
DEGES Berlin	17.199,12	0,00	–10.340,70	6.858,42
ekz.bibliotheksservice GmbH	177.755,38	0,00	0,00	177.755,38
Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Information mbH	1.038,13	0,00	0,00	1.038,13
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterrichts- GmbH	54.576,18	0,00	0,00	54.576,18

	Stand 31. 12. 2011 Euro	+ Zugänge – Abgänge Euro	– Abschreibungen Euro	Stand 31. 12. 2012 Euro
HIS Hochschul-Informations-System GmbH	33.863,23	0,00	0,00	33.863,23
IWF Wissen und Medien gGmbH	5.112,92	0,00	0,00	5.112,92
Kreditanstalt für Wiederaufbau	43.299.300,00	0,00	0,00	43.299.300,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	85.735,45	0,00	0,00	85.735,45
LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH	2.732,69	0,00	0,00	2.732,69
Münchner Hypothekenbank eG	140,00	0,00	0,00	140,00
	<b>145.104.703,24</b>	<b>+87,95</b>	<b>–10.340,70</b>	<b>145.094.450,49</b>
Übrige sonstige Ausleihungen				
an Gemeinden / Gemeindeverbände	0,00	0,00	0,00	189.830.000,00
an Zweckverbände	0,00	0,00	0,00	–14.900,00
an sonstige öffentliche Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00	1.055.272.445,68
• SV Bremer Kapitaldienstfonds	0,00	0,00	0,00	73.780.544,42
• SV Gewerbeflächen	0,00	0,00	0,00	16.680.000,00
• SV Hafen	0,00	0,00	0,00	771.165.338,08
• SV Immobilien und Technik	0,00	0,00	0,00	184.646.563,18
• SV Überseestadt	0,00	0,00	0,00	9.000.000,00
	0,00	0,00	0,00	1.245.087.545,68
	<b>145.104.703,24</b>	<b>+87,95</b>	<b>–10.340,70</b>	<b>1.390.181.996,17</b>

Den Geschäftsprozessen im Darlehensmanagement liegt ab 2012 eine neue Sachkontensystematik zugrunde. Hier werden erstmalig die Forderungen des Landes Bremen als übrige sonstige Ausleihungen ausgewiesen (vgl. Seite 10–12).



Der Europahafen in der Bremer Überseestadt



## B. Umlaufvermögen

### I. VORRÄTE

**Euro 256.391,47**

(31. 12. 2011 · Euro 240.259,02)

Als Vorräte werden alle auf Lager, in Arbeit oder unterwegs befindlichen Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens ausgewiesen, die für die Leistungserstellung notwendig, aber noch nicht verbraucht sind oder die als Erzeugnis bzw. Leistung zum Verkauf bestimmt sind. Sogenanntes Verbrauchsmaterial wie z. B. Büromaterial wird nicht als Vorratsvermögen ausgewiesen, da bei diesen Materialien ein sofortiger Verbrauch unterstellt wird.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Materialbestand Polizei	90.884,80	71.716,61
Betriebshof Amt für Straßen und Verkehr	165.506,67	165.506,67
Übernahmewert bba	0,00	3.035,74
	<b>256.391,47</b>	<b>240.259,02</b>

### II. FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Forderungen werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten, d. h. mit dem Nennwert angesetzt.

#### 1. Forderungen aus Steuern

**Euro 172.061.000,00**

(31. 12. 2011 · Euro 172.207.000,00)

Die Gebietskörperschaft, die die Verwaltungshoheit über die Steuern besitzt, weist die Forderungen aus Steuern zum Bilanzstichtag in voller Höhe aus. Forderungen aus steuerlichen Nebenleistungen sind ebenfalls anzusetzen. Bei den Stadtstaaten werden zudem Forderungen aus den örtlichen Gemeindesteuern und -steueranteilen ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Forderungen aus Steuern erfolgt, soweit die nach § 38 Abgabenordnung entstandenen Steueransprüche am Bilanzstichtag hinreichend konkretisiert sind.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Lohnsteuer	1.960.000,00	3.296.000,00
Veranlagte Einkommensteuer	90.148.000,00	91.008.000,00
Körperschaftsteuer	4.738.000,00	4.984.000,00
Umsatzsteuer	50.705.000,00	54.644.000,00
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	146.000,00	305.000,00

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Grunderwerbsteuer	3.404.000,00	1.472.000,00
Erbschaftssteuer	8.004.000,00	2.488.000,00
Kraftfahrzeugsteuer	758.000,00	969.000,00
Übrige Besitz- und Verkehrssteuern	109.000,00	317.000,00
Solidaritätszuschlag	5.376.000,00	5.419.000,00
Grundsteuer	1.288.000,00	1.877.000,00
Deichbeitrag	16.000,00	21.000,00
Gewerbsteuer	4.473.000,00	4.769.000,00
Landwirtschaftskammerbeitrag	5.000,00	5.000,00
Vergnügungssteuer	907.000,00	605.000,00
Zweitwohnungssteuer	16.000,00	9.000,00
Hundesteuer	8.000,00	19.000,00
	<b>172.061.000,00</b>	<b>172.207.000,00</b>

## 2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

**Euro 168.703.536,90**

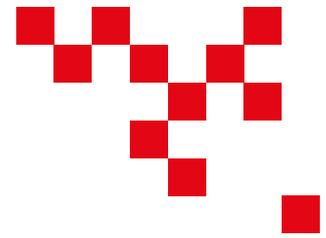
(31. 12. 2011 · Euro 143.768.173,45)

Ausgewiesen werden Forderungen, denen eine Lieferung oder eine Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	287.698.532,02	237.791.046,72
abzgl. Forderungen innerhalb der Kernverwaltung (Innenumsätze)	-97.493.622,56	-76.575.358,31
	190.204.909,46	161.215.688,41
abzgl. Pauschalwertberichtigung	-21.501.372,56	-18.056.800,55
	168.703.536,90	143.158.887,86
Übernahmewert bba	0,00	609.285,59
	<b>168.703.536,90</b>	<b>143.768.173,45</b>

In dem Gesamtbetrag der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind auch die Forderungen innerhalb der Kernverwaltung (sogenannte Innenumsätze) enthalten. In der vorstehenden Aufstellung ist dieser Betrag in dem Gesamtbetrag der Forderungen enthalten und wird vor Ermittlung der Pauschalwertberichtigung von den Forderungen abgesetzt.

Für die korrigierten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde eine Pauschalwertberichtigung ermittelt. Die Forderungen wurden nach dem Jahr der Entstehung gerastert und



die jeweilige Werthaltigkeit durch entsprechend gestaffelte Abschläge auf den Nominalwert der Forderung ermittelt. Zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausfallrisiken der Freien Hansestadt Bremen wurde ein möglichst realitätsnaher Abschlag ermittelt.

Sofern in Einzelfällen eine vom Pauschalwert abweichende geringere Werthaltigkeit unterstellt wurde, ist diese in die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung eingeflossen.

### 3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen

**Euro 437.118.439,68**  
(31. 12. 2011 · Euro 412.546.429,02)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen ausgewiesen.

#### Entwicklung Berichtsjahr 2012:

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Sonstige Forderungen an:		
• Stiftungen öffentlichen Rechts	443.619,83	458.922,27
• Anstalten öffentlichen Rechts	311.448.414,97	274.320.521,28
• Eigenbetriebe	1.572.376,59	30.385.298,69
• Gesellschaften	72.839.351,40	60.168.231,52
• Sonderhaushalte	50.814.676,89	47.213.455,26
	<b>437.118.439,68</b>	<b>412.546.429,02</b>

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

### 4. Forderungen gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung

**Euro 148.613.110,22**  
(31. 12. 2011 · Euro 151.870.307,14)

In diesem Posten werden unabhängig vom Forderungsgrund (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) grundsätzlich alle kurzfristigen Forderungen an Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung ausgewiesen.



	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Sonstige Forderungen an:		
• SV Immobilien und Technik	135.292.108,62	137.166.521,81
• SV Bremer Kapitaldienstfonds	13.321.001,60	14.703.785,33
	<b>148.613.110,22</b>	<b>151.870.307,14</b>

Bei den sonstigen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die Sondervermögen erfasst wird.

#### 5. Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen

**Euro 139.290.263,97**  
(31. 12. 2011 · Euro 188.832.422,74)

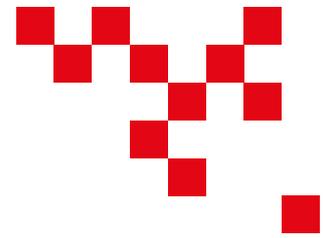
In diesem Posten werden Forderungen aus der Steuerverteilung (Steuererlegung und Beträge, die der Freien Hansestadt Bremen aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehen) und Forderungen aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und kommunaler Finanzausgleich) ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Steuerverteilung	8.483.900,10	5.499.773,15
Finanzausgleichsbeziehungen:		
• Länderfinanzausgleich IV. Quartal	30.806.363,87	81.772.481,24
• Fehlbetragsbundesergänzungszuweisung IV. Quartal	0,00	1.560.168,35
• Konsolidierungshilfe lfd. Jahr	100.000.000,00	100.000.000,00
	<b>139.290.263,97</b>	<b>188.832.422,74</b>

Für das Jahr 2012 hat Bremen einen Anspruch auf Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. Euro. Davon werden 200 Mio. Euro im laufenden Jahr gezahlt und die verbleibenden 100 Mio. Euro erst im Folgejahr. Im doppelischen Jahresabschluss 2012 werden die 300 Mio. Euro in der Erfolgsrechnung als Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen ausgewiesen. In der Vermögensrechnung werden die 200 Mio. Euro gezahlten Hilfen als Zugang auf dem entsprechenden Bankkonto berücksichtigt. Die restlichen 100 Mio. Euro stellen somit eine Forderung dar, die an dieser Stelle auszuweisen ist.

#### 6. Sonstige Vermögensgegenstände

**Euro 411.914.012,70**  
(31. 12. 2011 · Euro 961.043.671,84)



Ausgewiesen werden alle übrigen kurzfristigen sonstigen Forderungen gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören u. a. Forderungen gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Forderungen im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensforderungen sowie alle übrigen sonstigen Vermögensgegenstände.

#### Entwicklung Berichtsjahr 2012:

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Darlehensforderungen:		
• Gegen den öffentlichen Bereich	54.956.452,88	55.381.134,91
• Gegen private Unternehmen	0,00	145.072,44
• Gegen den übrigen Bereich	42.019.371,86	14.907.316,08
Übrige sonstige Vermögensgegenstände:		
• Geldtransit- und Verrechnungskonten	192.381.507,19	864.244.639,92
• Debitorische Kreditoren	23.631.987,61	21.941.530,51
• Forderungen an Finanzbehörden	19.192,93	0,00
• Übrige sonstige Vermögensgegenstände	98.905.500,23	4.349.390,93
• Übernahmewert bba	0,00	74.587,05
	<b>411.914.012,70</b>	<b>961.043.671,84</b>

### III. KASSENBESTAND, BUNDESBANKGUTHABEN, GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS

**Euro 931.505.781,91**  
(31. 12. 2011 · Euro 62.106.747,87)

In diesem Posten werden das in den Haupt- und Nebenkassen befindliche Bargeld, Guthaben bei der Bundesbank und bei in- und ausländischen Kreditinstituten sowie Schecks, die noch nicht bei den Kreditinstituten zur Gutschrift eingereicht wurden, ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Kassenbestand:	152.868,97	140.675,03
Übernahmewert bba	0,00	993,11
Guthaben bei Kreditinstituten:		
• Landeszentralbank	13.192.280,20	18.894.589,49
• Bremer Landesbank	61.684.153,05	37.521.979,07
• Postbank	118.619,11	117.083,58
• Sparkassen	927.860,58	5.094.993,51



	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
• Übernahmewert bba	0,00	336.434,08
• Kassenkredite Besicherung	855.430.000,00	0,00
	<b>931.505.781,91</b>	<b>62.106.747,87</b>

Als Kassenbestand werden die dezentral verwalteten Handkassen (Handvorschüsse) ausgewiesen. Die in der Buchführung ausgewiesenen Bestände werden mit den Aufzeichnungen vor Ort abgestimmt.

Die Salden der einzelnen Kreditinstitute wurden mit den jeweiligen Bankauszügen zum Bilanzstichtag abgestimmt und unter Berücksichtigung der unterwegs befindlichen Gelder (Schwebeposten) als Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

Der Anstieg der Kassenbestände ist durch den geänderten Ausweis der Darlehen bedingt, da die Kassenbesicherungen nun gesondert im Umlaufvermögen und nicht mehr saldiert mit den Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen werden (vgl. Seite 10–12).

### C. Aktive Rechnungsabgrenzung

**Euro 40.774.677,99**  
(31. 12. 2011 · Euro 37.407.082,80)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Auszahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

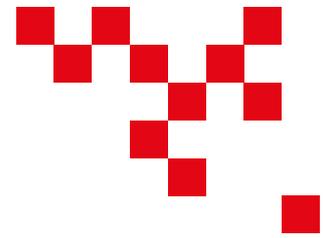
	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Beamtenbesoldung Januar des Folgejahres	38.277.050,64	37.394.850,96
Übernahmewert bba	0,00	12.231,84
Agio/Disagio	2.497.627,35	0,00
	<b>40.774.677,99</b>	<b>37.407.082,80</b>

### Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

**Euro 16.456.355.415,84**  
(31. 12. 2011 · Euro 15.514.908.995,90)

Zum Stichtag übersteigt die Summe der Schuldposten die Summe der als Vermögensgegenstände auszuweisenden Beträge. Dieser Betrag ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzter Posten auf der Aktivseite unter der Bezeichnung Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auszuweisen.

Die Ermittlung und Entwicklung des in diesem Posten auszuweisenden Betrages ist in den Erläuterungen zum Posten Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen dargestellt.



## Erläuterungen zur Vermögensrechnung – Passiva

<b>A. Eigenkapital</b>	<b>Euro 0,00</b>
	(31. 12. 2011 · Euro 0,00)

In der Vermögensrechnung der Gebietskörperschaft wird das Eigenkapital rechnerisch als Nettoposition aus der Differenz zwischen Aktivvermögen und Schulden ermittelt. Neben der Nettoposition können ggf. noch weitere Eigenkapitaluntergliederungen aufgeführt werden, die im Folgenden näher erläutert werden.

Wenn die Schulden das Aktivvermögen übersteigen, führt dies zu einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag, der auf der Aktivseite der Bilanz aufgeführt wird. Der Fehlbetrag kann ggf. auch untergliedert werden.

Das Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen hat sich wie folgt entwickelt:

### Entwicklung Berichtsjahr 2012:

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
I. Nettoposition	-13.817.600.166,45	-13.817.600.166,45
II. Gewinnrücklagen	168.242.457,79	167.260.307,71
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.489.361.820,48	-723.882.073,38
IV. Jahresergebnis	-796.960.309,15	-800.095.833,23
V. Ergebnisverwendung	33.552.327,66	34.616.086,13
	-15.902.127.510,63	-15.139.701.679,22
Veränderungen durch Bestandsanpassungen in den Posten		
• Anteile an verbundenen Unternehmen und Einrichtungen		
• Eigenbetrieb Umweltbetrieb Bremen	3.512.494,30	3.512.494,30
• Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH		4.642.956,37
- Verschmelzung	4.641.122,92	
- Schwebeposten	6.121.053,71	
• GBI Auflösung	-468.809,29	
• Ausleihungen/Darlehensforderungen	5.991.472.861,95	187.446.684,13
• Darlehensverbindlichkeiten (davon Schuldübernahmen)	-6.559.506.628,80 -384.387.145,04)	-570.809.451,48
	-16.456.355.415,84	-15.514.908.995,90
Ausweis in dem Posten:		
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<b>16.456.355.415,84</b>	<b>15.514.908.995,90</b>



## I. NETTOPOSITION

**Euro –13.817.600.166,45**

(31. 12. 2011 · Euro –13.817.600.166,45)

Ausgewiesen wird das konstante Eigenkapital der Freien Hansestadt Bremen. Dieser Wert stellt den Saldo aus Anlage- und Umlaufvermögen, aktiver Rechnungsabgrenzung, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiver Rechnungsabgrenzung zum Eröffnungsbilanzstichtag dar. Dieser Wert bleibt in der Regel in den Folgejahren unverändert.

Eine Ausnahme für die Änderung der Nettoposition ergibt sich aus der Notwendigkeit, Wertansätze, die für die Erstellung der Eröffnungsbilanz zugrunde gelegt wurden, zu ändern.

## II. GEWINNRÜCKLAGEN (VERWALTUNGSRÜCKLAGEN)

**Euro 168.242.457,79**

(31. 12. 2011 · Euro 167.260.307,71)

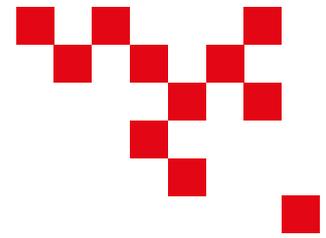
Gewinnrücklagen ergeben sich aus zurückbehaltenen Überschüssen in der Erfolgsrechnung. Diese doppischen Rücklagen sind nicht mit dem kameralen Rücklagenbegriff gleichzusetzen, der in der Regel die Sicherung der Zahlungsfähigkeit beinhaltet.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung werden Gewinnrücklagen als Verwaltungsrücklagen bezeichnet und finden ihre Ausprägung in gebundenen oder freien Rücklagen. In der öffentlichen Verwaltung dürfen gebundene Rücklagen für bestimmte, der Art und der (absoluten oder relativen) Höhe nach durch Gesetz oder Verwaltungsanweisungen festgelegte künftige Ereignisse und Maßnahmen (z. B. Rücklagen für Großprojekte) oder zum Ausgleich künftiger Verluste gebildet werden. Daneben können freie/allgemeine Rücklagen gebildet werden, die der Verwaltung unter Berücksichtigung des Budgetrechts des Parlamentes Möglichkeiten der Verwendung in Folgejahren eröffnen.

Aus haushaltsrechtlicher Sicht ist zu beachten, dass nicht die Bildung einer Rücklage, sondern die Inanspruchnahme zu Liquiditätsabflüssen führt. Um diese planen zu können und um das Budgetrecht des Parlamentes zu wahren, ist in den jährlichen Haushaltsanmeldungen die Bildung und die beabsichtigte Inanspruchnahme einer Rücklage zu veranschlagen.



Zwei-Euro-Gedenkmünze mit Bremer Roland und Rathaus, seit 2010 im Umlauf


**Entwicklung Berichtsjahr 2012:**

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Abwasserabgabe-Rücklage	8.486.671,35	10.199.671,12
Arbeitnehmerbeiträge nach dem Bremischen Ruhelohngesetz	10.885.414,39	9.753.783,16
Ausgleichsabgaben für Eingriffe in Natur und Landschaft	1.343,42	1.343,42
Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	9.724.668,10	9.704.211,42
Budgetrücklage Hansestadt Bremisches Hafenamts Entwicklungsagentur West	234.000,01	234.000,01
Erneuerungsrücklage Fischereihafen Betriebs- und Entwicklungsgesellschaft Bremerhaven	410.000,00	
Rücklage Kriegsoferfürsorge	293.445,67	293.445,67
Rücklage Saubere Stadt	360.573,10	499.022,16
Rücklage Schaffung von Garagen und Einstellplätzen	24.210,72	25.342,40
Sonderrücklage Deichschutz Bremerhaven	155.566,67	155.566,67
Sonderrücklage ReSoSta	3.479.822,42	2.890.992,47
Sonderrücklage für Zuschüsse an die Bürgerstiftung	662.259,77	662.259,77
Sonderrücklage Kajen Fischereihafen	93.245,00	96.345,00
Rücklage Wasserentnahmegebühr EFRE 2007 – 2013	1.676.000,00	1.676.000,00
EFRE 2007 – 2013 Bescheinigungsstelle	9.642.522,01	7.992.057,43
Zweckgebundene Rücklage aus Sozialleistungen	808.733,52	808.733,52
Kassenverstärkungs- und allgemeine Ausgleichsrücklage	27.961.116,39	24.403.882,51
Rücklage für Diskontkredite	813,80	813,80
Rücklage allgemeine Finanzen	16.340.452,11	16.340.452,11
Budgetrücklage allgemeine Finanzen	436.250,00	436.250,00
Budgetrücklagen Ressorts	12.638.106,06	14.861.475,10
	152.183,87	978.183,87
	63.775.059,41	65.246.476,10
	<b>168.242.457,79</b>	<b>167.260.307,71</b>

**III. GEWINNVORTRAG/VERLUSTVORTRAG**

**Euro –1.489.361.820,48**  
(31. 12. 2011 · Euro –723.882.073,38)

In Abgrenzung zum Jahresergebnis des laufenden Jahres (Überschuss oder Fehlbetrag) beinhaltet diese Position in der Regel das kumulierte Jahresergebnis aus den Vorjahren.

**Entwicklung Berichtsjahr 2012:**

	Stand 31. 12. 2012	Stand 31. 12. 2011
	Euro	Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	–723.882.073,38	0,00
Jahresergebnis Vorjahr:		
• Jahresfehlbetrag	–800.095.833,23	–806.689.925,52
• Einstellungen in die Gewinnrücklagen	–58.846.323,62	–106.404.952,81
• Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	93.462.409,75	189.212.804,95
<b>Stand 31.12. des Jahres</b>	<b>–1.489.361.820,48</b>	<b>–723.882.073,38</b>

**IV. JAHRESÜBERSCHUSS/JAHRESFEHLBETRAG**

**Euro –796.960.309,15**  
(31. 12. 2011 · Euro –800.095.833,23)

Der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag ist eine in der abgelaufenen Rechnungsperiode erwirtschaftete Größe, die sich aus der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge der Erfolgsrechnung ergibt.

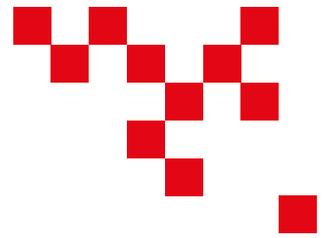
**Entwicklung Berichtsjahr 2012:**

	Stand 31. 12. 2012	Stand 31. 12. 2011
	Euro	Euro
Jahresergebnis:		
• Jahresfehlbetrag	<b>–796.960.309,15</b>	<b>–800.095.833,23</b>

**V. ERGEBNISVERWENDUNG**

**Euro 33.552.327,66**  
(31. 12. 2011 · Euro 34.616.086,13)

Nach Ermittlung des Jahresergebnisses der abgelaufenen Rechnungsperiode werden die im Haushaltsjahr vorgenommenen Entnahmen aus den und Einstellungen in die Gewinnrücklagen gesondert ausgewiesen.



### Entwicklung Berichtsjahr 2012:

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
• Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-46.453.437,27	-58.846.323,62
• Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	80.005.764,93	93.462.409,75
	<b>33.552.327,66</b>	<b>34.616.086,13</b>

### B. Sonderposten für Investitionen

**Euro 481.711.145,33**

(31. 12. 2011 · Euro 492.892.701,01)

In diesem Posten werden die der Freien Hansestadt Bremen von anderen Gebietskörperschaften oder von Dritten zugeflossenen Zuweisungen und Zuschüsse, die zur Finanzierung aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände bestimmt sind, ausgewiesen.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Stand 31. 12. des Vorjahres	492.855.366,66	488.951.190,71
+ Zugänge	+14.776.420,84	+28.983.252,43
- Auflösung	-25.920.642,17	-25.041.742,13
<b>Stand 31. 12. des Jahres</b>	<b>481.711.145,33</b>	<b>492.892.701,01</b>

Die Freie Hansestadt Bremen hat die in den Standards staatlicher Doppik vorgesehene Vereinfachungsregel auch für die Vermögensrechnung zum 31.12.2012 in Anspruch genommen und den Wert aus dem kamerale Buchungsstoff 2012 abgeleitet und die Beträge aus den investiven Ausgaben der Obergruppen 33 (Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich) und 34 (Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen) ermittelt. Für diese Zuweisungen und Zuschüsse wird eine pauschale Nutzungsdauer von 25 Jahren unterstellt.



Weserdeich in Bremerhaven, im Zuge des Küstenschutzes wurde der Deichabschnitt um bis zu zwei Meter erhöht



## C. Rückstellungen

Für Verpflichtungen, die dem Grunde nach hinsichtlich des Auszahlungszeitpunktes oder der Höhe nach noch nicht bestimmt und die bis zum Bilanzstichtag wirtschaftlich verursacht sind, werden grundsätzlich Rückstellungen gebildet.

### I. PENSIONS-RÜCKSTELLUNGEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

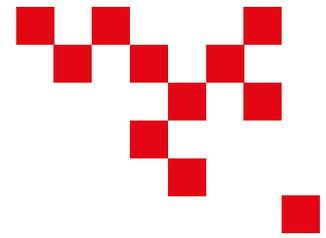
**Euro 6.536.591.000,00**

(31. 12. 2011 · Euro 6.206.503.000,00)

Gemäß den Standards staatlicher Doppik sind für Beamte und andere nach Bundes- oder Landesrecht versorgungsberechtigte Personen Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen für die Zeit ihres Ruhestandes und ähnliche Verpflichtungen anzusetzen. Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen erfolgt nach versicherungsmathematischen Regeln unter Verwendung geeigneter Generationensterbetafeln. Sie ist für Personen vorzunehmen, denen nach beamtenrechtlichen Vorschriften nach Ablauf der vorgeschriebenen Mindestdienstzeit ein Anspruch auf Versorgung gewährt werden kann. Für bereits laufende Leistungen und unverfallbare Anwartschaften pensionierter oder ausgeschiedener Beamter ist der Barwert der Verpflichtung anzusetzen. Bei aktiven Beamten ist eine Verteilung über die gesamte Dienstzeit auf der Grundlage des Teilwertverfahrens vorzunehmen. Dabei sind erwartete Pensions- und Rentenanpassungen, Besoldungs- und Entgeltsteigerungen auf Basis des Durchschnittsprozentsatzes, der jeweils aus der Steigerung der vergangenen sieben Jahre ermittelt wird, zu berücksichtigen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind pauschal mit einem Zinssatz von 4,5 % p. a. abzudiskontieren. Der Zinssatz wird jährlich durch das Gremium zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens (§ 49a HGrG) überprüft und bei Abweichung von mehr als 0,5 Prozentpunkten vom Referenzzinssatz durch das Gremium entsprechend angepasst.

Abweichend von den Standards staatlicher Doppik wurde für zukünftige Pensions- und Rentenanpassungen sowie Besoldungs- und Entgeltsteigerungen bei den Tarifbeschäftigten eine Anpassung wie im Bremischen Ruhelohngesetz von 1 % jährlich vorgesehen sowie bei den aktiv und passiv beschäftigten Beamten entsprechend den Rechenmodellen der FöKo II bis 2014 eine jährliche Steigerungsrate in Höhe von 0,9 % und danach 1,5 % unterstellt. Sofern für zukünftige Jahre bereits abweichende Realanpassungen beschlossen wurden, werden diese in der Berechnung berücksichtigt.

**Entwicklung Berichtsjahr 2012:**

	Stand 31.12.2011 Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Pensionsrückstellung:			
• Passive	4.351.365.000,00	64.640.000,00	4.416.005.000,00
• Aktive	1.557.978.000,00	239.000.000,00	1.796.978.000,00
Beihilfen und Unterstützungen	297.160.000,00	26.448.000,00	323.608.000,00
	<b>6.206.503.000,00</b>	<b>330.088.000,00</b>	<b>6.536.591.000,00</b>

Die Bildung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen zeigt im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen die Belastung zukünftiger Rechnungsperioden auf, die der Freien Hansestadt Bremen durch die rechtlichen Verpflichtungen gegenüber leistungsberechtigten Versorgungsempfängern aus heutiger Sicht entstehen werden und somit den finanziellen Rahmen zukünftiger Haushaltsjahre beeinflussen.

**II. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN**

**Euro 111.994.209,21**  
(31.12.2011 · Euro 112.508.659,04)

In diesem Posten werden alle übrigen Rückstellungen ausgewiesen. Dazu gehören u.a. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen, Prozesskosten, Schadenersatz, Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen, Drohverluste und Personalaufwand.

**Entwicklung Berichtsjahr 2012:**

	Stand 01.01.2012 Euro	V A	Verbrauch Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2012 Euro
Rückstellungen für					
• ausstehende Rechnungen	9.947.000,00	V	9.947.000,00	11.371.000,00	11.371.000,00
• Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung	800.000,00	V	65.000,00	0,00	735.000,00
• Prozesskosten	100.000,00			34.000,00	134.000,00
• Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche	910.000,00	A	171.000,00	0,00	739.000,00

	Stand 01.01.2012 Euro	V A	Verbrauch Auflösung Euro	Zuführung Euro	Stand 31.12.2012 Euro
• Personalaufwand:					
- Altersteilzeit	74.018.000,00	A	2.545.000,00	3.073.000,00	74.546.000,00
- Nicht genom- mener Urlaub	26.410.000,00	A	2.090.000,00	0,00	24.320.000,00
• Verpflichtung ausgesch. Mitarb.	0,00			149.209,21	149.209,21
• Übernahmewert bba	323.659,04	A	323.659,04	0,00	0,00
		<b>V 10.012.000,00</b>			
		<b>A 5.129.659,04</b>			
	<b>112.508.659,04</b>		<b>15.141.659,04</b>	<b>14.627.209,21</b>	<b>111.994.209,21</b>

#### Rückstellungen für ausstehende Rechnungen:

Für Eingangsrechnungen für Lieferungen und sonstige Leistungen, die im abgelaufenen Jahr bis zur Aufstellung der Vermögensrechnung noch nicht eingegangen sind, werden in Höhe der voraussichtlichen Rechnungsbeträge Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet, soweit die Rechnungsbeträge bei rechtzeitigem Eingang als Aufwand zu erfassen gewesen wären.

#### Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen:

Bei den Rückstellungen für Gewährleistungen aufgrund rechtlicher Verpflichtung wurde für die bestehenden Bürgschaftsverpflichtungen die durchschnittliche Ausfallquote der letzten fünf Jahre ermittelt und diese auf den Bestand des bremischen Anteils am Gesamtrisiko aus den Bürgschaftsverpflichtungen per 31.12.2012 angewandt.

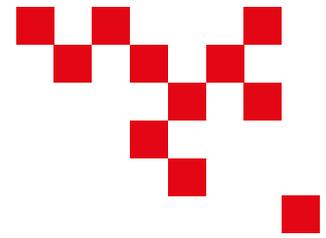
#### Rückstellungen für Prozesskosten:

In den Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Gerichtsprozessen, in denen die Freie Hansestadt Bremen als Klägerin oder Beklagte auftritt, wurden die voraussichtlichen Kosten für die laufende Instanz berücksichtigt. Diese beinhalten im Wesentlichen die Ansprüche der Gegenseite sowie die zu erwartenden Vorbereitungs- und Durchführungskosten. Abweichend von den Standards staatlicher Doppik wurden aus Vereinfachungsgründen jedoch nur anstehende Prozesse mit einem Streitwert von über 100.000 Euro geprüft.

#### Rückstellungen für Schadenersatzverpflichtungen und Haftpflichtansprüche:

Für gesetzliche bzw. vertragliche Schadenersatzverpflichtungen sind Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme des zum Bilanzstichtag 31.12.2012 entstandenen Schadens zu bilden, wenn das Bestehen der Verbindlichkeit und die Inanspruchnahme wahrscheinlich sind. Auch hier wurden abweichend von den Standards staatlicher Doppik aus Vereinfachungsgründen nur Einzelbeträge ab 10.000 Euro bei der Bildung der Rückstellung berücksichtigt.

In der Freien Hansestadt Bremen ist bei der Bildung von Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten aus Haftpflichtansprüchen nach Stadt und Land zu trennen. Für das kommunale



Haftpflichtrisiko sind keine Rückstellungen zu bilden, da dieses in unbegrenzter Höhe durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt ist. Das staatliche Haftpflichtrisiko ist bis zu einem Betrag von 100.000 Euro durch den Haftpflichtschadenausgleich abgedeckt. Für das staatliche Haftpflichtrisiko wurden Rückstellungen deshalb lediglich für die über diesen Betrag hinausgehenden Beträge gebildet, wenn die Haftpflichtschadenersatzansprüche gegenüber der Freien Hansestadt Bremen unstrittig sind.

#### **Rückstellungen für Personalaufwand:**

In den Rückstellungen für Personalaufwand sind die Verpflichtungen aus Altersteilzeit, Sabbatjahren, nicht genommenem Urlaub sowie aus Überstunden und Gleitzeitguthaben auszuweisen.

- **Altersteilzeit:**

Bei der Rückstellungsberechnung ist auf eine getrennte Ermittlung der Erfüllungs- und der Aufstockungsrückstellung abzustellen.

Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Aktivphase des Beschäftigten sukzessive im Verlauf der Aktivphase aufgebaut. Für jeden Monat der Aktivphase in dem jeweiligen Berichtsjahr werden 50 % des monatlichen Bruttoentgelts, das vor Beginn der Aktivphase erzielt wurde, in die Rückstellung eingestellt. Die Erfüllungsrückstellung wird mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit aufgelöst.

Die Aufstockungsrückstellung ist mit Beginn des Abschlusses der Altersteilzeitvereinbarung sofort in voller Höhe zu bilden. Einzustellen sind 30 % des monatlichen Bruttoentgeltes, das vor Beginn der Altersteilzeitvereinbarung erzielt wurde, für jeden Monat – also für den gesamten Zeitraum – der Passivphase. Ebenso wie die Erfüllungsrückstellung wird auch die Aufstockungsrückstellung mit Beginn der Passivphase über deren Laufzeit verbraucht.

Sowohl bei der Erfüllungs- als auch bei der Aufstockungsrückstellung werden voraussichtliche Tarifsteigerungen in die Wertermittlung einbezogen und die so ermittelten Beträge entsprechend der Laufzeit abgezinst.

- **Sabbatjahre:**

Eine Rückstellung für Sabbatjahre wird in der Freien Hansestadt Bremen nicht gebildet, da die Beschäftigten dieses Arbeitszeitmodell kaum in Anspruch nehmen.

- **Nicht genommener Urlaub:**

Die Standards staatlicher Doppik sehen ab 2011 die Bildung von Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub vor. Diese sind zu bilden, wenn Beschäftigte bis zum Ende des Haushaltsjahres ihren Urlaub noch nicht genommen haben und dieser im Folgejahr gewährt werden muss. Mit dieser Rückstellung werden nach dem Bilanzstichtag entstehende Personalaufwendungen erfasst, denen keine Arbeitsleistung gegenübersteht, da die Beschäftigten durch die Nichtinanspruchnahme des Urlaubs im laufenden Jahr in Vorleistung getreten sind.



Da in der Freien Hansestadt Bremen keine flächendeckende elektronische Erfassung der Urlaubsansprüche innerhalb des Personaldatensystems PUMA erfolgt, wurde der in die Rückstellung einzustellende Betrag durch eine Durchschnittswertmethode ermittelt. Die in PUMA erfassten Urlaubsansprüche wurden auf die gesamten in der bremischen Verwaltung Beschäftigten, ohne Berücksichtigung der beschäftigten Lehrer/-innen, hochgerechnet und mit den durchschnittlichen Bezügen/Entgelten der Beschäftigten in der bremischen Verwaltung bewertet.

• **Verpflichtungen aus Überstunden und Gleitzeitguthaben:**

Die Bildung einer Rückstellung unterbleibt, da in der Freien Hansestadt Bremen keine zentrale flächendeckende elektronische Erfassung der Überstunden und Gleitzeitguthaben erfolgt.

## D. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag (in der Regel Nennbetrag) auszuweisen, unabhängig davon, wie hoch der Ausgabebetrag ist. Als Ausgabebetrag wird der dem Schuldner zugeflossene Betrag bezeichnet.

### I. ANLEIHEN UND OBLIGATIONEN

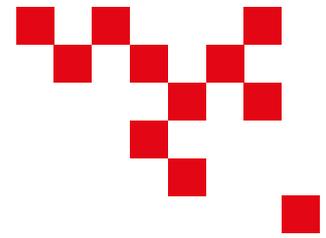
**Euro 11.439.947.970,30**

(31. 12. 2011 · Euro 10.781.373.227,00)

In diesem Posten sind alle kurz-, mittel- und langfristigen Schuldverschreibungen auszuweisen. Dazu gehören Ausgleichsforderungen, Kapitalmarktpapiere wie z. B. Anleihen, Schatzbriefe und Obligationen sowie Geldmarktpapiere wie z. B. Schatzanweisungen.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Ausgewiesen werden Landesobligationen und Anleihen:		
• Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	8.741.875.000,00	8.441.875.000,00
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	2.698.072.970,30	2.339.498.227,00
	<b>11.439.947.970,30</b>	<b>10.781.373.227,00</b>

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Schatzanweisungen ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte kumuliert in die Finanzbuchhaltung übernommen werden.



<b>II. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN</b>	<b>Euro 3.365.229.817,02</b>
	(31. 12. 2011 · Euro 0,00)

Ausgewiesen werden kurz-, mittel- und langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Ausweis erfolgt mit den Salden gemäß Kontoauszug. Dabei sind Schwebeposten, d. h. unterwegs befindliche Gelder, zu berücksichtigen.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Darlehensverbindlichkeiten:		
• Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	485.817.674,84	0,00
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	2.879.412.142,18	0,00
	<b>3.365.229.817,02</b>	<b>0,00</b>

Die für das Vorjahr ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte kumuliert in die Finanzbuchhaltung übernommen werden.

Den Geschäftsprozessen im Darlehensmanagement liegt ab 2012 eine neue Sachkontensystematik zugrunde. Durch die Anpassungen in der Darlehensverwaltung werden nun die Darlehensverbindlichkeiten nach Fälligkeiten gegliedert ausgewiesen (vgl. Seite 101).

<b>III. VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN</b>	<b>Euro 0,00</b>
	(31. 12. 2011 · Euro 126.525,50)

Es handelt sich um Verbindlichkeiten, denen eine Lieferung oder Leistung zugrunde liegt und die nicht in den nachfolgenden Posten auszuweisen sind.

Per 31.12.2012 sind in der Freien Hansestadt Bremen keine offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auszuweisen, da die Konten der Finanzbuchhaltung lediglich Werte ausweisen, die unter dem Posten debitorische Kreditoren zu berücksichtigen sind (vgl. Sonstige Vermögensgegenstände).

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-23.631.987,61	-21.927.530,22
Ausweis debitorische Kreditoren in dem Posten sonstige Vermögensgegenstände	23.631.987,61	21.941.530,51
		14.000,29
Übernahmewert bba	0,00	112.525,21
	<b>0,00</b>	<b>126.525,50</b>

#### IV. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND EINRICHTUNGEN

**Euro 132.866.700,47**  
(31. 12. 2011 · Euro 158.978.254,80)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
• Gesellschaften	19.550.581,28	15.576.587,83
• Eigenbetrieben	73.106.685,28	106.782.227,28
• Anstalten öffentlichen Rechts	7.760.372,90	4.917.677,14
• Stiftungen öffentlichen Rechts	216.598,24	322.166,31
• Sonderhaushalten	32.232.462,77	31.379.596,24
	<b>132.866.700,47</b>	<b>158.978.254,80</b>

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.

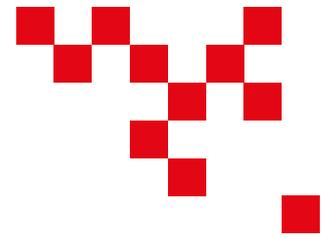
#### V. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER UNTERNEHMEN UND EINRICHTUNGEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNISS BESTEHT

**Euro 12.969.837,03**  
(31. 12. 2011 · Euro 17.942.696,37)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber der Bremerhavener Gesellschaft für Investitions- förderung und Stadtentwicklung GmbH (BIS)		
• Förderprogramme WMTE <sup>1</sup>	12.630.845,47	17.663.777,11
• Starthilfefonds	338.991,56	278.919,26
	<b>12.969.837,03</b>	<b>17.942.696,37</b>

<sup>1</sup> WMTE - Wirtschaft, Mittelstand, Technologie, Europaangelegenheiten



## VI. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER SONDERVERMÖGEN OHNE EIGENVERANTWORTLICHE BETRIEBSLEITUNG

Euro 185.516.781,56

(31. 12. 2011 · Euro 124.017.433,36)

Ausgewiesen werden alle kurz-, mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten (Lieferungen und Leistungen, Darlehen und sonstige) gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber:		
• SV Infrastruktur	61.354.974,18	64.330.440,69
• SV Fiskalvermögen	1.166.468,34	1.112.431,51
• SV Fischereihafen	9.123.248,19	4.905.008,31
• SV Hafen	86.928.410,24	33.457.113,80
• SV Überseestadt	7.143.039,26	985.608,59
• SV Gewerbeflächen	19.800.641,35	19.226.830,46
	<b>185.516.781,56</b>	<b>124.017.433,36</b>

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten auf den sogenannten Bankverrechnungskonten, auf denen der durch die Landeshauptkasse wahrgenommene Zahlungsverkehr für die verbundenen Unternehmen und Einrichtungen erfasst wird.



Der Fischereihafen in Bremerhaven

**VII. VERBINDLICHKEITEN AUS DER STEUERVERTEILUNG  
UND FINANZAUSGLEICHSBEZIEHUNGEN**
**Euro 1.351.694,64**  
(31. 12. 2011 · Euro 0,00)

In diesem Posten werden Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung (Steuererlegung und Beträge, die anderen Gebietskörperschaften aufgrund deren Ertragshoheit zustehen) und Verbindlichkeiten aus Finanzausgleichsbeziehungen (Länderfinanzausgleich und kommunaler Finanzausgleich) ausgewiesen.

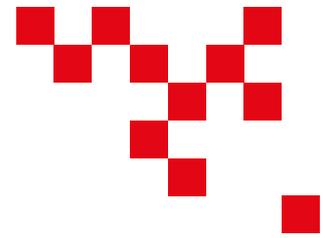
	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung:		
• Fehlbetragsbundesergänzungszuweisung IV. Quartal	<b>1.351.694,64</b>	<b>0,00</b>

Die Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen zum 31.12. 2012 werden in dem entsprechenden Aktiv-Posten ausgewiesen (vgl. Seite 36).

**VIII. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN**
**Euro 4.287.844.981,64**  
(31. 12. 2011 · Euro 7.269.123.842,75)

Ausgewiesen werden alle übrigen kurz-, mittel- und langfristigen sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, die nicht in den vorhergehenden Posten auszuweisen sind. Dazu gehören u. a. Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden aus eigenen Steuerschuldverhältnissen, Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit und gegenüber Mitarbeitern, Darlehensverbindlichkeiten sowie alle übrigen sonstigen Verbindlichkeiten.

	Stand 31. 12. 2012 Euro	Stand 31. 12. 2011 Euro
Darlehensverbindlichkeiten:		
gegenüber dem Bund		
• Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	7.657,48	7.421,95
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	108.086.761,13	115.062.140,00
gegenüber Ländern		
• Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	250.000.000,00	0,00
gegenüber dem sonstigen inländischen Bereich		
• Ursprungslaufzeit bis ein Jahr	666.486.019,69	837.467.298,09
• Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	191.400.000,00	623.110.000,00
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	2.516.525.837,63	5.407.697.492,00



	Stand 31.12.2012 Euro	Stand 31.12.2011 Euro
gegenüber dem sonstigen ausländischen Bereich		
• Ursprungslaufzeit ein bis fünf Jahre	60.000.000,00	0,00
• Ursprungslaufzeit über fünf Jahre	186.000.000,00	0,00
Übrige sonstige Verbindlichkeiten:		
• Cash Management	0,00	99.983,43
• Stiftungen	1.740.322,07	2.012.771,95
• Anstalten öffentlichen Rechts	859.157,30	876.330,09
• Finanzkassen	47.053.567,92	19.402.975,29
• Personalverrechnung	9.179.244,95	9.824.526,62
• Projekte und Maßnahmen	31.703.799,68	27.668.813,71
• Verwahrungen und erhaltene Anzahlungen	162.900.847,48	159.609.576,73
• Zahlstellen	161.114,19	407.292,80
• Fremdgelder	4.723.478,22	4.597.226,36
• Umsatzsteuer	1.424.934,05	2.208.566,90
• Übrige sonstige Verbindlichkeiten	49.592.239,85	58.945.645,55
Übernahmewerte bba	0,00	125.781,28
	<b>4.287.844.981,64</b>	<b>7.269.123.842,75</b>

Die ausgewiesenen Darlehensverbindlichkeiten ergeben sich aus der gesondert geführten Darlehensverwaltung, deren Einzelwerte kumuliert in die Finanzbuchhaltung übernommen werden. Alle übrigen ausgewiesenen Verbindlichkeiten ergeben sich direkt aus der Finanzbuchhaltung.

Den Geschäftsprozessen im Darlehensmanagement liegt ab 2012 eine neue Sachkontensystematik zugrunde. Innerhalb der Position sonstige Verbindlichkeiten kommt es deshalb zu einem geänderten Ausweis, der den Vorjahresvergleich erschwert (vgl. Seite 101).

#### E. Passive Rechnungsabgrenzung

**Euro 0,00**

(31.12.2011 · Euro 187.268,91)

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einzahlungen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

## Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

### 1. Steuern und steuerähnliche Erträge

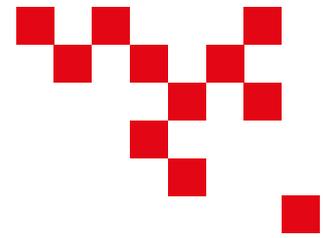
**Euro 2.199.965.617,46**  
(2011 · Euro 2.172.852.501,21)

Steuern und steuerähnliche Erträge umfassen sämtliche der Gebietskörperschaft aufgrund ihrer Ertragshoheit zustehende Steuern bzw. steuerähnliche Abgaben und steuerliche Nebenleistungen.

Die Ertragsrealisation tritt im Rahmen von Veranlagungen und Anmeldungen grundsätzlich mit Ablauf des Veranlagungs- bzw. Anmeldezeitraums ein. Eine Erfassung dieser Erträge setzt jedoch eine hinreichende Konkretisierung des Steueranspruchs voraus, die in dem Zeitpunkt eintritt, in dem die Daten zur Berechnung der Steuer freigegeben werden. Aus Vereinfachungsgründen finden nur die bis 31.12. veranlagten Fälle Berücksichtigung. Mit dem Eingang der Anmeldung sind bei Zahllastfällen die Steuererträge hinreichend konkretisiert und wirtschaftlich entstanden. Die im Januar eingehenden Anmeldungen für Anmeldezeiträume der Vorjahre sind zu berücksichtigen. Die Ertragsrealisation von Steuervorauszahlungen ist mit der hinreichenden Konkretisierung sukzessive zu den einzelnen Fälligkeitsterminen gegeben. Steuererstattungen der Gebietskörperschaften sind ertragsmindernd bei den Erträgen aus Steuern auszuweisen.

Verbliebene Risiken hinsichtlich der Konkretisierung der Steuererträge sind durch vorsichtige Bemessung des Wertansatzes oder durch Bildung von Rückstellungen (z. B. Rückerstattungsverpflichtungen) zu berücksichtigen.

	2012 Euro	2011 Euro
Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage:		
• Lohnsteuer	982.178.201,22	938.770.808,64
• Veranlagte Einkommensteuer	163.909.855,36	148.685.182,27
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	44.659.597,60	48.794.464,67
• Körperschaftsteuer	85.495.892,71	89.178.764,20
• Umsatzsteuer	470.082.574,55	438.877.006,95
• Einfuhrumsatzsteuer	187.624.125,74	182.175.207,29
• Gewerbesteuerumlage	6.562.884,73	6.593.191,43
• Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	38.569.348,82	42.430.591,92
• Kraftfahrzeugsteuer	-211.000,00	-230.000,00
	<b>1.978.871.480,73</b>	<b>1.895.275.217,37</b>
Landessteuern:		
• Vermögensteuer	-13,00	-27.235,46
• Erbschaftsteuer	47.544.189,53	41.019.228,48



	2012 Euro	2011 Euro
• Grunderwerbsteuer	68.279.397,30	55.744.647,27
• Totalisatorsteuer	73.808,70	133.424,33
• Lotteriesteuer	10.162.246,55	10.973.201,56
• Feuerschutzsteuer	3.523.289,44	3.780.627,24
• Biersteuer	20.709.879,60	21.457.341,57
• Abgaben von Spielbanken	3.039.128,75	5.267.092,51
	<b>153.331.926,87</b>	<b>138.348.327,50</b>
Gemeindesteuern:		
• Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	-402.610.440,37	-400.265.264,66
• Grundsteuer A	-405.729,38	-452.624,40
• Grundsteuer B	134.223.771,35	131.714.819,12
• Gewerbesteuer	281.351.273,09	352.294.444,07
• Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	37.432.708,97	39.791.962,39
• Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	-2.535.781,75	-2.807.654,07
• Sonstige Vergnügungsteuern	10.681.298,75	7.987.915,17
• Hundesteuer	1.382.542,44	1.345.429,28
• Sonstige Gemeindesteuern	444.171,86	402.440,84
	<b>59.963.814,96</b>	<b>130.011.467,74</b>
Steuerähnliche Erträge	2.591.609,36	2.699.065,64
Zwangsgelder, Verspätungs- und Säumniszuschläge im Zusammenhang mit Steuern	5.206.785,54	6.518.422,96
Summe Steuern und steuerähnliche Erträge	<b>2.199.965.617,46</b>	<b>2.172.852.501,21</b>

## 2. Erträge aus Finanzausgleichsbeziehungen

**Euro 1.046.422.526,63**  
(2011 · Euro 1.042.623.775,58)

	2012 Euro	2011 Euro
Erträge aus Länderfinanzausgleich	516.985.832,87	515.582.741,97
Erträge aus Bundesergänzungszuweisungen	229.436.693,76	227.041.033,61
Erträge Konsolidierungshilfe	300.000.000,00	300.000.000,00
	<b>1.046.422.526,63</b>	<b>1.042.623.775,58</b>

Ausgewiesen werden die Erträge aus dem Länderfinanzausgleich sowie aus sonstigen Finanzausgleichsbeziehungen für das Haushaltsjahr 2012.

### 3. Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen

**Euro 427.657.520,30**  
(2011 · Euro 397.218.714,70)

Erträge aus Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Erträge aus Zuschüssen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

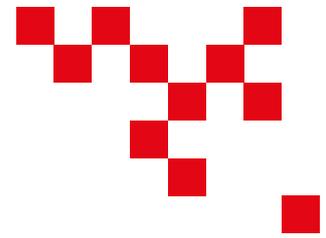
Erträge aus Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.

Erträge aus Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind beispielsweise (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschäden, zur Förderung der Vermögensbildung oder die Eingliederung eines Unternehmens in die Kernverwaltung.

Als Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen werden Geldleistungen ausgewiesen, die für investive Zwecke gewährt werden, aber keine Sonderposten für Investitionen darstellen.

Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die erhaltenen Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht gewährten Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2012 Euro	2011 Euro
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, soweit nicht für Investitionen, von/vom:		
• Bund für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	139.123.571,56	118.891.767,90
• Bund, übrige	105.763.012,02	98.106.670,22
• Ländern	12.775.744,86	7.674.414,55
• Gemeinden/Gemeindeverbänden	9.290.962,18	7.977.250,53
• Zweckverbänden und dgl.	366.180,37	736.058,55
• gesetzlicher Sozialversicherung	27.926.775,49	27.383.839,64
• verbund. Untern., Beteiligungen u. Sondervermögen	130.610,00	0,00



	2012 Euro	2011 Euro
• sonstigen inländischen Bereich	33.282.863,04	33.007.057,58
• ausländischen Bereich		
EU	4.440.075,36	6.028.235,60
sonstiger ausländischer Bereich	83.017,71	1.841,00
	<b>333.182.812,59</b>	<b>299.807.135,57</b>
Erträge aus Schuldendiensthilfen vom sonstigen inländischen Bereich	15.194.417,06	16.476.385,52
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	77.626.514,10	80.454.288,48
Erträge aus Rückforderungen von Zuweisungen und Zuschüssen	1.653.776,55	480.905,13
Summe Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	<b>427.657.520,30</b>	<b>397.218.714,70</b>

In den Erträgen aus den Zuweisungen und Zuschüssen sind die von der Gemeinde Bremerhaven erhaltenen Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich auch in den Folgejahren Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kalendarischen Titeln angebotenen Ertragskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhaltens vermieden werden sollen.

#### 4. Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse

**Euro 159.435.985,21**  
(2011 · Euro 156.420.251,69)

Als Erträge aus Verwaltungstätigkeit, Umsatzerlöse sind sämtliche Erträge auszuweisen, die im Rahmen der gewöhnlichen Tätigkeit der Verwaltung sowohl im hoheitlichen als auch im übrigen Bereich entstehen.

Gebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung geschuldet werden.

Den Erträgen aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern liegt kein Leistungsaustausch zugrunde. Sie entstehen vielmehr im Zuge eines Verwaltungsaktes.

Unter die Umsatzerlöse fallen grundsätzlich alle Erlöse, die im Rahmen der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen, aber nicht aus Steuern, Finanzausgleichsbeziehungen, Zuweisungen bzw. Zuschüssen, Gebühren sowie Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern resultieren. Hierzu zählen u. a. Erträge aus dem Verkauf von Produkten oder Dienstleistungen, wie beispielsweise Konzessionsabgaben von Energieversorgungsunternehmen, die zum gewöhnlichen Leistungsangebot der Verwaltung gehören.

	2012 Euro	2011 Euro
Erträge aus Gebühren	94.556.603,14	94.290.956,14
Erträge aus Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgeldern und Zwangsgeldern	13.085.255,40	12.246.630,17
Umsatzerlöse	51.794.126,67	49.882.665,38
	<b>159.435.985,21</b>	<b>156.420.251,69</b>

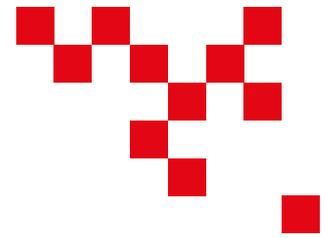
#### 5. Sonstige Erträge

**Euro 41.434.718,81**  
(2011 · Euro 43.960.447,27)

Zu den sonstigen Erträgen gehören alle Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit, die nicht in den vorhergehenden Posten oder als Erträge aus Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, sonstige Zinsen und ähnliche Erträge oder außerordentliche Erträge zu klassifizieren sind.

Dazu gehören u. a. Erträge aus Anlagenabgängen, der Auflösung von Rückstellungen und Sonderposten.

	2012 Euro	2011 Euro
Mieten	4.287.676,07	6.968.976,17
Pachten	19.429,09	19.429,09
Erträge aus dem Abgang von Vermögens- gegenständen	183,57	37.324,12
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	25.957.976,52	25.086.516,63
Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen	2.864.241,14	2.761.000,00
Übrige sonstige Erträge	8.305.212,42	9.087.201,26
	<b>41.434.718,81</b>	<b>43.960.447,27</b>



<b>6. Summe Erträge</b>	<b>Euro 3.874.916.368,41</b> (2011 · Euro 3.813.075.690,45)
-------------------------	--

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 1 bis 5 ausgewiesenen Erträge.

<b>7. Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit</b>	<b>Euro –292.198.608,96</b> (2011 · Euro –268.164.959,55)
---	--

Zu den Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit zählen die Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren, die im Rahmen der Verwaltungstätigkeit unmittelbar für die Erstellung der Leistung entstehen, sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen, die in einem direkten Zusammenhang mit der Herstellung von Erzeugnissen und Leistungen der Verwaltung als externe Vorleistungen anfallen.

	2012 Euro	2011 Euro
Aufwendungen für Material, Energie und bezogene Waren:		
• Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Fremdbauteile	–1.875.729,52	–1.886.463,36
• Verbrauchsmaterial	–32.770.057,49	–42.496.417,23
• Energie	–22.028.686,84	–21.156.401,73
• Material für Reparatur und Instandhaltung	–673.715,80	–426.515,25
• Aufwendungen für Waren	–2.450,72	–1.565,15
	<b>–57.350.640,37</b>	<b>–65.967.362,72</b>
Aufwendungen für bezogene Leistungen:		
• Abfall und Entsorgung	–1.990.726,36	–1.910.550,59
• Fremdinstandhaltung und Wartungsarbeiten	–33.330.005,88	–23.267.772,39
• Fremdleistungen für Gutachten, Werkverträge, Beratung, Rechtsberatung, Schulung	–1.873.073,68	–1.967.451,44
• Aufwendungen für Prozesskostenhilfe und ähnliche Leistungen	–30.127.269,24	–28.277.390,83
• Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	–167.526.893,43	–146.774.431,58
	<b>–234.847.968,59</b>	<b>–202.197.596,83</b>
Summe Aufwendungen für Verwaltungstätigkeit	<b>–292.198.608,96</b>	<b>–268.164.959,55</b>

<b>8. Personalaufwand</b>	<b>Euro –1.501.585.823,07</b> (2011 · Euro –1.471.137.256,85)
---------------------------	--

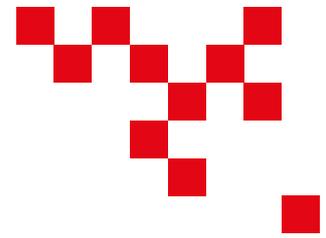


Als Personalaufwand werden die Aufwendungen für eigene Mitarbeiter im Rahmen des Beschäftigungs- bzw. Dienstverhältnisses mit den Bruttobeträgen ausgewiesen. Dabei handelt es sich um die unmittelbaren Aufwendungen für die eigentliche Arbeitsleistung der Mitarbeiter.

Die Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie die übrigen gesetzlichen Pflichtabgaben, die durch den Arbeitgeber für die Beschäftigung von Arbeitnehmern zu leisten sind, werden als soziale Abgaben ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Altersversorgung beinhalten neben den gezahlten Versorgungsbezügen die Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, die Aufwendungen für die Versorgungsrücklage sowie für die Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

	2012 Euro	2011 Euro
<b>Entgelte:</b>		
• Entgelte für geleistete Arbeitszeit (einschl. tariflicher, vertraglicher oder arbeitsbedingter Zulagen)	-217.837.635,29	-221.111.251,20
• Sonstige Aufwendungen mit Entgeltcharakter	-4.363.964,82	-29.744.861,79
	<b>-222.201.600,11</b>	<b>-250.856.112,99</b>
<b>Bezüge:</b>		
<i>Dienst-, Amtsbezüge einschließlich Zulagen:</i>		
• Beamte und Richter	-477.345.424,22	-472.692.637,75
• Zivildienstleistende	0,00	-60.061,01
	<b>-477.345.424,22</b>	<b>-472.752.698,76</b>
<b>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung:</b>		
<b>Soziale Abgaben:</b>	-57.288.325,98	-59.954.489,25
<i>Aufwendungen für Altersversorgung:</i>		
• Versorgungsbezüge Beamte und Richter	-331.909.661,18	-318.984.726,21
• Versorgungsbezüge Senatoren	-2.396.915,88	-2.289.791,66
• Versorgungsbezüge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-17.182.813,55	-16.560.173,85
• Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	-330.088.000,00	-293.748.000,00
<b>Sonstige Aufwendungen für Altersversorgung:</b>	-20.658.062,93	-15.646.272,83
<i>Beihilfen:</i>		0,00
• Soweit nicht Versorgungsempfänger	-11.917.848,45	-11.942.759,64
• Für Versorgungsempfänger	-25.462.565,77	-23.508.776,80
• Fürsor geleistungen und Unterstützungen	-5.134.605,00	-4.893.454,86
	<b>-802.038.798,74</b>	<b>-747.528.445,10</b>
<b>Summe Personalaufwand</b>	<b>-1.501.585.823,07</b>	<b>-1.471.137.256,85</b>



Die Aufwendungen für Entgelte, Bezüge, soziale Aufwendungen, Altersversorgung und Beihilfen werden in gesonderten Personalabrechnungssystemen (z.B. KIDICAP) ermittelt und die Werte kumuliert an die Finanzbuchhaltung übertragen.

Die Zusammensetzung der Zuführung zur Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist in dem Posten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erläutert (vgl. Seite 44–45).

<b>9. Abschreibungen</b>	<b>Euro –119.936.383,04</b>
	(2011 · Euro –111.991.452,71)

In diesem Posten werden die Abschreibungen, die den Werteverzehr des immateriellen Vermögens und des Sachanlagevermögens der Gebietskörperschaft abbilden, ausgewiesen.

	2012 Euro	2011 Euro
Abschreibungen auf:		
• immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	–108.880.561,14	–101.960.085,36
• Sachanlagevermögen	–11.055.821,90	–10.025.391,65
• Umlaufvermögen	0,00	–5.975,70
	<b>–119.936.383,04</b>	<b>–111.991.452,71</b>

Ausgewiesen wird der Werteverzehr, der auf das in der Vermögensrechnung der Freien Hansestadt Bremen ausgewiesene Anlagevermögen entfällt.

Der Werteverzehr, der auf die an die Sondervermögen übertragenen Sachanlagen entfällt, wird in den Erfolgsrechnungen der Sondervermögen als Aufwand ausgewiesen.

<b>10. Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>Euro –2.080.308.571,70</b>
	(2011 · Euro –1.997.227.128,73)

Aufwendungen für Zuweisungen sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Sondervermögen ohne unternehmerische Aufgabenstellung, Sozialversicherungsträger, Bundesagentur für Arbeit sowie Zweckverbände).

Aufwendungen für Zuschüsse sind einmalige oder laufende Geldleistungen zwischen dem öffentlichen Bereich und den sonstigen Bereichen.

Aufwendungen für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen umfassen z. B. Sozialhilfeleistungen, die als Barleistungen gewährt werden, Arbeitslosengeld, Unfallrenten und Wohngeld. Die Aufwendungen für übrige Zuweisungen und Zuschüsse umfassen alle Geldleistungen, die vom öffentlichen oder sonstigen Bereich für allgemeine oder für bestimmte Zwecke gewährt werden.

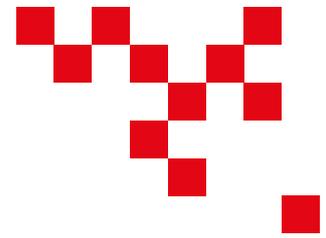
Aufwendungen für Schuldendiensthilfen umfassen Geldleistungen zur Erleichterung des Schuldendienstes für auf dem Kapitalmarkt aufgenommene Darlehen und Anleihen, vorwiegend zur Verbilligung von Zinsleistungen.

Aufwendungen für Vermögensübertragungen umfassen Geldleistungen, die weder für laufende Zwecke noch für investive Zwecke gewährt werden. Dies sind – in Anlehnung an die Zuordnung im Gruppierungsplan – z. B. (einmalige) Zahlungen zum Ausgleich von Vermögensschäden, zur Förderung der Vermögensbildung oder zur Strukturverbesserung der Wirtschaft (z. B. Abwrackprämien und -hilfen, Stilllegungsprämien, Zuschüsse zur Kapitalausstattung).

Als Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen werden Geldleistungen erfasst, die für investive Zwecke gewährt werden, aber nicht als geleistete Investitionszuweisungen oder -zuschüsse zu aktivieren sind.

Aufwendungen aus der Rückforderung von Zuweisungen und Zuschüssen stellen die zu leistenden Rückzahlungen von zu viel oder zu Unrecht erhaltenen Zuweisungen und Zuschüssen dar.

	2012 Euro	2011 Euro
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, soweit nicht für Investitionen:		
• Renten, Unterstützungen, sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	-550.999.966,36	-544.887.627,87
• Bund	-1.378.673,23	-1.594.121,57
• Länder	-14.261.525,30	-9.153.630,51
• Gemeinden/Gemeindeverbände	-384.546.769,11	-355.252.579,90
• Zweckverbände und dgl.	-173.010,00	-283.488,28
• Gesetzliche Sozialversicherung	-21.017.165,94	-16.496.740,17
• Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	-128.327.842,35	-92.824.837,96
• Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-98.732.821,99	-100.830.789,66
• Private inländische Unternehmen	-8.680.023,78	-14.279.086,48
• Sonstiger inländischer Bereich	-662.961.716,54	-635.668.866,87
• Sonstiger ausländischer Bereich	-6.971,43	-30.938,83
	-1.871.086.486,03	-1.771.302.708,10



	2012 Euro	2011 Euro
Aufwendungen für Schuldendiensthilfen:		
• Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	0,00	-975.552,01
• Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	-141.204,95	-93.997,52
• Private inländische Unternehmen	-18.801,05	-22.992,94
• Sonstiger inländischer Bereich	-55.642,50	-252.828,06
	<b>-215.648,50</b>	<b>-1.345.370,53</b>
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	-209.006.437,17	-224.579.050,10
Summe Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	<b>-2.080.308.571,70</b>	<b>-1.997.227.128,73</b>

In den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sind die an die Gemeinde Bremerhaven gezahlten Zuweisungen und Zuschüsse enthalten. Innerbremische Verrechnungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremen werden nicht ausgewiesen.

Innerhalb der in diesem Posten ausgewiesenen Positionen können sich in den Folgejahren Verschiebungen ergeben. Diese resultieren aus der Auswahlmöglichkeit der zu den kameraleen Titeln angebotenen Aufwandskonten, die in der Finanzbuchhaltung zu einem nicht immer sachgerechten Ausweis führen können und zukünftig durch Optimierung des Buchungsverhaltens vermieden werden sollen.

#### 11. Sonstige Aufwendungen

**Euro -133.242.779,97**  
(2011 · Euro -134.533.968,44)

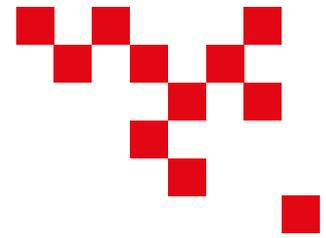
Zu den sonstigen Aufwendungen zählen alle Aufwendungen aus der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit, soweit sie nicht in den vorhergehenden Posten oder den Aufwendungen des Finanzergebnisses auszuweisen sind. Sie umfassen sonstige Personalaufwendungen, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges.

Zu den sonstigen Personalaufwendungen zählen alle Aufwendungen, die keine Entgelte, Bezüge oder soziale Abgaben bzw. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen betreffen, z. B. Aufwendungen für Personalmaßnahmen, Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Umzugskosten und Trennungsgeld, Aufwendungen für Aus-, Fort- und Weiterbildung und Aufwendungen für Bürgerschaftsabgeordnete.

Als Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten werden u. a. die Aufwendungen für Mieten (inklusive Nebenkosten), Pachten, Erbbauzinsen, Leasing, Lizenzen und Konzessionen, Gebühren und Provisionen, Prüfung, Beratung und Rechtsschutz sowie die Aufwendungen für abgeordnete Bedienstete und Leiharbeitskräfte ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges beinhalten u. a. Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur, Porto und Versandkosten, Gästebewirtung, Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Versicherungsbeiträge (sofern keine personenbezogenen Versicherungen), Telekommunikation, Reisekosten sowie Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens und Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

	2012 Euro	2011 Euro
Sonstige Personalaufwendungen:		
• Personalmaßnahmen	-551.543,34	-498.700,21
• Übernommene Fahrt- /Umzugskosten, Trennungsgeld	-33.743,64	-59.119,65
• Betriebs- /Arzt und Arbeitssicherheit	-492.231,76	-340.736,34
• Aus-, Fort- und Weiterbildung	-2.451.398,33	-2.395.938,75
• Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft	-9.531.130,09	-9.216.543,07
• Übrige sonstige Personalaufwendungen	-2.312.909,58	-2.279.386,54
	<u>-15.372.956,74</u>	<u>-14.790.424,56</u>
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten:		
• (Echt-)Mieten	-89.049.381,08	-90.447.723,30
• Pachten	-590.806,66	-611.384,12
• Leasing	-487.156,63	-465.551,29
• Lizenzen und Konzessionen	-543.897,37	-790.287,48
• Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	-2.989.691,34	-4.366.342,46
• Abgeordnete Bedienstete und Leiharbeitskräfte	-994.008,86	-980.502,12
• Sonstige Aufwendungen für die Inanspruch- nahme von Rechten und Diensten	-1.545.353,44	-1.883.205,45
	<u>-96.200.295,38</u>	<u>-99.544.996,22</u>
Aufwendungen für Kommunikation, Öffentlichkeits- arbeit, Reisen sowie Wertkorrekturen und Sonstiges:		
• Zeitungen und Fachliteratur	-1.230.878,22	-1.273.700,30
• Porto und Versandkosten	-3.631.736,37	-4.579.428,30
• Gästebewirtung, Repräsentation, Öffentlichkeitsarbeit, Werbung	-1.971.164,00	-1.526.961,33
• Versicherungsbeiträge	-928.267,51	-1.037.135,34
• Telekommunikation	-6.701.834,86	-7.211.452,45



	2012 Euro	2011 Euro
• Reisekosten	-2.143.686,76	-2.217.882,06
• Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens	-3.481.284,12	-895.331,76
• Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	-297.559,09	-96.210,31
• Übrige Aufwendungen	-1.283.116,92	-1.360.445,81
	-21.669.527,85	-20.198.547,66
Summe sonstige Aufwendungen	<b>-133.242.779,97</b>	<b>-134.533.968,44</b>

## 12. Summe Aufwendungen

**Euro -4.127.272.166,74**  
(2011 · Euro -3.983.054.766,28)

Ausgewiesen wird die Summe der in den Ziffern 7 bis 11 ausgewiesenen Aufwendungen.

## 13. Verwaltungsergebnis

**Euro -252.355.798,33**  
(2011 · Euro -169.979.075,83)

Das Verwaltungsergebnis stellt den Saldo aus Ziffer 6 (Summe Erträge) und Ziffer 12 (Summe Aufwendungen) dar.

## 14. Erträge aus Beteiligungen

**Euro 12.658.212,77**  
(2011 · Euro 10.992.408,06)

Ausgewiesen werden die Erträge aus Beteiligungen, z. B. Erträge aus Dividenden, Erträge aus Gewinnabführungen sowie aus Ausschüttungen.

	2012 Euro	2011 Euro
Erträge aus Beteiligungen	12.658.212,77	10.992.408,06
	<b>12.658.212,77</b>	<b>10.992.408,06</b>

## 15. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen

**Euro 305.911.864,30**  
(2011 · Euro 0,00)

Ausgewiesen werden die Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen von Ländern, Gemeinden, verbundenen und nicht verbundenen Unternehmen, z. B. Zinserträge.

	2012 Euro	2011 Euro
Erträge aus anderen Wertpapieren		
Zinserträge:		
• von Ländern	51.000.000,00	0,00
• von Gemeinden/Gemeindeverbänden	206.023.808,76	0,00
• von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	48.873.805,86	0,00
Ausleihungen Finanzanlagevermögen		
Zinserträge:		
• von privaten inländischen Unternehmen	14.249,68	0,00
	<b>305.911.864,30</b>	<b>0,00</b>

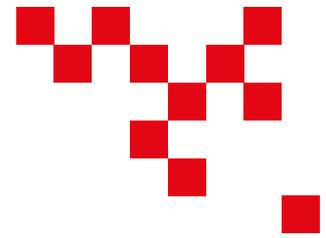
Die im Bereich der Darlehensverwaltung durchgeführten Reorganisationsmaßnahmen bewirken einen geänderten Ausweis der Aufwendungen und Erträge im Finanzergebnis. Nach den neuen Vorgaben erfolgt der Ausweis der Daten auf Erfolgskonten der Finanzbuchhaltung nach dem Bruttoprinzip, da es aufgrund des Saldierungsverbots nicht zulässig ist, in der Erfolgsrechnung Aufwendungen (z. B. Zinsaufwendungen) und Erträge (z. B. Zinserträge) zu saldieren. Die Änderungen im Darlehensmanagement führen auch zu einem geänderten Ausweis in einzelnen Positionen der Erfolgsrechnung (vgl. Seite 10–12).

#### 16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

**Euro 358.007.511,11**  
(2011 · Euro 342.282.896,39)

Ausgewiesen werden Zinserträge, die nicht als Erträge aus Beteiligungen oder aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens auszuweisen sind, z. B. Zinsen aus Einlagen bei Kreditinstituten oder Forderungen.

	2012 Euro	2011 Euro
Sonstige Zinsen:		
• Verbundene Unternehmen und Einrichtungen, Beteiligungen und Sondervermögen	5.370.748,60	2.496.000,00
• Öffentliche Sonderrechnungen	50.464.692,17	50.679.087,98
• Sonstiger öffentlicher Bereich	296.301.544,12	637.114,90
• Sonstiger inländischer Bereich	3.529.869,45	288.470.693,51
• Ausländischer Bereich	2.340.656,77	0,00
	<b>358.007.511,11</b>	<b>342.282.896,39</b>



Die Zinserträge aus verbundenen Unternehmen und Einrichtungen beinhalten u. a. Erträge aus noch nicht ausgezahlten Zinsen 2012 der Anstalt für Versorgungsvorsorge. Die Forderung aus diesen Zinsen ist in dem Posten Forderungen an verbundene Unternehmen und Einrichtungen enthalten. Im Rahmen der neuen Sachkontensystematik wurden Umgliederungen der Positionen vorgenommen (vgl. Seite 10–12).

### 17. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens

**Euro –423.399,76**  
(2011 · Euro 0,00)

	2012 Euro	2011 Euro
Abschreibungen auf Finanzanlagen	–423.399,76	0,00
	<b>–423.399,76</b>	<b>0,00</b>

In diesem Posten werden die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen ausgewiesen (vgl. Seite 10–12).

### 18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

**Euro –1.198.162.279,99**  
(2011 · Euro –860.453.924,71)

Ausgewiesen werden Zinsen und ähnliche Aufwendungen, die für aufgenommenes Fremdkapital zu zahlen sind, z. B. Zinsswaps, Zinstermin- und Zinsoptionsgeschäfte, Zinsen für Kredite und Darlehen.

	2012 Euro	2011 Euro
Zinsen:		
• Verbundene Unternehmen	–1.157.440,46	0,00
• Nicht verbundene Unternehmen Swaps	–378.030.626,43	0,00
• Bund	–659.781,97	–6.682,58
• Länder	–210.778.200,39	0,00
• Gemeinden/Gemeindeverbände	–424.864,56	0,00
• Sonstige öffentliche Sonderrechnungen	–34.107.419,65	–67.287.520,03
• Private inländische Unternehmen	–465.470.694,39	0,00
• Sonstiger inländischer Bereich	–10.736.251,27	–633.980.832,69
• Sonstiger ausländischer Bereich	–10.732.340,33	–11.264.434,78
	<b>–1.112.097.619,45</b>	<b>–712.539.470,08</b>
Übrige ähnliche Aufwendungen:	–77.352.896,68	–147.914.454,63
Abschreibungen auf Disagio o. Damnum:	–8.711.763,86	0,00
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<b>–1.198.162.279,99</b>	<b>–860.453.924,71</b>

Im Darlehensmanagement wurde 2012 eine neue Sachkontensystematik für die Prozesse zugrunde gelegt. Durch die Beachtung des Saldierungsverbotes werden Zinserträge nicht mehr mit Zinsaufwendungen und entsprechend umgekehrt verrechnet. Hierdurch wird ein Vorjahresvergleich erschwert (vgl. Seite 10–12).

**19. Finanzergebnis**

**Euro –522.008.091,57**  
(2011 · Euro –507.178.620,26)

Das Finanzergebnis stellt den Saldo aus den Ziffern 14 (Erträge aus Beteiligungen), 15 (Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagevermögen), 16 (sonstige Zinsen und ähnliche Erträge), 17 (Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens) und 18 (Zinsen und ähnliche Aufwendungen) dar.

**20. Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit**

**Euro –774.363.889,90**  
(2011 · Euro –677.157.696,09)

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit wird aus den Salden der Ziffern 13 (Verwaltungsergebnis) und 19 (Finanzergebnis) ermittelt.

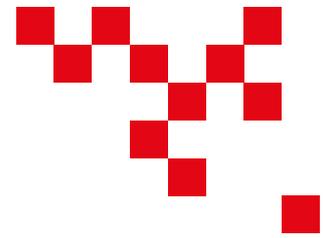
**21. Außerordentliche Aufwendungen**

**Euro –22.584.679,77**  
(2011 · Euro –122.928.000,00)

	2012 Euro	2011 Euro
Aufwendungen aus der Anpassung der Zuführung zu den Rückstellungen für:		
• Pensionen	0,00	–114.793.000,00
• Beihilfen und Unterstützungen	0,00	–5.491.000,00
• Altersteilzeit	0,00	–2.644.000,00
	0,00	–122.928.000,00
Anpassung HAWOBEG wg. BilMoG	–22.584.679,77	0,00
	<b>–22.584.679,77</b>	<b>–122.928.000,00</b>

Unter dem Posten außerordentliche Aufwendungen sind Aufwendungen auszuweisen, die außerhalb der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit anfallen.

Dabei handelt es sich um Vorgänge, die in hohem Maße ungewöhnlich sind, d. h., deren Auftreten nicht erwartet werden kann, und die selten oder unregelmäßig vorkommen, d. h. nicht



ständig anfallen bzw. nicht wiederkehrender Natur und somit nicht planbar sind. Diese Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein.

Diese Aufwendungen sind daher weder dem Verwaltungsergebnis noch dem Finanzergebnis zuzurechnen. Dabei ist mit Blick auf die gesamte Verwaltungstätigkeit im Einzelfall zu prüfen, ob ein besonderer Vorgang im Hinblick auf die bisherige und künftige Entwicklung vorliegt.

2011 ergaben sich Anpassungsnotwendigkeiten gegenüber den in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen sowie bei den sonstigen Rückstellungen. Die 2012 gebuchten Beträge stehen in Zusammenhang mit der HAWOBEG (Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-GmbH), die einen aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) geänderten Ausweis ihres Eigenkapitals vornehmen musste, da es nicht mehr zulässig ist, eigene Anteile im Eigenkapital auszuweisen.

## 22. Außerordentliches Ergebnis

**Euro –22.584.679,77**  
(2011 · Euro –122.928.000,00)

Die in Ziffer 21 ausgewiesenen Aufwendungen werden als außerordentliches Ergebnis dargestellt.

## 23. Steuern

**Euro –11.739,48**  
(2011 · Euro –10.137,14)

In diesem Posten sind die Steuern der Gebietskörperschaft aus eigenen Steuerschuldverhältnissen auszuweisen. Es werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus Erstattungen erfasst.

Zu den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zählen z. B. die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer, der Solidaritätszuschlag, die Kapitalertragsteuer sowie die entsprechenden ausländischen Steuern.

Als sonstige Steuern werden die Verbrauchs- und Verkehrssteuern (z. B. Kfz-Steuer), die von der Verwaltung zu entrichten sind, ausgewiesen.

	2012 Euro	2011 Euro
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00
Sonstige Steuern:		
• Kfz-Steuer	–11.739,48	–10.137,14
	<b>–11.739,48</b>	<b>–10.137,14</b>

**24. Jahresfehlbetrag**

**Euro –796.960.309,15**  
(2011 · Euro –800.095.833,23)

Der Jahresfehlbetrag stellt den Saldo aller in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge dar.

**SONSTIGE ANGABEN****Innerbremische Verschuldung im doppelischen Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen**

Im doppelischen Jahresabschluss des Landes und der Stadtgemeinde Bremen werden die Forderungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen mit den Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen konsolidiert, sodass diese konsolidierte Betrachtung den Wert null ergibt.

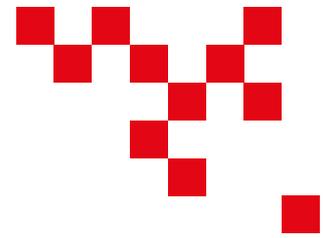
	Stand 31.12.2012
Ausleihungen des Landes Bremen an die Stadtgemeinde Bremen	Euro 6.092.356.517,89
Verbindlichkeiten der Stadtgemeinde Bremen an das Land Bremen	Euro 6.092.356.517,89
davon:	
• Laufzeit ein bis fünf Jahre	Euro 285.564.594,06
• Laufzeit über fünf Jahre	Euro 5.806.791.923,83

**Derivative Finanzinstrumente**

Die Senatorin für Finanzen ist gemäß Haushaltsgesetz ermächtigt, derivative Finanzinstrumente mit dem Ziel einzusetzen, die bestehenden und künftigen Zinsänderungsrisiken zu minimieren, die Zinsausgaben auf niedrigem Niveau zu verstetigen und die Zinskonditionen zu optimieren.

Per 31.12.2012 hat die Freie Hansestadt Bremen folgende Bestände an Derivaten:

Lfd. Zinsderivate in Mio. Euro	Land zahlt fest	Land zahlt variabel	Nettoposition Land zahlt fest
Zinssatzswaps	7.750,00	1.807,00	5.943,00
Zinssatzswaps mit Optionen			
• Verkauf	3.944,00	3.035,00	909,00
• Kauf	0,00	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>11.694,00</b>	<b>4.842,00</b>	<b>6.852,00</b>



Lfd. Zinsderivate in Mio. Euro	Land zahlt fest	Land zahlt variabel	Nettoposition Land zahlt fest
Zinssatzswaps mit der Position fest/fest oder variabel/variabel	1.075,0	1.100,00	
<b>Zinssicherungs-/ -optimierungsgeschäfte in der Zukunft</b>			
Zinssatzswaps	1.050,00	152,50	897,50
Zinssatzswaps mit Optionen			
• Verkauf	850,00	0,00	850,00
• Kauf	0,00	0,00	0,00
<b>Summe</b>	<b>1.900,00</b>	<b>152,50</b>	<b>1.747,50</b>

Das erforderliche Konnexitätsgebot zwischen Zinsderivat und Kreditgeschäft gemäß Dienstabweisung wurde eingehalten. Ein hoher Teil der Derivate hebt sich aufgrund von erforderlichen Feinsteuerungsmaßnahmen gegenseitig auf.

### Haftungsverhältnisse

Unter den Haftungsverhältnissen sind die Verbindlichkeiten, die nur unter bestimmten Umständen eintreten können, aufzuführen. Abweichend von den Standards staatlicher Doppik werden nachstehend lediglich die Haftungsverhältnisse aus den Bürgschaften aufgeführt:

	2012 Euro	2011 Euro
Summe des Bürgschaftsbestandes (Eigenrisiko FHB)	1.146.562.397,87	1.363.584.291,95
abzgl. gebildeter Rückstellungen	-735.451,96	-800.054,33
<b>Verbleibendes Haftungsrisiko</b>	<b>1.145.826.945,91</b>	<b>1.362.784.237,62</b>

### Anzahl der Beschäftigten in Bremen

Im Jahr 2012 waren insgesamt 26.828 Personen in bremischen Einrichtungen beschäftigt. Diese Zahl umfasst die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten (Beamte und Angestellte) in der bremischen Kernverwaltung, in den Sonderhaushalten nach § 15 LHO, Eigenbetriebe, Betriebe nach § 26 LHO, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie in privatrechtlich organisierten Gesellschaften, bei denen das Land Bremen mindestens 50 % der Anteile besitzt.



2012 arbeiteten zu fast gleichen Teilen Beschäftigte in der Kernverwaltung (40,2%) und den Gesellschaften (41,4%). Die 26.828 Beschäftigten entsprechen einem Beschäftigungsvolumen (Umrechnung in Vollzeitkräften) von 23.001.

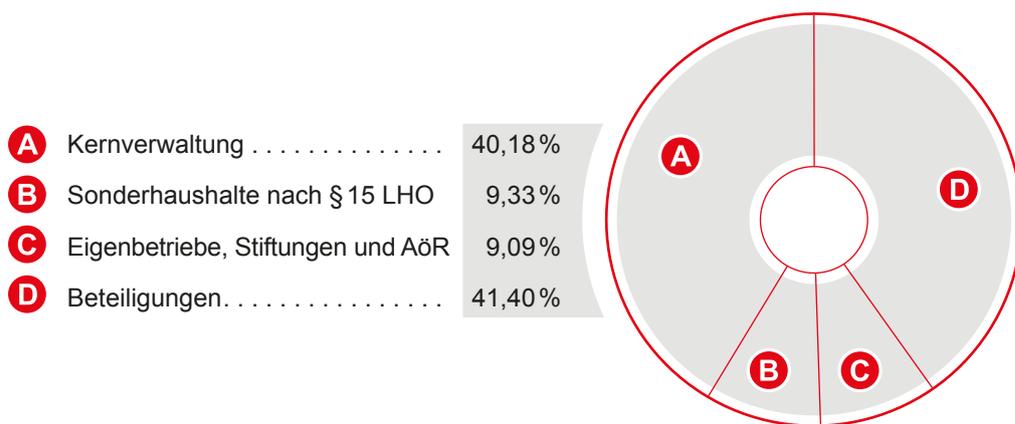
**Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten in Bremen**

	Anzahl Beschäftigte *		Beschäftigungsvolumen	
	2012	2011	2012	2011
Kernverwaltung	18.397	18.738	16.004	16.333
Sonderhaushalte nach § 15 LHO	4.270	4.298	3.601	3.619
Eigenbetriebe, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts	4.161	4.074	3.396	3.304
Beteiligungen **	18.955	18.721	16.111	15.913
<b>Insgesamt</b>	<b>45.783</b>	<b>45.831</b>	<b>39.112</b>	<b>39.169</b>

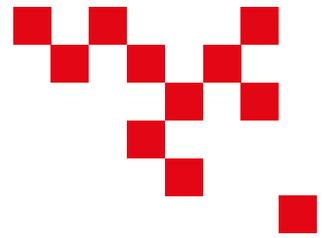
\* Mit Anwärtern, Praktikanten, Auszubildenden.

\*\* Lt. Beteiligungsbericht 2011/12. Die Zahl der Beschäftigten basiert auf einer Berechnung anhand der Teilzeitquote.

**Beschäftigte in Bremen nach Beschäftigungsbereichen (2012)**



In der Kernverwaltung und den Ausgliederungen arbeiten insgesamt 12.553 Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen und 12.725 Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen. Davon sind 8.979 teilzeitbeschäftigt.



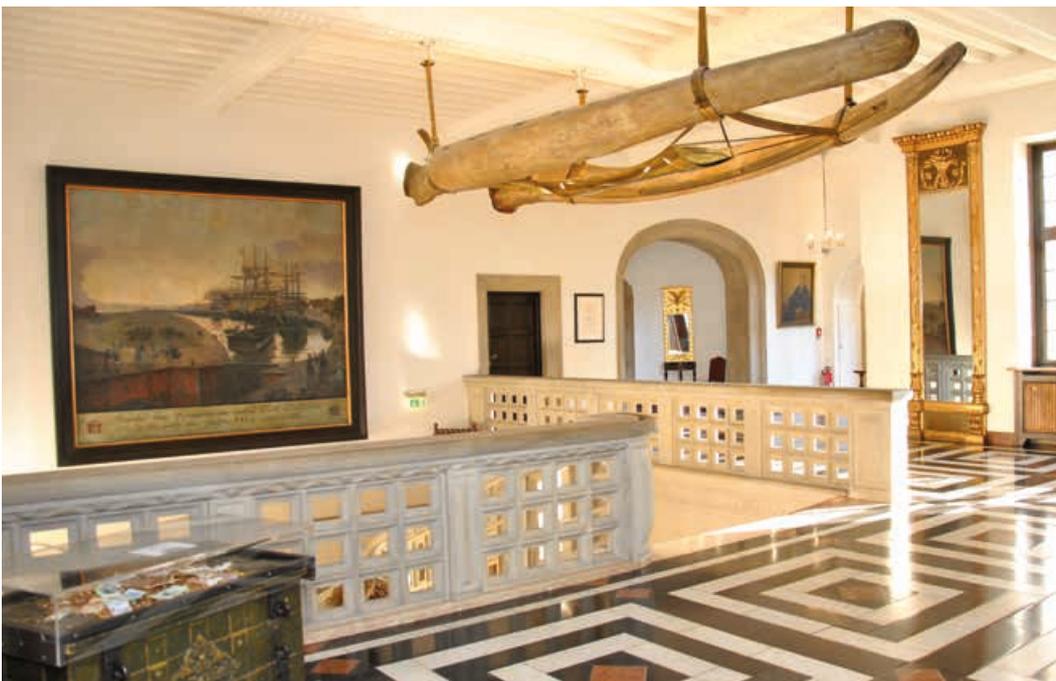
### Durchschnittliche Beschäftigtenzahl nach Gruppen \*

	2012
Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen	12.553
Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen	12.725
Sonstige**	1.550
<b>Insgesamt</b>	<b>26.828</b>
davon Teilzeitkräfte	8.979

\* Die Beschäftigtenzahl bezieht sich auf die Kernverwaltung und die Ausgliederungen (ohne Beteiligungen).

\*\*Anwärter, Auszubildende, Praktikanten.

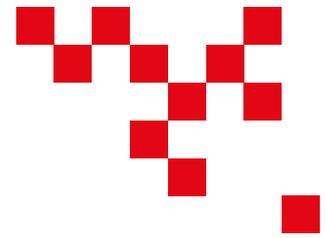
Die Dienstbezüge für die Verwaltungsspitze (Bürgermeister/Bürgermeisterin, Senatorinnen und Senatoren sowie Staatsräte und Staatsrätinnen) liegen im Jahr 2012 bei rund 2,4 Mio. Euro. Für Versorgungsleistungen von ehemaligen Senatorinnen und Senatoren wurden rund 2,4 Mio. Euro ausgezahlt.



Die Wandelhalle im Bremer Rathaus



Der neu zusammengesetzte 19. Bremer Senat: Ulrich Mäurer, Anja Stahmann, Dr. Joachim Lohse, Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Bürgermeister Jens Böhrnsen, Bürgermeisterin Karoline Linnert, Dr. Hermann Schulte-Sasse und Martin Günthner (von links)



## Senatsmitglieder im Geschäftsjahr 2012

### **Jens Böhrnsen** (SPD)

Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für kirchliche Angelegenheiten und Senator für Kultur

### **Karoline Linnert** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellvertretende Präsidentin des Senats, Bürgermeisterin, Senatorin für Finanzen und Senatskommissarin für den Datenschutz

### **Ulrich Mäurer** (SPD)

Senator für Inneres und Sport

### **Martin Günthner** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Senator für Justiz und Verfassung

### **Dr. Joachim Lohse** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

### **Anja Stahmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau

### **Renate Jürgens-Pieper** (SPD, bis 11.12.2012)

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

### **Prof. Dr. Eva Quante-Brandt** (SPD, ab 13.12.2012)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft

### **Dr. Hermann Schulte-Sasse** (parteilos, ab 13.12.2012)

Senator für Gesundheit

## Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen

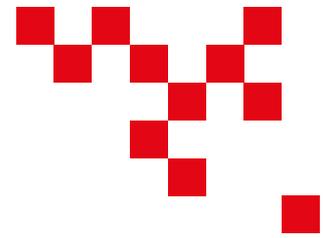
Die Freie Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) führt neben ihren Eigenbetrieben, Stiftungen, Sonderhaushalten und sonstigen Sondervermögen Beteiligungen mit unterschiedlichen Besitzanteilen an privatwirtschaftlichen Unternehmen. Diese Beteiligungen werden größtenteils in der Rechtsform der GmbH oder AG geführt. Bei den Mehrheitsbeteiligungen werden die Einheiten gemäß „Handbuch Beteiligungsmanagement der Freien Hansestadt Bremen“ geführt. In diesem Regelwerk sind alle wesentlichen Vorgaben für die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und den Gesellschafter festgelegt. Sie betreffen die Organisation, die Standards zum Planungs- und Berichtswesen, Hinweise für die Organe der Gesellschaften, Mustertexte Recht und Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Weitere zu beachtende Regelwerke sind u. a. der Public-Corporate-Governance-Kodex der Freien Hansestadt Bremen sowie die aktienrechtlichen Bestimmungen.


**Unternehmen / Sondervermögen (SV) / Sonderhaushalte (SH)**

	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2011 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2011 Euro
<b>Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Land)</b>			
Aareal Bank AG, Wiesbaden	0,02	2.169.000.000,00	20.000.000,00
AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut-Nord GmbH, Bremen	16,64	1.520.465,1	-1.567.378,73
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Bremen	50,00	94.878,96	0,00
Bremer Arbeit GmbH, Bremen			0,00
Bremer Landesbank Kreditanstalt			
Oldenburg-Girozentrale, Bremen	7,50	1.348.677.000,00	78.000.000,00
Bremer Toto und Lotto GmbH, Bremen	33,33	4.283.000,00	3.000,00
Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH, Bremen	100,00	265.823,64	0,00
Bremerhavener Arbeit GmbH, Bremerhaven			0,00
Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS), Bremerhaven	13,60	4.915.263,69	-3.968.513,48
Dataport, rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts, Altenholz	6,90	63.123.023,20	1.293.440,51
DEGES, Berlin	7,57	85.450,00	5.150,00
Fachinformationszentrum Karlsruhe, Gesellschaft für wissenschaftlich-technische Information mbH, Karlsruhe	2,17	47.840,00	0,00
Fischereihafen-Betriebsgesellschaft mbH (FBG), Bremerhaven	100,00	256.000,00	0,00
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, gGmbH, Grünwald	6,25	1.112.454,13	41.187,92
HIS Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover	4,16	194.132,72	-917.411,20
Hochschule Bremen (SH), Bremen	100,00	72.795.633,30	1.726.425,53
Hochschule Bremerhaven (SH), Bremerhaven	100,00	36.842.407,76	15.679,84
Hochschule für Künste Bremen (SH), Bremen	100,00	32.684.125,59	-769.551,17
Institut f. angewandte Systemtechnik Bremen GmbH, Bremen	25,00	477.993,69	19.385,87
IWF Wissen und Medien gGmbH, Göttingen <sup>2</sup>	10,00	-4.357.013,08	734.803,53
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	0,33	14.913.819.000,00	547.565.000,00
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	2,44	4.658.510,65	-328.710,31
Landesuntersuchungsamt (SH), Bremen	100,00	0,00	0,00
LEA Gesellschaft für Landeseisenbahnaufsicht mbH, Hannover	5,00	106.000,00	54.000,00
Münchener Hypothekenbank eG, München <sup>3</sup>	0,00	0,00	4.857.889,27
nordmedia, Film- und Mediengesellschaft			
Niedersachsen/Bremen mbH, Hannover	20,00	627.320,40	-61.294,46
Performa Nord GmbH, Bremen	100,00	86.850,08	17,59
Performa Nord, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	5.512.831,27	386.520,11
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen (SH) Bremen	100,00	6.352.244,00	-198.991,77
SV Bremer Kapitaldienstfonds, Bremen	100,00	0,00	0,00
SV Fischereihafen, Bremen	100,00	44.338.500,77	-17.990.774,32
SV Gewerbeflächen, Bremen	100,00	14.719.442,57	-795.107,42
SV Immobilien und Technik, Bremen	100,00	50.654.786,99	-493.954,01
SV Versorgungsrücklage des Landes Bremen, Bremen	100,00	0,00	0,00
Universität Bremen (SH), Bremen	100,00	223.439.089,49	-20.972.160,00
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	92,27	120.915.961,36	741.814,39

<sup>2</sup> Befindet sich seit 01.01.11 in Liquidation.

<sup>3</sup> Festbetrag in Höhe von 70 Euro.



	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2011 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2011 Euro
<b>Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)</b>			
Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH, Bremen	50,00	94.878,96	0,00
Besitzges. Science Center Bremen GmbH (ehemals Visionarum), Bremen	100,00	3.423.054,61	-493.091,44
Botanika (Rhododendronpark) GmbH, Bremen	100,00	7.198.666,82	-1.432.888,48
Bremen Online Services Beteiligungs-GmbH, Bremen	100,00	15.372,60	-4.574,75
Bremen Online Services Entwicklungs- und Betriebs- gesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	55,10	2.738.874,27	-715.740,46
Bremen.online GmbH, Bremen	100,00	147.542,11	7.960,80
bremenports Beteiligungs GmbH, Bremerhaven	100,00	25.587,45	-75,19
bremenports GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	250.000,00	1.047.223,18
Bremer Bäder GmbH, Bremen	97,65	1.057.702,54	-1.180.283,45
Bremer Energie-Konsens GmbH, Bremen	10,10	1.152.997,01	-62.104,17
Bremer Lagerhaus Gesellschaft AG von 1877 (BLG), Bremen	50,42	17.107.000,00	2.215.595,99
Bremer Lagerhaus Logistics Group AG & Co., Bremen	100,00	282.035.851,07	35.538.790,74
Bremer Philharmoniker GmbH, Bremen	26,00	407.511,27	-291.894,71
Bremer Ratskeller GmbH, Bremen	100,00	702.084,13	-52.648,69
Bremer Theater Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	100,00	425.000,00	24.490,74
Bremer Verkehrsgesellschaft mbH, Bremen	100,00	285.773.000,00	-40.353.461,64
Bremer Volkshochschule, Bremen	100,00	-735.503,47	-121.857,20
BREPARK GmbH, Bremen	3,00	15.711.209,56	0,00
Columbus Cruise Center GmbH, Bremerhaven	25,00	736.993,95	0,00
ekz.bibliotheksservice GmbH, Reutlingen	2,81	9.108.902,99	2.008.682,97
Facility Management Bremen GmbH, Bremen	100,00	117.456,53	-14.037,20
Fähren Bremen-Stedingen GmbH, Bremen	55,00	5.556.393,29	43.549,32
Flughafen Bremen GmbH, Bremen	100,00	88.008.219,96	2.099.159,94
Focke-Museum, Bremen	100,00	2.617.738,10	7.268,64
Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen (Konzern), Bremen	100,00	60.650.010,55	-7.343.180,15
Gesundheit Nord Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Bremen	100,00	45.185.300,29	488,44
Großmarkt Bremen GmbH, Bremen	100,00	7.870.468,84	22.840,87
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte Beteiligungen mbH, Bremen	100,00	26.183,24	1.053,06
Grundstücksentwicklungsgesellschaft Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG, Bremen	100,00	0,00	-101.745,79
Hanseatische Naturentwicklung GmbH (HANEG), Bremen	100,00	237.291,93	23.598,99
Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Bremen	80,00	3.009.703,75	3.625.545,71
hanseWasser Bremen GmbH, Bremen	25,10	65.385.029,46	0,00
Immobilien Bremen, AöR, Bremen	100,00	882.151,21	15.835,46

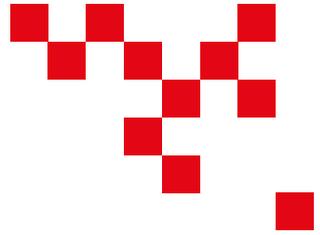





	Brem. Anteile %	Eigenkapital 2011 Euro	Ergebnis Gewinn/Verlust 2011 Euro
<b>Beteiligungen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)</b>			
JadeWeserPort Realisierungs-Beteiligungsgesellschaft mbH, Wilhelmshaven	49,90	51.065,17	-6.503,81
JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft mbH & Co. KG, Wilhelmshaven	49,90	78.461.661,55	-1.178.405,44
KiTa Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	1.326.639,72	5.894,07
Münchener Hypothekenbank eG, München <sup>4</sup>	0,00	0,00	4.857.889,27
Musikschule Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	223.975,05	-58.236,97
Stadtbibliothek Bremen, Eigenbetrieb, Bremen	100,00	966.286,51	-50.546,47
SV Gewerbeflächen, Bremen	100,00	438.411.627,08	-8.359.739,73
SV Hafen, Bremen	100,00	308.049.687,42	-66.022.530,55
SV Immobilien und Technik, Bremen	100,00	512.794.494,31	2.546.470,57
SV Infrastruktur, Bremen	100,00	1.339.341.408,07	-117.234.001,33
SV Kommunale Abfallentsorgung, Bremen	100,00	1.118.804,77	7.596,96
SV Überseestadt, Bremen	100,00	54.829.493,00	-7.154.838,92
Theater Bremen GmbH, Bremen	100,00	-1.411.831,76	298.252,87
Übersee-Museum, Bremen	100,00	5.329.588,04	-4.871,00
Umweltbetrieb Bremen, Bremen	100,00	151.913.527,01	3.175.319,63
Werkstatt Bremen, Bremen	100,00	51.586.746,29	-559.450,97
Werkstatt Nord gGmbH, Bremen	100,00	503.172,20	100.935,22
Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, Bremen	6,95	120.915.961,36	741.814,39
ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH, Bremen	37,20	26.631,41	5.383,79

Da es sich beim Landesuntersuchungsamt und dem Bremer Kapitaldienstfonds um kameral buchende Sonderhaushalte handelt, werden diese wertmäßig nicht im doppelischen Jahresabschluss erfasst.

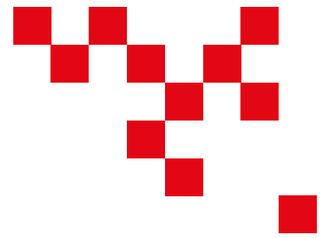
<sup>4</sup> Festbetrag in Höhe von 70 Euro.



Roland-Brunnensäule in der Bremer Neustadt, errichtet 1737



**Lagebericht**



## PRÄAMBEL

Nach der Umsetzung der Empfehlungen und Beschlüsse der Föderalismuskommission II in gesetzliche Regelungen sind die Haushalte von Bund und Ländern gemäß Artikel 109 und Artikel 143d Grundgesetz ab 2020 grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Dem Land Bremen wird als Hilfe zur Einhaltung dieser Schuldenbremse auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung eine jährliche Konsolidierungshilfe in Höhe von 300 Mio. Euro aus dem Haushalt des Bundes gewährt.

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2011 gelten somit für die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen die Vereinbarungen des mit dem Bund festgelegten Konsolidierungskurses, der den vollständigen Abbau des strukturellen Finanzierungsdefizits des Basisjahres 2010 in zehn gleich großen Schritten bis 2020 vorsieht. Nach Vorlage aller relevanten Daten wurde das strukturelle Finanzierungsdefizit für das Land Bremen und seine beiden Stadtgemeinden auf 1.253,5 Mio. Euro festgesetzt. Die jährliche Abbaurate beträgt somit 125,35 Mio. Euro.

Ende 2011 wurde eine innerbremische Sanierungsvereinbarung geschlossen. Diese verpflichtet alle drei bremischen Gebietskörperschaften, also das Land Bremen sowie die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, einen entsprechenden Anteil zum Abbau des strukturellen Defizits zu erbringen, und regelt die Verteilung der jährlichen Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Mio. Euro auf die Einzelhaushalte des Stadtstaates.

Die Bremer Finanzpolitik des Jahres 2012 ist geprägt durch die Anforderungen des mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungskurses und der Erfüllung der Vorgaben zur Einhaltung der Schuldenbremse. In den Berichten zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016 werden die Rahmenbedingungen und Umsetzungserfolge der Freien Hansestadt Bremen im Konsolidierungsjahr 2012 detailliert dargestellt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Bremen den strikten Sparkurs weiterhin eingehalten hat und damit seinen Verpflichtungen zum Abbau des strukturellen Defizits nachgekommen ist. Dies wurde auch dadurch begünstigt, dass die Steuereinnahmen höher als erwartet ausgefallen sind und Bremen weiterhin von der günstigen Zinsentwicklung profitiert.

Leitlinie für die nachhaltige Finanzpolitik des Landes und der Stadtgemeinde Bremen ist, dass die aus steuerlichen Mehreinnahmen resultierenden Verbesserungen der Einnahmesituation nicht zur Lockerung der Ausgabenpolitik genutzt werden. Bereits eingetretene gegenläufige Effekte der Sanierungsplanung des Landes werden so weit wie möglich durch eigene Gegensteuerungsmaßnahmen abgewehrt.

### INFO:

Sanierungsprogramm  
der Freien Hansestadt  
Bremen  
[www.finanzen.bremen.de/  
info/sanierungsprogramm](http://www.finanzen.bremen.de/info/sanierungsprogramm)

### INFO:

Verwaltungsvereinbarung  
zum Gesetz zur Gewährung  
von Konsolidierungshilfen  
[www.finanzen.  
bremen.de/info/  
verwaltungsvereinbarung-  
konsolidierungshilfe](http://www.finanzen.bremen.de/info/verwaltungsvereinbarung-konsolidierungshilfe)



## FINANZPOLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE RAHMEN- BEDINGUNGEN

Deutschland konnte sich schnell von der Finanzkrise erholen, sodass im Jahr 2012 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,7% erzielt werden konnte. Nach dem Einbruch der Jahre 2009 und 2010 aufgrund der Finanzkrise entwickelte sich damit die Wirtschaftslage wieder positiv.

Ende 2012 betrug die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsort in Deutschland 41,9 Mio., was dem höchsten Wert seit der Wiedervereinigung Deutschlands entsprach.<sup>5</sup> Im Jahresdurchschnitt 2012 waren in Deutschland rund 2,9 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet, dies waren drei Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Damit wies das Jahr 2012 den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit 1991 auf. 2012 betrug die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote 6,8% und sank damit im Vergleich zum Vorjahr um -0,3%.<sup>6</sup>

Das Steueraufkommen in Deutschland ist gegenüber dem Vorjahr kräftig angestiegen. Im Jahr 2012 beliefen sich die Steuereinnahmen auf insgesamt rund 600 Mrd. Euro und stiegen damit um 4,7% bzw. 26,7 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahresergebnis. Von den Steuereinnahmen entfielen auf den Bund 256 Mrd. Euro, die Länder 236 Mrd. Euro, die Gemeinden 81 Mrd. Euro und auf die EU 26 Mrd. Euro.<sup>7</sup>

Die Staatsschuldenkrise im Euroraum verschärfte sich 2012 weiter. Im Krisenstaat Griechenland erfolgte ein Schuldenschnitt von Privatgläubigern in Höhe von 107 Mrd. Euro, und mit einem zweiten Rettungspaket in Höhe von 130 Mrd. Euro sollte der Schuldenkrise weiter entgegengewirkt werden. Die Zinsen blieben weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Mitte 2012 erfolgte durch den Rat der Europäischen Zentralbank eine erneute Leitzinsanpassung auf den historischen Tiefstand von 0,75%. Damit wurden weitere günstige Rahmenbedingungen für Kreditnehmer geschaffen, die nicht nur dem Bund und den Ländern zugutekamen, sondern auch der Bewältigung der Staatsschuldenkrise im europäischen Raum dienten.

Die hohe Wirtschaftskraft der Freien Hansestadt Bremen als Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Bundeslandes spiegelt sich im Bruttoinlandsprodukt wider, welches sich im Jahr 2012 in Bremen positiv entwickelte. Die Wirtschaftskraft je Einwohner lag mit 41.897 Euro auch 2012 deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 32.280 Euro. Unter Berücksichtigung der geänderten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) wies das BIP je Einwohner eine Steigerung von +2,7% gegenüber dem Vorjahr aus. Bremen erzielt damit im Länderranking hinter Hamburg wieder die zweitstärkste Wirtschaftskraft je Einwohner.

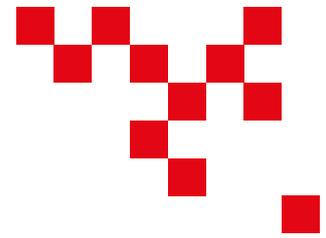


Containerschiffe im JadeWeserPort

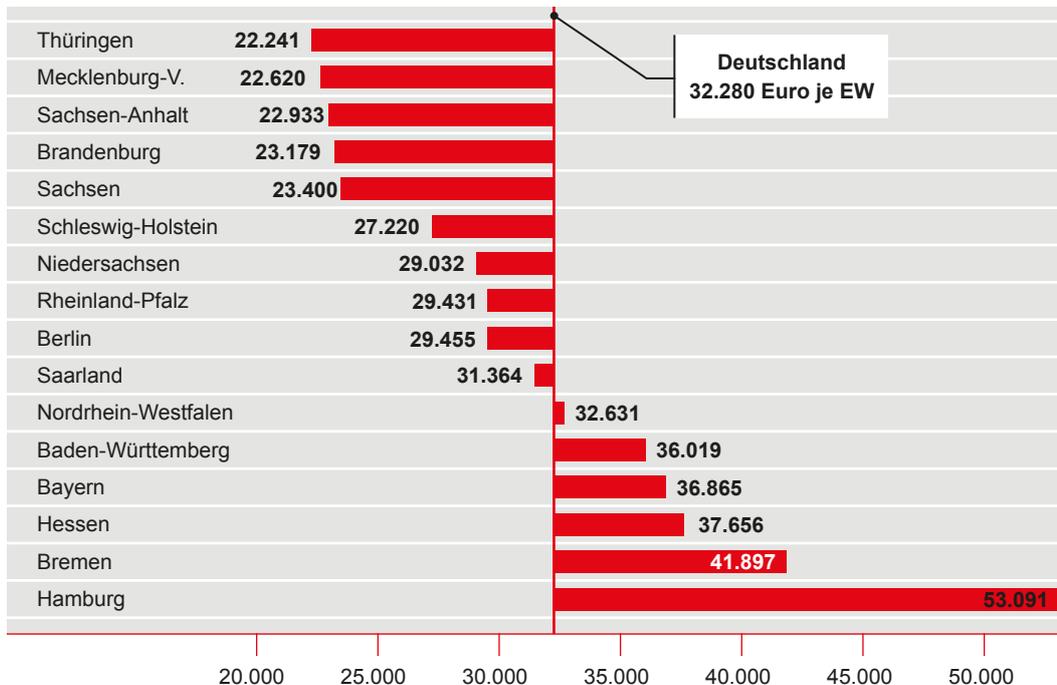
<sup>5</sup> Vgl.: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 063 vom 19.02.2013

<sup>6</sup> Vgl.: Bundesagentur für Arbeit, Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, 60. Jahrgang, Sondernummer 2

<sup>7</sup> Vgl.: Bundesfinanzministerium, Monatsbericht vom 22.07.2013



### Wirtschaftskraft 2012 in Euro je Einwohner



Die wirtschaftlichen Faktoren gestalteten sich für das Land Bremen gegenüber dem Vorjahr weiter erfreulich. Bei der Entwicklung der Beschäftigten- und Arbeitslosenzahlen sowie der Arbeitslosenquote zeigt sich ein

leicht positiver Trend. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich um 5.517 (+1,90%) und die Arbeitslosenzahl sank um 626 (-1,67%). Die Arbeitslosenquote konnte um 0,4 Prozentpunkte auf 11,2% reduziert werden.

Land Bremen	2012	2011	2010	2009
Beschäftigte <sup>8</sup> insgesamt	296.579	291.062	284.553	283.071
Arbeitslose insgesamt	36.826	37.452	38.706	38.247
Arbeitslosenquote in %	11,2	11,6	12,0	11,8

Quelle: Bremen in Zahlen 2013, Statistisches Landesamt Bremen

Auch bei der Entwicklung der Einwohnerzahlen des Landes Bremen setzt sich der Trend der Vorjahre fort, sodass eine positive Zuzugsbilanz gezogen werden kann. Die bremischen Einwohnerzahlen haben sich nach Anpassung an die Zensusergebnisse im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um +2.562 auf 654.774 Einwohner erhöht.

Aufgrund der entzogenen Kreditermächtigungen nehmen die Sondervermögen keine neuen Kredite auf, sondern tilgen diese lediglich. Das bedeutet, dass die Kreditverbindlichkeiten der Sondervermögen kontinuierlich sinken werden. Die Nettotilgung der Sondervermögen betrug 2012 rund 136 Mio. Euro. Da sich die Sondervermögen

<sup>8</sup> Beschäftigte = sozialversicherungspflichtige Beschäftigte

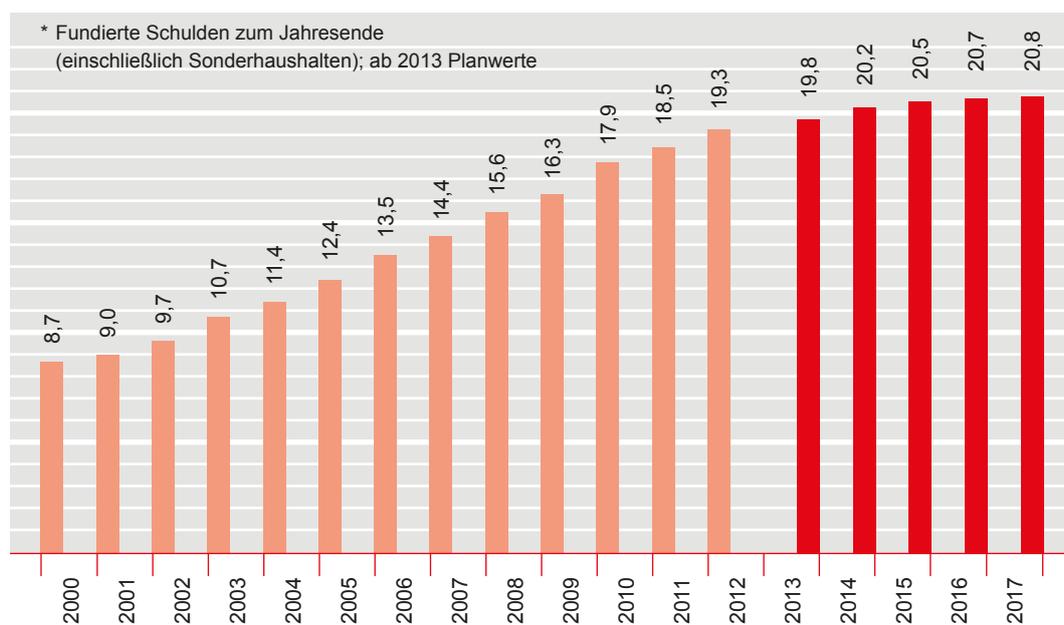
über Zuweisungen aus dem Kernhaushalt finanzieren, werden diese zukünftig ansteigen.

Der Schuldenstand des Stadtstaates Bremen inklusive der Sondervermögen stieg im Jahr 2012 durch eine Neuverschuldung von +741 Mio. Euro auf insgesamt 19.255 Mio. Euro.

Zu beachten ist, dass im Konsolidierungs-

zeitraum trotz der schrittweisen Verringerung der Nettokreditaufnahme die hohe Verschuldung des Stadtstaates, wenngleich mit rückläufigen Jahresbeträgen, bis 2020 weiter zunehmen wird. Der Schuldenabbau aller Länder z. B. durch die Errichtung eines Altschuldentilgungsfonds wird im Rahmen der Föderalismuskommission III zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen voraussichtlich thematisiert werden.

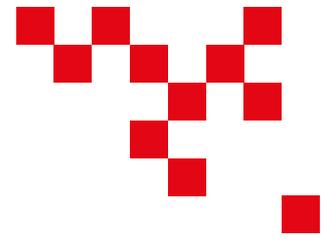
### Entwicklung des Schuldenstandes\* im Stadtstaat Bremen in Mrd. Euro



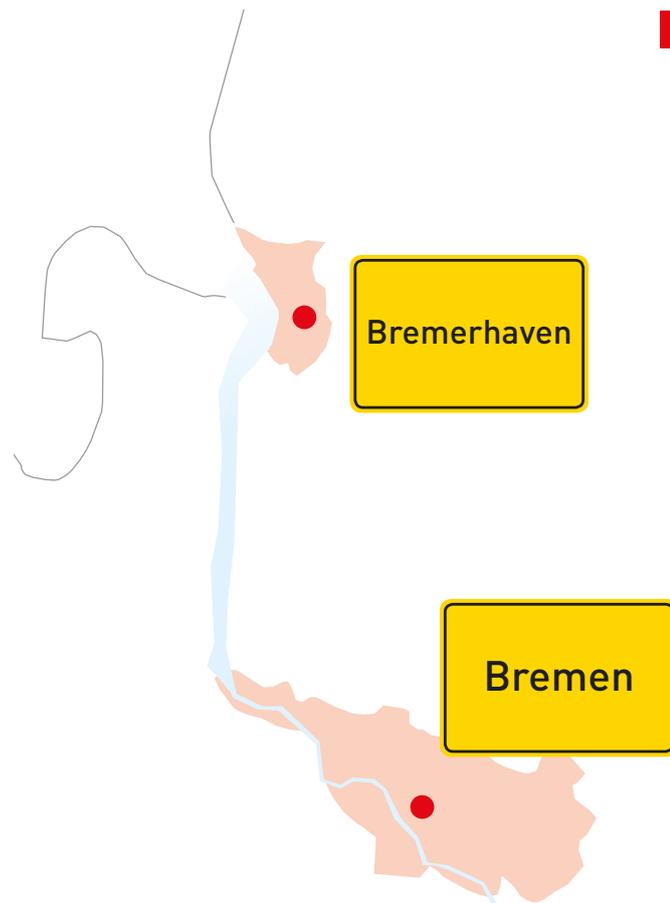
Die Planungen zur Einhaltung der Sanierungsziele bei den Personalausgaben blieben für das Jahr 2012 in den Grundzügen unverändert und konnten somit eingehalten werden. Es wurden alle Personalbereiche in die Einsparungen einbezogen, auch die bisher nicht betroffenen Bereiche Lehrerinnen/Lehrer und die Polizei. Die Einsparquoten wurden nach Aufgabenbereichen gestaffelt. Für einige Bereiche wurde die Möglichkeit vorgesehen, den Personalabbau durch andere wirkungsgleiche, d. h. dauerhafte struk-

turelle haushaltsentlastende Maßnahmen zu kompensieren.

Von den Ressorts wurden Detailplanungen zum Personalbedarf vorgelegt, die es ermöglichen, die beschlossenen Einsparungen dezentral zu erwirtschaften. Für die Ressorts, die den geplanten Personalabbau nicht im vorgesehenen Zeitraum umsetzen können, wurden Personalentwicklungskonzepte erarbeitet, in denen dargestellt wird, wie die Ziele mittelfristig zu erreichen sind.



Die Tarifsteigerungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) gestalteten sich im Jahr 2012 mit einer Erhöhung von +1,9% moderat. Auf Ebene des Bundes und der Gemeinden wurde im Rahmen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) mit +3,5% ab März 2012 eine deutlich höhere Steigerung vereinbart. Als Stadtstaat ist die Freie Hansestadt Bremen von diesen Tarifentwicklungen in unterschiedlichem Maße betroffen. Die Tarifiergebnisse des TVöD kommen überwiegend für Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen in ausgliederten Einheiten (z.B. Kindertagesstätten) zum Tragen. Im Kernhaushalt der Gebietskörperschaften Land und Stadtgemeinde Bremen werden lediglich 2,1% der Mitarbeiter/-innen nach TVöD entlohnt.



Durch die im Jahr 2012 beschlossenen Regelungen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamte (Anhebung der Altersgrenze im Vollzugsbereich der Polizei auf 62 Jahre mit einer Umsetzung bis zum Jahr 2018 sowie einer schrittweisen Anhebung in den sonstigen Verwaltungsbereichen auf 67 Jahre), können in den folgenden Jahren weitere Entlastungseffekte bei den Versorgungsausgaben und bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen erzielt werden.

### **GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE DER ÖFFENTLICHEN GEBIETS- KÖRPERSCHAFT**

Die Freie Hansestadt Bremen wird zwar zu den Stadtstaaten gezählt, ist aber bei genauerer Betrachtung ein Zwei-Städte-Staat, mit der zusätzlichen Besonderheit, dass die beiden Städte Bremen und Bremerhaven räumlich voneinander getrennt sind.

Nachstehend wird der Geschäftsverlauf der öffentlichen Gebietskörperschaft des

Landes und der Stadtgemeinde Bremen erläutert. Da der doppelte Jahresabschluss derzeit nur das Land und die Stadtgemeinde Bremen und noch nicht die Stadtgemeinde Bremerhaven umfasst, werden die Themen Finanzierungsstrategie, Finanzen/Personal und die politischen Schwerpunktthemen der Ressorts auf der Datenbasis des Landes und der Stadtgemeinde Bremen des Jahres 2012 dargestellt. Daran anschließend wird in der Darstellung der Lage die Entwicklung der Vermögens- und Erfolgsrechnung im Jahr 2012 differenziert erläutert.

### **Geschäftsverlauf der öffentlichen Gebietskörperschaft**

2012 war wiederum geprägt von den Einsparzwängen zur erfolgreichen Umsetzung der Konsolidierungsziele. Mit den unterjährigen Controllingberichten zum Produktgruppenhaushalt erfolgt zusätzlich zum kameraleen Jahresabschluss eine Darstellung über die Erreichung der Finanz-, Personal- und



**INFO:**  
 Bericht über die  
 Beteiligungen,  
 Eigenbetriebe und  
 Museumsstiftungen der  
 Freien Hansestadt  
 Bremen 2011/2012  
[www.finanzen.bremen.de/info/beteiligungsmanagement](http://www.finanzen.bremen.de/info/beteiligungsmanagement)

Leistungsziele auf den Ebenen der Produktbereiche und -pläne. Darüber hinaus legt der Senat der Freien Hansestadt Bremen den Haushalts- und Finanzausschüssen u. a. Berichte über ausgewählte Beteiligungen, Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen und Stiftungen sowie zur Personalstruktur und den Personalausgaben jeweils zum Stand 31.12.2012 vor. Über das in diesem Lagebericht dargestellte Gesamtbild der Freien Hansestadt Bremen hinaus können weitergehende differenzierte Betrachtungen diesen Berichten entnommen werden.

#### **Kapitalbedarf/Finanzierungsstrategie**

Die grundlegende Finanzierungsstrategie der Freien Hansestadt Bremen sieht ein Reduzieren der Zinsausgaben unter Berücksichtigung der Zinsänderungsrisiken vor. Konkret bedeutet dies das Sichern von günstigen Zinskonditionen und die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft durch Bereitstellung der benötigten Liquidität. Diese strategische Ausrichtung gewährleistet eine hohe Planungssicherheit, die für das Einhalten der veranschlagten Zinsausgaben innerhalb des Konsolidierungszeitraumes bis 2020 unerlässlich ist.

Dabei erfolgt eine aktive Steuerung des Kreditportfolios, die sich den verändernden Marktgegebenheiten anpasst. Die durchschnittliche Zinsbindungsfrist ist größer als vier Jahre. Der variable Anteil der Zinssätze liegt zwischen 10% und 30% unter Beimischung von Geldmarktinstrumenten. Bei Marktzinssätzen unter 4% werden Zinssicherungs- und Optimierungsgeschäfte in der Regel wirtschaftlich sinnvoll.

Die Einnahmeseite der bremischen Haushalte wies auch im Jahr 2012 eine positive Entwicklung auf. Der konsolidierte Haushalt des

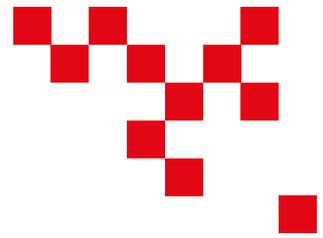
Stadtstaates Bremen konnte Mehreinnahmen in Höhe von knapp über 80 Mio. Euro sowohl gegenüber dem Anschlag als auch gegenüber dem Vorjahr erzielen. Ursächlich hierfür sind u. a. die Steuer Mehreinnahmen und die erhöhten Bundesbeteiligungen an den Anteilen für Sozialhilfeleistungen, denen allerdings zusätzliche Primärausgaben gegenüberstehen.

#### **Finanzen/Personal**

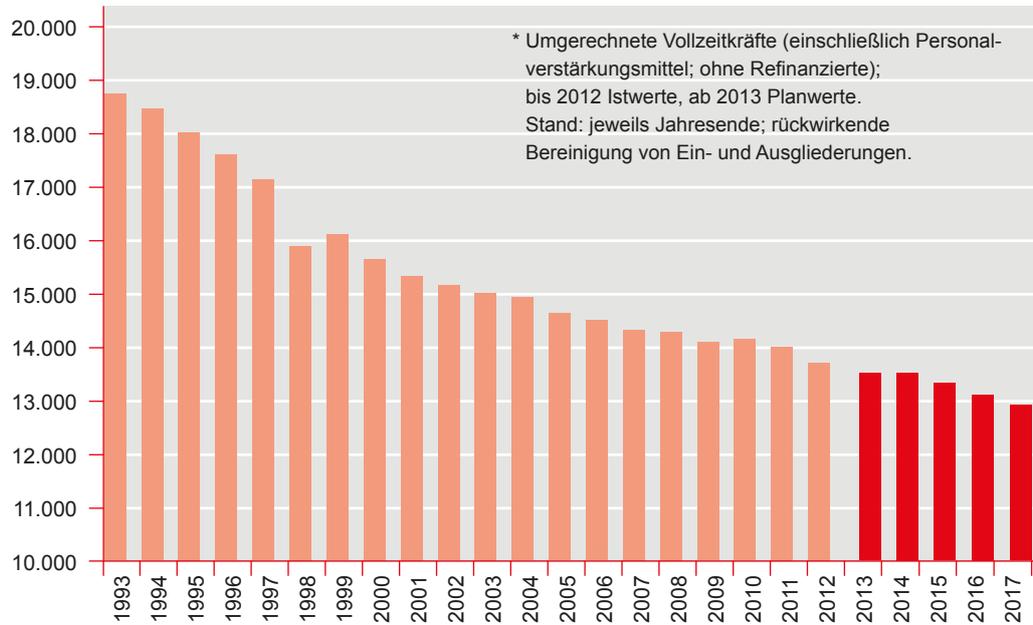
Ende 2012 waren im Kernbereich der Freien Hansestadt Bremen rund 13.461 Vollkräfte beschäftigt. Unter Berücksichtigung von notwendigen Bereinigungsrechnungen für die Verlagerung der Fachdienste für Arbeitsschutz an die Performa Nord und die Integration der Bremer und Bremerhavener Arbeit GmbH in den Kernbereich ergibt sich ein Abbau von rund 169 Vollkräften.

Die Personalausgaben sind ganz wesentliche Faktoren für die Finanzspielräume Bremens. Die Ist- und Planwerte der Beschäftigten sind rückläufig. Dem stehen aber Versorgungslasten, die aufgrund der Altersstruktur der Beschäftigten noch bis 2020 steigen werden, gegenüber. Durch das Gesetz zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamte, das zum 01.01.2012 in Kraft getreten ist, können langfristig Entlastungseffekte bei den Versorgungsausgaben realisiert werden. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit wirkt sich auch entlastend auf die Pensionsrückstellungen aus.

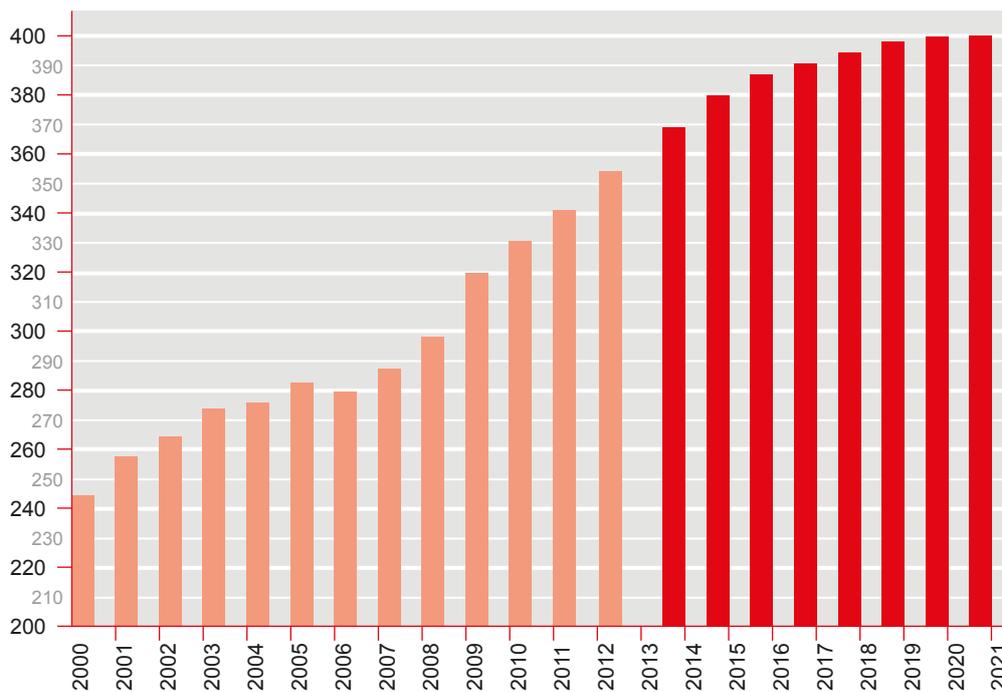
Während das Beschäftigungsvolumen in der Freien Hansestadt Bremen seit Jahren rückläufig ist, müssen nach wie vor hohe Versorgungsbezüge, deren Höhe voraussichtlich bis 2020 weiter ansteigen wird, durch die Freie Hansestadt Bremen geleistet werden.



### Beschäftigungsvolumen\*



### Versorgungsbezüge (in Mio. Euro)





Mit den Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung 2011 bis 2013 hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen beschlossen, im bremischen öffentlichen Dienst einschließlich der Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und Gesellschaften eine Ausbildungsquote in der Höhe von 7,5% bis 8,0% pro Jahr zu verwirklichen. 2012 konnte mit 8,5% eine Ausbildungsquote realisiert werden, die über diesen Zielvorgaben lag. Es ist das Ziel, dass die öffentlichen Dienstleistungen der bremischen Verwaltung auch zukünftig, trotz des deutlich verringerten Personalbestandes, weiterhin in hoher Qualität bereitgestellt werden. Der demografische Wandel hat bereits in einigen Fachbereichen zu einem Rückgang der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze geführt. Daher ist es wichtig, die Attraktivität Bremens als Arbeitgeber zu steigern und durch geeignete Marketingmaßnahmen bekannt zu machen. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der bremischen Bevölkerung wächst kontinuierlich und beträgt zurzeit etwa 27%. Diese langfristig angestrebte Quote wird derzeit in der Beschäftigtenstruktur des öffentlichen Dienstes nicht widerspiegelt. Es wird zu-

nehmend wichtig sein, alle ethnischen Gruppen der Bevölkerung für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu interessieren und als potenzielle Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen. Dies dient u. a. dem Gewinn interkultureller Fähigkeiten und spezieller Fremdsprachkompetenzen für die öffentliche Verwaltung.

### **Ressortübergreifendes Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“**

Zusätzliche Beiträge zum Konsolidierungskurs werden zukünftig durch Maßnahmen aus dem Programm „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ (UVI) geleistet werden. Mithilfe dieser Maßnahmen sollte ein nachhaltiger Modernisierungs- und Konsolidierungsschub ausgelöst werden. Die geförderten Vorhaben betreffen zum einen die Optimierung von Arbeitsabläufen und Prozessen und zum anderen werden auch Investitions- und Infrastrukturprojekte mit dem Ziel der Senkung von Betriebskosten durchgeführt. Es wird davon ausgegangen, dass das Niveau der jährlichen Einspareffekte bis 2019 schrittweise das Niveau der 2012 und 2013 im Programm getätigten Ausgaben in Höhe von insgesamt 50 Mio. Euro erreicht.

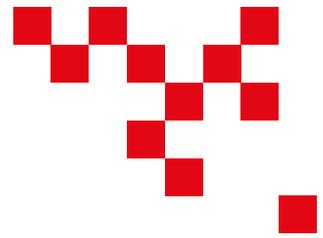
### **Inneres**

Neben der Unterstützung von Initiativen zur Modernisierung des Aufenthalts- und Staatsbürgerrechts auf Bundesebene hat die Freie Hansestadt Bremen die Einbürgerung gut integrierter Jugendlicher deutlich erleichtert. Darüber hinaus wurde die Residenzpflicht für Asylbewerber und Asylbewerberinnen zwischen Bremen und Niedersachsen aufgehoben.

Die personelle Ausstattung der Polizei wurde durch die kontinuierliche Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern abgesichert. Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit



Das Standesamt Bremen-Mitte nach umfangreicher Sanierung



standen insbesondere die Intensivierung der polizeilichen Präventionsarbeit und die Bekämpfung von Jugendgewalt und -kriminalität durch die konsequente Umsetzung des ressortübergreifenden Konzepts „Stopp der Jugendgewalt“ im Vordergrund. Gegenüber ethnischen Clans und den Rockergruppierungen wurde eine Null-Toleranz-Strategie wirkungsvoll umgesetzt. Die Rockergruppierungen Hells Angels MC und Mongols MC haben keinen eigenen Standort mehr in Bremen und die Straftaten der ethnischen Clans sind rückläufig.

Die Zahl der Straftaten im Land Bremen ist im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 6.000 auf 86.814 gesunken. Zugleich stieg die Aufklärungsquote von 47,6% auf 50,1% und erreicht damit die höchste Quote seit den Sechzigerjahren.

Das Gebäude des Standesamtes Bremen-Mitte wurde 2012 umfangreich saniert. Die Renovierungsarbeiten mit einem Kostenvolumen in Höhe von 3,41 Mio. Euro an der Fassade und den Räumlichkeiten des über 100 Jahre alten Gebäudes haben insgesamt 13 Monate gedauert und konnten im April 2013 abgeschlossen werden.

### Justiz

Die Sanierung der Justizvollzugsanstalt (JVA) mit einem Gesamtvolumen von 50 Mio. Euro basiert auf einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 2008. Das Bauprojekt ist in verschiedene Bauphasen unterteilt. Ein bedeutender Zwischenerfolg auf dem Weg hin zu einem modernen Strafvollzug in der Freien Hansestadt Bremen war 2012 die Fertigstellung des neu errichteten Zentralgebäudes der JVA. Das Zentralgebäude stellt dabei die größte Einzelmaßnahme im Rahmen der Gesamtanierung dar. Die Bündelung von zentralen Funktionen wie Sicherheitszen-

trale und Verwaltung in einem Gebäude vereinfacht Arbeitsabläufe und erhöht die Sicherheit in der Anstalt.

Das Gros der konsumtiven Ausgaben im Bereich Justiz entfällt auf die gesetzlichen Ausgaben für Auslagen in Rechtssachen. Diese sind im Jahr 2012 weiter angestiegen. Den größten Anteil haben die nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz zu zahlenden Betreuervergütungen, die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten aus der Staatskasse zu zahlen sind. Erheblich gestiegen sind die nach der insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung an Treuhänder zu leistenden Zahlungen in Verbraucherinsolvenzverfahren.

Um die Straffälligenarbeit in der Freien Hansestadt Bremen weiter zu verbessern und das Rückfallrisiko von entlassenen Gefangenen zu senken, hat das Justizressort im Jahr 2012 eine Kooperationsvereinbarung mit der Arbeitsagentur Bremen-Bremerhaven und den Jobcentern geschlossen, die der schnellen Resozialisierung Betroffener durch Verbesserung der Kommunikation zwischen den Behörden sowie die Stärkung der Zusammenarbeit dient.



Entwurf der Justizvollzugsanstalt nach der Sanierung



Zum 01.11.2012 startete die operative Tätigkeit des Projektes „Förderungsmanagement in der Justiz“. Ziel dieses Projektes ist es, unbefristet niedergeschlagene Forderungen erneut beizutreiben.

### Sport

Für 2012 wurde für die Sanierung von städtischen Sportanlagen ein Betrag von rund 1,2 Mio. Euro eingesetzt. Darüber hinaus wurden insgesamt 50 Sportprojekte mit insgesamt ebenfalls rund 1,2 Mio. Euro gefördert.

Durch eine Erhöhung des Zuschusses für die Betriebskosten an die Bremer Bäder GmbH sind diese wieder auf eine solide finanzielle Basis gestellt worden und einer Überschuldung wurde entgegengewirkt. Die wirtschaftliche Situation war seit Jahren aufgrund defizitärer Ergebnisse mit der Folge eines zunehmenden Eigenkapitalverzehrs angespannt. Es wurde eine externe Markt-

analyse mit dem Ziel in Auftrag gegeben, Wege aufzuzeigen, die den Zuschuss an die Bädergesellschaft begrenzen sollen. Neben der Thematisierung der steigenden Energiekosten sollen Erkenntnisse für eine mögliche Neustrukturierung der Bremer Bäderlandschaft gewonnen werden.

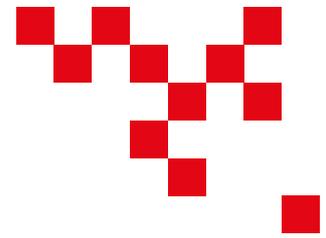
### Bildung und Wissenschaft

Das Ganztagsschulprogramm wurde 2012 weiter fortgesetzt. In mehreren Stadtteilen wurde wegen der hohen Nachfrage nach nachmittäglicher Betreuung die Einrichtung von offenen Ganztagsschulen notwendig. Drei weitere Schulen wurden zu gebundenen Ganztagsschulen ausgebaut. Alle Schulen werden Früh- und Spätdienste und Ferienbetreuung sowie kostenlose Lernangebote am Nachmittag anbieten. Es erfolgt eine Ausstattung mit Lehrstunden, die sich am Sozialindikator orientiert. Da neben dem Ausbau der Ganztagsbeschulung alle Hortplätze erhalten wurden, ist die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern erheblich ausgeweitet worden und erreicht fast 50 % aller Grundschul Kinder.

Im Rahmen der Schulentwicklungsmaßnahmen nimmt auch der Ausbau der inklusiven Beschulung Form an. Bremen hat sich hier auf den Weg gemacht, die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen umzusetzen. Bereits im ersten Durchgang 2010/11 haben sich mehr als 60 % der Erziehungsberechtigten für eine inklusive Beschulung, im zweiten Durchgang 2011/12 bereits mehr als 80 % für diese Beschulungsform entschieden. Diese klare Entscheidung gegen das selektive Förderzentrumssystem hat die Freie Hansestadt Bremen für das Schuljahr 2012/13 bewogen, kein Elternwahlrecht mehr vorzusehen, sondern nur noch eine flächendeckende inklusive Beschulung an-



Ausstellung in der Bremer Kunsthalle: „Friedensreich Hundertwasser: Gegen den Strich“



Schulstufe	Schulen insgesamt 2012/13	Anzahl der Ganztagschulen 2012/13	Anteil von Ganztagschulen 2012/13 in %	Ganztagsschulplätze im Schuljahr 2012/13
Grundschulen	74	30	40,5	5.319
Schulen der Sekundarstufe I	45	26	57,8	8.591

zubieten, insbesondere auch deshalb, um die Doppelkosten für die Fortführung der bestehenden Förderzentren bei gleichzeitig aufwachsender Inklusion zu minimieren.

Die Bremer Universität hat 2012 die Exzellenzinitiative gewonnen und sich damit an der Spitze der deutschen Universitätslandschaft etabliert. Das Zukunftskonzept heißt „Ambitioniert und agil“. Darüber hinaus wurden das Exzellenzcluster „Der Ozean im System Erde“ und die Graduiertenschule „Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS)“ mit einer Weiterförderung bedacht. Insgesamt fließen damit über einen Zeitraum von fünf Jahren 78,3 Mio. Euro in die Universität. Dieser Betrag verteilt sich auf die geförderten Maßnahmen Zukunftskonzept (54,1 Mio. Euro), Exzellenzcluster (15,3 Mio. Euro) und die sozialwissenschaftliche Graduiertenschule (8,9 Mio. Euro). Das Land Bremen würdigt diese Auszeichnung mit der Zusicherung einer Mitfinanzierung von 25 % (rund 19,6 Mio. Euro).

## Kultur

Das Theater Bremen hat seine zuvor krisenhafte Entwicklung positiv bewältigt. Die neue künstlerische Ausrichtung am Theater

Bremen hat einen deutlichen Wandel der Publika zur Folge. Hervorragende Rezensionen sowie eine deutlich gesteigerte überre-

gionale Wahrnehmung haben dafür gesorgt, dass sich die Besucherzahlen nachhaltig stabilisiert haben. So besuchten in der Saison 2011/2012 rund 160.000 Zuschauer die Bühnen des Theaters. Die Bremer Shakespeare Company erreichte trotz des geringen Platzangebots wegen des Umbaus der Spielstätte dank eines deutlich erweiterten Veranstaltungsprogramms positive Einspielergebnisse.

Erfolgreich verlief das Jahr auch für die Bremer Museen: So konnte das Focke-Museum die prognostizierten Besucherzahlen trotz umbaubedingter Schließung deutlich übertreffen. Zurückzuführen ist dies auf die Resonanz der Sonderausstellungen „Voll abgefahren“ und „Vogeler für alle“, letztere in der Unteren Rathaushalle, die allein von rund 60.000 Menschen aufgesucht wurde.

Sehr positiv fällt auch die Besucherstatistik der Bremer Kunsthalle aus, die mit ihren Projekten „Edvard Munch: Rätsel hinter der Leinwand“ und „Friedensreich Hundertwasser: Gegen den Strich“ einen deutlichen Publikumszuwachs verzeichnen konnte.

Die Besucherzahlen im Übersee-Museum bleiben unverändert stabil, 2012 konnten, wie in den Vorjahren, rund 100.000 Menschen begrüßt werden.



Das Focke-Museum, Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte

Als großes Vorhaben im Museumsbereich wurde im Jahr 2012 mit den Planungsarbeiten zur Modernisierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums in Bremerhaven begonnen. Im ersten Bauabschnitt, der bis zum Jahr 2016 läuft, werden insgesamt 42 Mio. Euro vom Bund und dem Land Bremen investiert, die zu einem Attraktivitätsgewinn für Besucherinnen und Besucher führen werden.

Ein wichtiges Ziel der bremischen Kulturpolitik ist es, jungen Menschen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund die Teilhabe am kulturellen Leben zu ermöglichen. Um diesem zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen bedeutenden Punkt nachzukommen, wurden verschiedene Projekte durch Zusammenarbeit etablierter Kultureinrichtungen und Stadtteilinstitutionen aufgenommen.

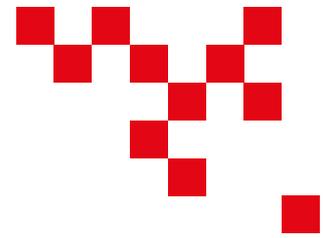
### **Jugend und Soziales**

Sozialleistungen beruhen zum großen Teil auf einem individuellen Rechtsanspruch.

Sie entstehen, wenn Personen Leistungen benötigen und ihr Einkommen und Vermögen nicht ausreichen, diese selbst zu finanzieren. Insofern ist die Anzahl der Hilfeempfänger und Hilfeempfängerinnen grundsätzlich nicht steuerbar. Aufgrund der Stadtstaatssituation ist Bremen u. a. wegen seiner Aufgaben als überörtlicher Sozialhilfeträger in besonderem Maße betroffen.

2012 konnte der in der Planung um 1,7% gegenüber 2011 gesteigerte Ausgabeanschlag – auch aufgrund der Mehreinnahmen durch die höhere Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft zur Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets sowie der Erhöhung des Bundesanteils an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 15% im Jahr 2011 auf 45% im Jahr 2012 – eingehalten werden. Unter Berücksichtigung dieser Mehreinnahmen konnte insgesamt ein Ausgabenzuwachs von knapp 3% gegenüber dem Vorjahr abgedeckt werden.

Der bedarfsgerechte Ausbau der Kindertagesbetreuung zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs für Kinder unter drei Jahren stellte auch im Jahr 2012 einen Schwerpunkt dar. Eine forsa-Umfrage hat ergeben, dass sich 90% aller Eltern, die zum Befragungszeitpunkt keine Tagesbetreuung nutzten, eine Kindertagesbetreuung wünschten, bevor das Kind drei Jahre alt wird. Trotz der angespannten Haushaltsslage hat Bremen im Jahr 2012 rund 6 Mio. Euro für 125 zusätzliche Betreuungsplätze investiert sowie den Betreuungsumfang und somit das Angebot für eine angemessene Kindertagesbetreuung erweitert. Damit konnte die Freie Hansestadt Bremen bereits ein Jahr früher als mit dem Bund vereinbart die Betreuungsquote von über 35% für die unter 3-Jährigen realisieren.



Die Verbesserung der Situation der Flüchtlinge in den Bremer Übergangwohnheimen war ein weiteres politisches Schwerpunktthema 2012. Das Land hat im Jahr 2012 rund 0,93 % aller Asylsuchenden in Deutschland aufgenommen und ihnen in vier Übergangwohnheimen mit rund 490 Plätzen sowie der zentralen Aufnahmeeinrichtung mit rund 110 Plätzen die Möglichkeit gegeben, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen. Um den Flüchtlingen eine frühzeitige Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen, hat die Freie Hansestadt Bremen die Aufenthaltspflicht in den Übergangseinrichtungen von 36 Monaten auf 12 Monate reduziert. Das führte dazu, dass mehr Flüchtlinge in eine eigene Wohnung ziehen konnten.

Bremen ist es 2012 gelungen, die Inanspruchnahme von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets im Vergleich zum Vorjahr erheblich zu steigern, und erzielte im bundesweiten Vergleich ein besonders gutes Resultat. Als einziges Bundesland, neben der Freien und Hansestadt Hamburg, hat Bremen die kompletten Bundesmittel und darüber hinaus noch eigene Gelder für die Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit geringerem Einkommen genutzt. Dies hat zur Konsequenz, dass 2013 für das Land Bremen eine höhere Quote für die Kostenbeteiligung des Bundes gilt, die im Ergebnis zu höheren Einnahmen führt.

### Gesundheit

Der Ausbruch von Keimen im Klinikum Bremen-Mitte gGmbH Ende 2011 führte im Jahr 2012 zu einer erschwerten gesundheitspolitischen sowie wirtschaftlichen Situation des kommunalen Klinikverbundes der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo). Neben der geringeren Patientenzahl und dem entsprechend

geringeren Ertrag bei ursprünglich anders geplanten Personal- und Sachkostenstrukturen haben zusätzlich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Krankenhäuser in Deutschland („Kosten-Erlös-Schere“) zu negativen Ergebnissen geführt, sodass die GeNo für das Jahr 2012 einen Verlust von rund 34 Mio. Euro zu verzeichnen hatte.

Trotz der wirtschaftlich schwierigen Situation hält die Freie Hansestadt Bremen weiter an den kommunalen Kliniken fest und übernimmt entsprechend die Verantwortung als öffentlicher Träger. Zudem sind die Bremer Krankenhäuser mit ihren landesweit insgesamt ca. 10.750 Beschäftigten sowie aufgrund der Anzahl der behandelten Patienten unentbehrlich sowohl für die Gesundheitsversorgung in Bremen und dem niedersächsischen Umland als auch als bedeutender Wirtschaftsfaktor für das Land Bremen. Deshalb tritt Bremen mit aller Kraft für den Erhalt der kommunalen Kliniken ein.



Kinder- und Familienzentrum in der Bremer Neustadt

### Umwelt, Bau und Verkehr

Im Rahmen einer zielorientierten Wohnungsbaupolitik soll die Stabilisierung bzw.



**INFO:**  
www.neues-hulsberg.de

Erhöhung der Einwohnerzahlen in Bremen erreicht werden. Hierdurch kann die im derzeitigen System der bundesstaatlichen Finanzverteilung maßgebliche Bevölkerungsrelation zum übrigen Bundesgebiet verbessert und damit die Finanzverteilung zugunsten des Landes Bremen beeinflusst werden. Das Wohnraumförderungsprogramm 2012/2013 hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen im August 2012 mit dem Ziel beschlossen, 700 Wohnungen im Land Bremen fertigzustellen. Damit leistet dieses Programm einen Beitrag zur Erreichung des Zieles, das jährliche Nachfragepotenzial von 1.400 neuen Wohnungen in Bremen bis 2020 zu befriedigen. Im Jahr 2012 wurden für die Stadtgemeinde Bremen Baugenehmigungen für 1.500 Wohnungen erteilt.

Im Bewusstsein der Notwendigkeit eines verantwortungsvollen Programmes zum Schutz der Bremer Küsten wurden im Jahr 2012 11,7 Mio. Euro zur Erhöhung der Deiche und Außenanlagen investiert.

Die Freie Hansestadt Bremen will die Attraktivität ihrer Innenstadt weiter verbessern. Hierzu erfolgte mit dem Kauf des Grundstücks „Lloydhof“ durch die bremische Gesellschaft WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH 2012 ein erster bedeutsamer Schritt. Der „Lloydhof“ ist zusammen mit dem „Parkhaus am Brill“ Teil eines neuen Konzeptes der Innenstadtgestaltung und soll einer neuen Nutzung zugeführt werden. Beide Immobilien sind aufgrund ihrer zentralen Lage von besonderer Bedeutung für die Bremer Innenstadt.

In der Östlichen Vorstadt Bremens wird auf dem heutigen Grundstück des Klinikums Bremen-Mitte durch den Umbau des Klinikums ab 2016 eine knapp 14 ha große Fläche in bester innerstädtischer Lage frei.

Diese Fläche soll unter konsequenter Bürgerbeteiligung zu einem neuen städtischen Quartier (Hulsberg-Viertel) umgebaut werden. Anfang 2013 empfahl eine 40-köpfige Jury die Weiterverarbeitung des städtebaulichen Entwurfes des Planungsteams um den dänischen Architekten Carsten Lorenzen.

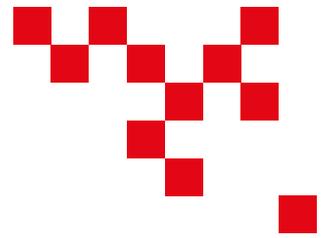
Außerdem starteten 2012 wieder vielzählige Großprojekte, um die bremische Infrastruktur weiter zu verbessern. So wurde zur Erhöhung der Lebensqualität im Stadtteil Huckelriede mit dem Sanierungsvorhaben zur Umgestaltung des Niedersachsendamms begonnen.

2012/2013 wurde die Fahrtroute der Straßenbahnlinie 1 um ein 4,8 km langes Teilstück bis Bremen-Mahndorf verlängert. Mit diesem Ausbau der Straßennetze konnte ein wichtiger Meilenstein für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs für Bremen und sein Umland gesetzt werden. Auch die Förderung des Radverkehrs wurde 2012 konsequent weitergeführt und das erfolgreiche Car-Sharing-System weiter ausgebaut. Auch im Jahr 2012 wurde der Ausbau der erneuerbaren Energien und die energetische Sanierung von privaten und öffentlichen Gebäuden vorangetrieben.

### **Wirtschaft, Arbeit und Häfen**

Die Hafenbilanz für 2012 zeigt, dass die bremischen Häfen auch in schwierigen Zeiten Kurs halten. Während der Seegüterumschlag in vielen anderen Häfen in Europa und Übersee als Folge des schwierigen konjunkturellen Umfelds stagniert oder sogar zurückgeht, haben die Zwillingshäfen an der Weser ihren Gesamtumschlag um 5,3% gesteigert.

Mit Investitionen, wie dem Bau von Container-Terminal IV und der Kaiserschleuse, haben die bremischen Häfen ihre Attraktivität



tät für Logistikkunden aus aller Welt in den vergangenen Jahren weiter erhöht. Jetzt steht mit dem Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) ein weiteres zentrales Infrastrukturprojekt auf der Agenda des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Mit der 25 ha großen Verladezone mit 500 m Kajenlänge für bis zu 160 Offshore-Windenergieanlagen jährlich, soll Bremerhavens führende Rolle als Standort von Fertigung und Logistik gestärkt werden. 2012 hat der Senat entschieden, den Bau des OTB öffentlich zu finanzieren. Hierfür wird die Freie Hansestadt Bremen insgesamt 160 Mio. Euro zuzüglich 20 Mio. Euro für Kompensationsmaßnahmen in einem Zeitraum von fünf Jahren ab 2014 bereitstellen.

Mit dem Technologiezentrum EcoMaT wird in der Airportstadt eine für den Bereich Material und Leichtbau zentrale, clusterübergreifende Perspektive der Bremer Unternehmen und Forschungseinrichtungen geschaffen. Davon werden neben der Luft- und Raumfahrt auch weitere zentrale Wirtschaftsbereiche wie die Windenergie und der Automobilbau für zukünftige Entwicklungen gestärkt.

Zudem wird die arbeitsmarktpolitische Programmatik mit dem Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm für Bremen und Bremerhaven für 2014 bis 2020 neu ausgerichtet und ein Schwerpunkt auf die Integration Langzeitarbeitsloser in den Arbeitsmarkt gelegt. Um die strategischen Zielvorgaben zur Arbeitsmarktpolitik auch im Jahr 2012 umzusetzen, wurden rund 18,92 Mio. Euro aufgewendet.

### Informationstechnologie

Mit dem Ziel einer innovativen, weniger personalintensiven und sicheren Aufgabenwahrnehmung investierte die Freie Hansestadt



Illustration Offshore-Terminal Bremerhaven

Bremen 2012 mehr als 6,3 Mio. Euro in zahlreiche IT-Projekte. Hierzu zählen u.a. die Projekte BASIS.bremen (Standardisierung des IT-Supports im Kernbereich der Freien Hansestadt Bremen) sowie flächendeckende Einführung der elektronischen Akte. Die Investitionen ermöglichen ein effizientes Verwaltungshandeln und führen mittel- und langfristig zu Einsparungen. Bremen veröffentlicht als Vorreiter in Sachen „Open Data“ seine Haushaltsdaten auch als maschinenlesbaren Datensatz im Internet. Dieses Vorgehen ermöglicht es IT-Unternehmen, Anwendungen (sog. Apps) zu entwickeln, die für die Bürgerinnen und Bürger die Transparenz der finanzpolitischen Verwaltungsarbeit erhöhen und somit einen neuen Nutzen stiften.

Das Personalmanagement in der Freien Hansestadt Bremen wird derzeit unterstützt durch unterschiedliche IT-Verfahren, die teilweise veraltet sind. Innerhalb eines Vorprojekts wurden im Zeitraum von Oktober 2012 bis August 2013 unter Beteiligung der Fachressorts, des Hochschulbereichs und der Eigenbetriebe unterschiedliche Lösungen der genannten Probleme geprüft.



## DARSTELLUNG DER LAGE

### Vorbemerkung

Im Folgenden wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Freien Hansestadt Bremen und deren Entwicklung dargestellt.

Nach wie vor wird der Buchungsstoff der Finanzbuchhaltung, die dem doppelischen Jahresabschluss zugrunde liegt, überwiegend aus dem kameralen Rechnungswesen übergeleitet. Zur Überprüfung der Wertansätze des beweglichen Anlagevermögens wurde im Rahmen der Abschlussarbeiten 2012 eine flächendeckende Inventur durchgeführt, da die letzte Inventur bei der Eröffnungsbilanzstellung vor drei Jahren erfolgte.

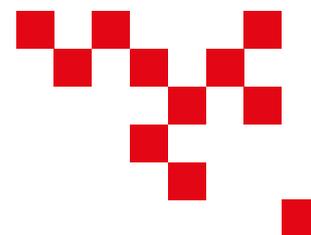
Durch eine Verstetigung der Buchungsprozesse im SAP-System der Freien Hansestadt Bremen konnte 2012 erneut eine Verbesserung des dem Jahresabschluss zugrunde liegenden Zahlenmaterials erreicht werden.

Im doppelischen Jahresabschluss 2012 schlagen sich nun die Auswirkungen einer auf Transparenz und Nachhaltigkeit ausgerichteten Finanzpolitik nieder. Durch den Entzug der Kreditermächtigungen der Sondervermögen werden die Finanzierungsvorgänge nicht mehr außerhaushaltsmäßig, sondern im Kernhaushalt der Freien Hansestadt Bremen abgewickelt. Für die Sondervermögen notwendige Kredite werden nun im Kernhaushalt aufgenommen und mit den entsprechenden Zinszahlungen getilgt. Die von den Sondervermögen benötigten Mittel werden an diese in Form von Zuweisungen gezahlt.

Auch die im Bereich der Darlehensverwaltung durchgeführten Reorganisationsmaßnahmen bewirken einen geänderten Ausweis der Darlehen. Nach den neuen Vorgaben erfolgt der Ausweis der Daten auf den Bestands- und Erfolgskonten der Finanzbuchhaltung nach dem Bruttoprinzip, da es aufgrund des Saldierungsverbots nicht zulässig ist, in der Vermögensrechnung Posten der Aktivseite (z. B. Darlehensforderungen) und der Passivseite (z. B. Darlehensverbindlichkeiten) bzw. in der Erfolgsrechnung Aufwendungen (z. B. Zinsaufwendungen) und Erträge (z. B. Zinserträge) zu saldieren.

Dieser geänderte Ausweis in der Vermögens- und Erfolgsrechnung der Freien Hansestadt Bremen erhöht die Transparenz, führt aber im ersten Jahr der Änderung dazu, dass ein Vergleich mit den Vorjahreswerten nur bedingt möglich ist, da es einerseits Verschiebungen in den Posten der Vermögens- und Erfolgsrechnung gab sowie andererseits Posten auch erstmalig in der Vermögens- oder der Erfolgsrechnung angesetzt wurden.

Durch die auf das Saldierungsverbot ausgerichtete geänderte Darstellung der Vermögens- und Erfolgsrechnung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen werden zukünftig die stadtstaatentypischen Geschäftsvorfälle rund um die gemeinsame Kreditaufnahme von Land und Stadt zwar auf Konten der Finanzbuchhaltung gesondert, aber in der Vermögensrechnung konsolidiert ausgewiesen.



## Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung erfolgt die Aufteilung des Gesamtergebnisses auf einzelne

Teilergebnisse. Damit wird sichtbar, wie die einzelnen Teilergebnisse den Gesamterfolg gestalten.

	2011	2012	Veränderungen ggü. Vorjahr	Veränderungen ggü. Vorjahr
	Euro	Euro	Euro	%
Steuern und steuerähnliche Erträge	2.172.852.501,21	2.199.965.617,46	27.113.116,25	1,25
Erträge aus				
Finanzausgleichsbeziehungen	1.042.623.775,58	1.046.422.526,63	3.798.751,05	0,36
Erträge aus				
Zuweisungen und Zuschüssen	397.218.714,70	427.657.520,30	30.438.805,60	7,66
Erträge aus Verwaltungstätigkeit,				
Umsatzerlöse	156.420.251,69	159.435.985,21	3.015.733,52	1,93
Sonstige Erträge	43.960.447,27	41.434.718,81	-2.525.728,46	-5,75
<b>Summe Erträge</b>	<b>3.813.075.690,45</b>	<b>3.874.916.368,41</b>	<b>61.840.677,96</b>	<b>1,62</b>
Aufwendungen für				
Verwaltungstätigkeit	-268.164.959,55	-292.198.608,96	-24.033.649,41	8,96
Personalaufwand	-1.471.137.256,85	-1.501.585.823,07	-30.448.566,22	2,07
Abschreibungen	-111.991.452,71	-119.936.383,04	-7.944.930,33	7,09
Aufwendungen für Zuweisungen				
und Zuschüsse	-1.997.227.128,73	-2.080.308.571,70	-83.081.442,97	4,16
Sonstige Aufwendungen	-134.533.968,44	-133.242.779,97	1.291.188,47	-0,96
<b>Summe Aufwendungen</b>	<b>-3.983.054.766,28</b>	<b>-4.127.272.166,74</b>	<b>-144.217.400,46</b>	<b>3,62</b>
<b>Verwaltungsergebnis</b>	<b>-169.979.075,83</b>	<b>-252.355.798,33</b>	<b>-82.376.722,50</b>	<b>48,46</b>
Erträge aus Beteiligungen	10.992.408,06	12.658.212,77	1.665.804,71	15,15
Erträge aus anderen				
Wertpapieren und Ausleihungen	0,00	305.911.864,30	305.911.864,30	
Sonstige Zinsen und				
ähnliche Erträge	342.282.896,39	358.007.511,11	15.724.614,72	4,59
Abschreibung auf Finanzanlagen	0,00	-423.399,76	-423.399,76	
Sonstige Zinsen und				
ähnliche Aufwendungen	-860.453.924,71	-1.198.162.279,99	-337.708.355,28	39,25
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-507.178.620,26</b>	<b>-522.008.091,57</b>	<b>-14.829.471,31</b>	<b>2,92</b>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen</b>				
<b>Verwaltungstätigkeit</b>	<b>-677.157.696,09</b>	<b>-774.363.889,90</b>	<b>-97.206.193,81</b>	<b>14,36</b>
Außerordentliche Aufwendungen	-122.928.000,00	-22.584.679,77	100.343.320,23	-81,63
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-122.928.000,00</b>	<b>-22.584.679,77</b>	<b>100.343.320,23</b>	<b>-81,63</b>
Steuern	-10.137,14	-11.739,48	-1.602,34	15,81
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>-800.095.833,23</b>	<b>-796.960.309,15</b>	<b>3.135.524,08</b>	<b>-0,39</b>



### Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis ermittelt die rechnerischen Auswirkungen des Verwaltungshandelns aus den Kernaufgaben auf den doppischen Jahresabschluss, d. h., es fokussiert sich dabei auf den Ressourcenverbrauch und die Ertragsentstehung, die im Zusammenhang mit der originären Aufgabenerfüllung der Freien Hansestadt Bremen stehen. Die Aufwendungen und Erträge aus den Finanzierungsgeschäften werden deshalb hier nicht ausgewiesen, obwohl bei der permanenten finanziellen Unterausstattung vieler Gebietskörperschaften der Eindruck entsteht, dass die Finanzierungsgeschäfte mittlerweile zu den originären Aufgaben einer Gebietskörperschaft gehören.

Das Verwaltungsergebnis reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 82,37 Mio. Euro auf –252,35 Mio. Euro und verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 48,46 %. Die Summe der Erträge konnte 2012 zwar um rund 61,84 Mio. Euro gesteigert werden, da sich die Aufwendungen im gleichen Zeitraum aber um rund 144,21 Mio. Euro erhöhten, fiel das Verwaltungsergebnis erneut negativ aus.

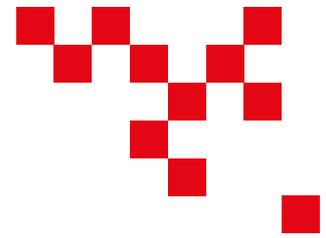
Bei der Erhöhung der Erträge schlugen zum einen die Steuern und steuerähnlichen Erträge mit einem Zuwachs von rund 27,11 Mio. Euro zu Buche. Interessant ist dabei, dass sich einzelne Steuerarten unterschiedlich entwickelten. Die Einnahmen aus der Umsatz- und der Lohnsteuer konnten deutlich gesteigert werden, während sich die Erträge aus der Gewerbesteuer um –73,39 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr reduzierten. Dieses ist durch hohe Gewerbesteuernachzahlungen der Unternehmen im Jahr 2011 begründet. Des Weiteren erhöhten sich die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen um rund 30,44 Mio. Euro. Dies war wesent-

lich durch die Erhöhung der Bundesanteile für Sozialleistungen bedingt. 2012 erhöhte sich beispielsweise der Bundesanteil an den Kosten der Grundsicherung von 16 % auf 45 % und damit die Erträge um rund 20 Mio. Euro. Darüber hinaus führten die anwachsenden Kosten der Unterkunft bei den Berechtigten zu einem Anstieg des Bundesanteils an den Kosten und somit zu einer Erhöhung der Erträge.

Der Anstieg der Aufwendungen 2012 in Höhe von rund 144 Mio. Euro ist durch eine Steigerung der Aufwendungen für die Verwaltungstätigkeit (+24,02 Mio. Euro), des Personalaufwandes (+30,45 Mio. Euro) sowie der Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse (+83,08 Mio. Euro) begründet.

Bei den Personalkosten ist ein detaillierter Jahresvergleich notwendig. Dieser zeigt, dass 2011 erstmals eine Rückstellung für Urlaub in Höhe von rund 26,45 Mio. Euro gebildet wurde. 2012 wurden von der Rückstellung für Urlaub rund 2,09 Mio. Euro aufgelöst, da die Beschäftigten Urlaubstage abbauten. Dieser positiven Entwicklung steht die Entwicklung der Pensionsrückstellungen entgegen, bei denen 2012 eine Zuführung von rund 330,09 Mio. Euro vorgenommen wurde, was einer Steigerung gegenüber 2011 um 36,34 Mio. Euro entsprach. Neben diesem Anstieg waren die Aufwendungen für die Altersversorgung mit einer Steigerung von rund 18,11 Mio. Euro zusätzlich verantwortlich für die gestiegenen Personalkosten.

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse erhöhten sich 2012 gegenüber dem Vorjahr um rund 83,08 Mio. Euro. In der Sanierungsvereinbarung zwischen dem Land Bremen und den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Umsetzung und Einhaltung des Kon-



solidierungskurses 2010/2020 wurde vereinbart, dass Bremerhaven 2012 einen Anteil der erhaltenen Konsolidierungshilfe in Höhe von jährlich rund 31,11 Mio. Euro erhält. Für 2011 betrug dieser Anteil aufgrund der Auszahlungsmodalitäten der Konsolidierungshilfen nur 20,74 Mio. Euro. Die Zuweisungen und Zuschüsse an die Gemeinden und Gemeindeverbände haben sich insgesamt um rund 29,29 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht. Auch die Zuweisungen an die Sondervermögen haben sich aufgrund der neuen Abwicklung der Finanzierungsvorgänge gegenüber dem Vorjahr um rund 35,50 Mio. Euro erhöht. Zusätzlich stiegen die sonstigen Zuschüsse zu laufenden Zwecken an unterschiedlichste Empfänger (z. B. für erhöhte Sozialleistungen) um rund 22,80 Mio. Euro.

### **Finanzergebnis**

Im Finanzergebnis werden die Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Die kreditwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die bremischen Schulden gestalteten sich im Geschäftsjahr 2012 weiterhin positiv, da es gelungen ist, den Durchschnittssatz für die bremischen Schulden weiterhin mit einem Zinssatz von 3,42 % niedrig zu halten.

Das Finanzergebnis verschlechterte sich gegenüber 2011 um rund 14,83 Mio. Euro. Aufgrund der bereits erwähnten Umstellungen in der Darlehensverwaltung ist ein aussagekräftiger Vorjahresvergleich im Jahr 2012 im Bereich des Finanzergebnisses nur bedingt sinnvoll. Durch die Beachtung des Saldierungsverbotes werden Zinserträge nicht mehr mit Zinsaufwendungen und entsprechend umgekehrt verrechnet. Im Vorjahresvergleich werden deshalb bei den Erträgen aus Beteiligungen sowie bei den Erträgen

aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen rund 321,64 Mio. Euro mehr und bei den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen rund 337,71 Mio. Euro weniger ausgewiesen.

Im Finanzergebnis sind auch die Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von rund 0,42 Mio. Euro enthalten, die aufgrund der Überprüfung der Werthaltigkeit der bremischen Beteiligungen ermittelt wurden.

### **Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit**

Das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Summe des Verwaltungs- sowie des Finanzergebnisses. Mit rund -774,36 Mio. Euro verschlechterte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um rund 97,02 Mio. Euro und fällt damit erneut deutlich negativ aus.

### **Außerordentliches Ergebnis**

2012 wurden die bremischen Beteiligungen hinsichtlich ihrer Werthaltigkeit überprüft, da diese als Finanzanlagen geführten Beteiligungen bislang unverändert mit dem Wert, der dem bremischen Anteil am Eigenkapital zum 01.01.2010 entsprach, bilanziert wurden. Im Rahmen dieser Prüfung wurde festgestellt, dass die HAWOBEG (Hanseatische Wohnungs-Beteiligungs-GmbH) einen aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) geänderten Ausweis ihres Eigenkapitals vornehmen musste, da es nicht mehr zulässig ist, eigene Anteile im Eigenkapital auszuweisen. Da diese Anpassung nicht die Voraussetzungen für eine ergebnisneutrale Korrektur des Eröffnungsbilanzansatzes erfüllte, ist der Anpassungsbetrag in Höhe von rund -22,58 Mio. Euro im außerordentlichen Ergebnis zu berücksichtigen.



### Jahresergebnis 2012

Das Jahresergebnis wird rechnerisch ermittelt, indem zum Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit das außerordentliche Ergebnis hinzugerechnet und die Steuerschuld abgezogen wird. Im Jahr 2012 ergibt sich somit für das Land und die Stadtgemeinde Bremen ein Jahresfehlbetrag von rund –796,96 Mio. Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer geringfügigen Verbesserung von 3,14 Mio. Euro.

Auch in der Vermögensrechnung kommt es durch die Neuregelungen in der Darlehensverwaltung zu den bereits erwähnten Verschiebungen in den Bilanzposten. Hier schlägt sich ebenfalls die stringendere Beachtung des Saldierungsverbotes in den einzelnen Bilanzpositionen nieder, da Darlehensforderungen und -verbindlichkeiten nicht mehr saldiert und ab 2012 vollständig auf Bestandskonten ausgewiesen werden.

Das Anlagevermögen erhöhte sich 2012 gegenüber dem Vorjahr um rund 130,71 Mio. Euro, was einem prozentualen Zuwachs von 1,74% entsprach. Im Wesentlichen war dieser Zuwachs durch den Anstieg der

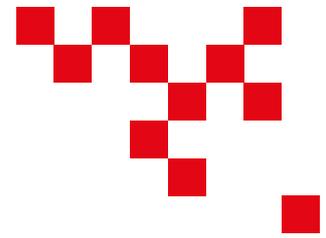
aktivierungspflichtigen geleisteten Investitionszuschüsse in Höhe von rund 59,51 Mio. Euro sowie einer Erhöhung des Finanzanlagevermögens bedingt.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 316,85 Mio. Euro erhöht. Hauptsächlich ist diese Erhöhung durch die stichtagsbezogene bedingte Verringerung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von rund 552,57 Mio. Euro sowie einer Erhöhung der Kassenbestände von rund 869,40 Mio. Euro maßgeblich beeinflusst. Der Anstieg der Kassenbestände ist durch den geänderten Ausweis der Darlehen bedingt, da die Kassenbesicherungen nun gesondert im Umlaufvermögen und nicht mehr saldiert mit den Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen werden.

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten trat eine geringfügige Verringerung von rund 3,37 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr ein. Ab 2012 werden in diesem Posten nun auch erstmals Disagios periodengerecht berücksichtigt.

### Vermögensrechnung

Posten der Vermögensrechnung	Vermögensrechnung 31.12.2011 Euro	Vermögensrechnung 31.12.2012 Euro	Abweichung ggü. Vj. Euro	Abweichung ggü. Vj. %
Anlagevermögen	7.518.722.519,81	7.649.431.506,52	130.708.986,71	1,74
Umlaufvermögen	2.092.615.011,08	2.409.462.536,85	316.847.525,77	15,14
Aktive Rechnungsabgrenzung	37.407.082,80	40.774.677,99	3.367.595,19	9,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	15.514.908.995,90	16.456.355.415,84	941.446.419,94	6,07
<b>Summe Aktiva</b>	<b>25.163.653.609,59</b>	<b>26.556.024.137,20</b>	<b>1.392.370.527,61</b>	<b>5,53</b>
Eigenkapital	0,00	0,00	0,00	
Sonderposten	492.892.701,01	481.711.145,33	–11.181.555,68	–2,27
Rückstellungen	6.319.011.659,04	6.648.585.209,21	329.573.550,17	5,22
Verbindlichkeiten	18.351.561.980,63	19.425.727.782,66	1.074.165.802,03	5,85
Passive Rechnungsabgrenzung	187.268,91	0,00	–187.268,91	–100,00
<b>Summe Passiva</b>	<b>25.163.653.609,59</b>	<b>26.556.024.137,20</b>	<b>1.392.370.527,61</b>	<b>5,53</b>



Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich weiter um rund 941,44 Mio. Euro auf 16,46 Mrd. Euro erhöht.

Das Eigenkapital des Landes und der Stadtgemeinde Bremen wird weiterhin mit dem Wert null ausgewiesen.

Die Sonderposten für erhaltene Zuwendungen und Zuschüsse für Investitionen verringerten sich lediglich geringfügig um rund 11,18 Mio. Euro.

Pensionsrückstellungen stellen den zukünftigen, auf den heutigen Tag abgezinsten Finanzmittelbedarf der Versorgungslasten dar. Bei den Rückstellungen für die Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist ein Anstieg von rund 330,09 Mio. Euro zu berücksichtigen. Bei dieser Steigerung entfielen rund 64,64 Mio. Euro auf die aktiv Beschäftigten und rund 238,00 Mio. Euro auf die passiv Beschäftigten. Die Rückstellung für Beihilfen stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 26,45 Mio. Euro. Die Pensionsrückstellungen wirken sich somit nach wie vor stark auf das Jahresergebnis aus.

Die sonstigen Rückstellungen sind im Vorjahresvergleich um rund 0,51 Mio. Euro (z. B. ausstehende Rechnungen +1,42 Mio. Euro, Altersteilzeitrückstellung +0,53 Mio. Euro und Urlaubsrückstellung –2,09 Mio. Euro) zurückgegangen.

Die Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1.074,17 Mio. Euro erhöht. Der Vorjahresvergleich der Verbindlichkeiten gestaltet sich allerdings schwierig und bedarf einer genaueren Analyse. Wie bereits erwähnt, liegt den Geschäftsprozessen im Darlehensmanagement ab 2012 eine neue Sachkontensystematik zugrunde. Die Darlehen werden nun sachgerechter auf

Konten der Finanzbuchhaltung, die den Bestimmungen des Verwaltungskontenrahmens folgen, ausgewiesen. Die Beachtung des Saldierungsverbotes von Darlehensforderungen und -verbindlichkeiten führt zu einer Erhöhung der Transparenz, da diese nicht nur nach Kreditgebern, sondern auch nach Fälligkeit gegliedert werden.

Eine wesentliche Änderung in der Darstellung ist, dass die Kassenbesicherungen ab 2012 nicht mehr saldiert mit Verbindlichkeitenpositionen in der Vermögensrechnung dargestellt werden. Damit erfolgt eine Umgliederung aus den Verbindlichkeiten in das Umlaufvermögen in Höhe von rund 855,43 Mio. Euro.

Die neue Sachkontensystematik führt aber auch zu einem geänderten Ausweis der bisherigen Bestände in den Positionen der Vermögensrechnung. Dieses bewirkt im ersten Jahr der Umstellung einen erschwerten Vorjahresvergleich. Die folgende Abbildung zeigt die Verschiebung innerhalb der Position Verbindlichkeiten in der Vermögensrechnung, die durch die neue Sachkontensystematik einen geänderten Ausweis der

31. 12. 2011		Euro
I. Anleihen und Obligationen		10.781.373.227,00
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten		6.495.869.632,00
Summe		17.277.242.859,00

**Neue Sachkontensystematik führt zu einem geänderten Ausweis der Darlehen in der Vermögensrechnung ab 01.01.2012.**

01. 01. 2012		Euro
D. Verbindlichkeiten		
I. Anleihen und Obligationen		10.806.373.226,97
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.990.381.655,08
VIII. Sonstige Verbindlichkeiten		3.480.487.977,74
Summe		17.277.242.859,79



bisherigen Darlehen in der Vermögensrechnung zum 01.01.2012 erfordert.

Wie aus der Abbildung ersichtlich ist, sind Umgliederungen aus den sonstigen Verbindlichkeiten erfolgt. Es wurde von den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 6.496 Mio. Euro per 01.01.2012 in andere Posten der Vermögensrechnung umgegliedert. Davon entfielen 25 Mio. Euro auf die Anleihen und Obligationen und 2.990 Mio. Euro auf die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten wurde 2012 nicht gebildet.

### Resümee

Auch die doppelte Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage zeigt die schwierige Situation des Landes und der Stadtgemeinde Bremen. Es ist dabei festzustellen, dass derzeit keine Trendwende in Sicht ist. Zum dritten Mal in Folge weist die Erfolgsrechnung einen deutlichen Jahresfehlbetrag aus, der sich nur marginal um 3,14 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahresergebnis verbesserte.

Das Verwaltungsergebnis ist gegenüber dem Vorjahr stark rückläufig. Es bezieht sich ausschließlich auf die Kernaufgaben und schließt die Zinsen und außerordentlichen Vorgänge aus. Für das Land und die Stadtgemeinde Bremen hat sich das Verwaltungsergebnis gegenüber dem Vorjahr im Abschlussjahr von –169,98 Mio. Euro auf –252,35 Mio. Euro verschlechtert. Zwar konnten die Erträge durch einen Anstieg der Steuern und ähnlicher Erträge und durch die Erträge aus erhaltenen Zuweisungen und Zuschüssen gegenüber dem Vorjahr um 61,84 Mio. Euro verbessert werden. Dieser positiven Entwicklung stehen aber Steigerungen bei den Aufwendungen, vor allem für Zuwendungen

und Zuschüssen (+83,08 Mio. Euro), entgegen. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bei den Aufwendungen noch viel höher ausfallen würden, wenn einmalige Effekte im Vorjahr (z. B. die erstmalige Bildung der Urlaubsrückstellung in Höhe von rund 26 Mio. Euro) gesondert betrachtet werden würden.

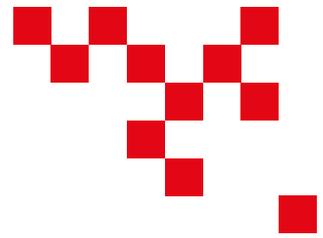
Die Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Aufwendungen sind mit rund 330,09 Mio. Euro ein wesentlicher Bestandteil der Personalaufwendungen und bewirken, dass Personalkostenreduzierungen an anderer Stelle überkompensiert werden.

Das Finanzergebnis ist mit –522,01 Mio. Euro deutlich negativ und zeigt, in welchem Maße das Land und die Stadtgemeinde Bremen aufgrund des hohen Schuldenstandes unter den Zinsaufwendungen leidet. Mit einer prozentualen Verschlechterung des Finanzergebnisses von –2,92% gegenüber dem Vorjahr bleibt es aber annähernd konstant. Die durchgeführten Maßnahmen zur Optimierung des Kreditmanagements bewirken einen verbesserten Ausweis der Zinsaufwendungen und Erträge.

### Nachtragsbericht

In dem Nachtragsbericht erfolgt die Erläuterung von Sachverhalten, die zwischen dem Stichtag der Erstellung des doppelten Jahresabschlusses und dem Zeitraum der Bilanzierung bekannt wurden.

Die Altschulden und Zinslasten der bestehenden extremen Haushaltsnotlage belasten die bremischen Bemühungen, den Konsolidierungskurs fortzusetzen. Mit den besonderen stadtstaatspezifischen Ausgabelasten (Sozialhilfelaisten, oberzentrale Funktion etc.) und der hierfür unzureichen-



den Finanzausstattung bestehen wesentliche Ursachen bzw. Risikofaktoren der bremsischen Haushaltsnotlage unverändert fort. Die Vorbereitungen zu den Verhandlungen der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahre 2020 haben begonnen. Bayern und Hessen haben gegen wesentliche Teile des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beantragt. Die beiden Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen haben im Februar 2013 in einem Zehn-Punkte-Papier die Position Bremens zum Normenkontrollverfahren und zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen dargelegt.

Im April 2013 verständigte sich der Senat der Freien Hansestadt Bremen darauf, dass die vereinbarten Tarifsteigerungen für die Arbeitnehmer lediglich für die Beamten in den unteren Besoldungsgruppen in voller Höhe übernommen werden sollen. In den mittleren Besoldungsgruppen wurde eine Anhebung von einem Prozent vorgesehen und in den höheren Besoldungsgruppen wurden keine Steigerungen vorgenommen.

Mit den Zensusergebnissen des Jahres 2011 mussten zwar auch die Einwohnerdaten des Landes Bremen nach unten korrigiert werden (-1,38%), da die Abweichung von den Fortschreibungswerten jedoch geringer ausfiel als im Bundesdurchschnitt (-1,85%), verbesserte sich der relative Bevölkerungsanteil zugunsten Bremens entsprechend. Im Ergebnis haben sich die bremsischen Einwohnerzahlen nach Anpassung an die Zensusergebnisse im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 2.562 auf 654.774 Einwohner erhöht.

Die Sanierung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremen stellt ein komplexes Bauvorhaben dar. 2013 wurde bekannt, dass es aufgrund von Abweichungen von der Entwurfsplanung zu voraussichtlichen Mehrkosten in Höhe von rund 3,1 Mio. Euro kommen wird. Die Mehrkosten sollen durch den Verzicht der Sanierung von Haus 3 aufgefangen werden.

Der Senat hat im Juni 2013 den Zukunftsplan 2017 der GeNo beschlossen und auf dieser Grundlage diverse Unterstützungsmaßnahmen für die städtischen Kliniken eingeleitet. Insgesamt erhalten die städtischen Kliniken im Jahr 2013 eine Eigenkapitalaufstockung in Höhe von 43,7 Mio. Euro. Zudem wurde die Schuldübernahme von bis zu 110,8 Mio. Euro für den Teilersatzneubau des Klinikums Bremen-Mitte beschlossen. Dies führt ebenso zu einer Entlastung des Klinikverbundes. Daneben ist es beim Teilersatzneubau des Klinikums Bremen-Mitte zu einer Kostensteigerung von rund 35 Mio. Euro gekommen, die von der GeNo finanziert und über eine 100%-Bürgschaft der Stadt und des Landes abgesichert werden soll.

Auch Bremen zeigt sich solidarisch mit den Opfern der Flutkatastrophe. Im Rahmen dieser Hilfen wurde der Solidaritätsfonds „Aufbauhilfe“ vom Bund und den Ländern errichtet. Die Länder finanzieren diesen Fonds bis 2019, indem sie dem Bund einen Festbetrag aus der Umsatzsteuer in Höhe von jährlich 202 Mio. Euro überlassen. Ab 2020 bis 2033 zahlen die Länder nach Einwohnerzahlen gestaffelt direkt an den Bund. Der bremsische Anteil ist bis 2019 auf 2,1 Mio. Euro festgelegt worden.



Ab Mitte 2013 führte die steigende Anzahl von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zu einer Überlastung der im Land und in der Stadtgemeinde zur Verfügung stehenden Kapazitäten der Unterbringung. Bis Ende 2013 wird insgesamt mit einem Zugang von über 1.000 Flüchtlingen gerechnet, die in Bremen Schutz suchen. Im Vergleich zum Vorjahr kommen damit inzwischen fast doppelt so viele Flüchtlinge nach Bremen. Im Jahr 2014 wird mit einem weiteren Zugang von 1.200 Flüchtlingen gerechnet.

#### **Risiko- und Chancenbericht**

Im Risiko- und Chancenbericht erfolgt die Darstellung der Risiken und Chancen, die sich im Falle des Eintretens wesentlich auf die Lage und den Geschäftsverlauf der Freien Hansestadt Bremen auswirken.

Bremen wird die leistbaren Anstrengungen zur Sanierung seiner Haushalte beitragen und damit die gebotenen Chancen zum Abbau der Neuverschuldung nutzen. Eine dauerhaft tragfähige Sanierung der bremischen Haushalte setzt neben der Einhaltung des Konsolidierungskurses auch die Lösung der Altschuldenproblematik des Landes voraus, da die Schulden, wenn auch mit sinkenden Raten, bis 2020 ansteigen werden.

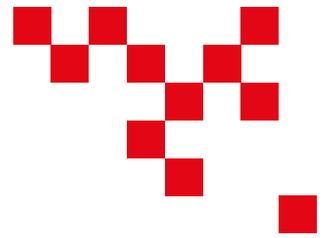
Nach wie vor ergeben sich Risikofaktoren aus den stadtstaaten-spezifischen Ausgabe-lasten, die sich im Vergleich zu anderen Ländern in den Sozialausgaben, dem Angebot von Kultur sowie Bildung und Wissenschaft bis hin zum Bereitstellen einer angemessenen Klinikversorgung niederschlagen.

Risiken ergeben sich nach wie vor aus der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung der originären Steuereinnah-

men. Hier setzt sich der Trend der Vorjahre auch im Jahr 2012 fort, sodass ein gesteigertes Wirtschaftswachstum nicht automatisch zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen führt. Dieses wird auch nicht durch den einwohnerbezogenen bundesstaatlichen Finanzausgleich kompensiert.

Vor dem Hintergrund, dass originäre Steuern sowie Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisung rund 80% der Gesamteinnahmen des Stadtstaates Bremen leisten, ist erkennbar, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit der von ihr abhängigen Steuerentwicklung ein Risiko darstellt. Einnahmeverluste durch etwaige Konjunkturerbrüche könnten nicht im gleichen Maße durch eine Reduzierung im Ausgabenbereich kompensiert werden, da die größten Aufwandspositionen (z.B. Personalkosten) keinen Bezug zur Einnahmesituation Bremens aufweisen. Gleichzeitig würde ein Konjunkturerbruch bestimmte Aufwandspositionen (z.B. Sozialleistungsausgaben) erhöhen. Dies birgt ein zusätzliches Risiko für die Entwicklung der bremischen Finanz- und Ertragslage.

Die angestrebte sehr ambitionierte Begrenzung des Ausgabenwachstums bei den Sozialleistungen um 1,7% jährlich wird durch flankierende Maßnahmen (z.B. Fallzahlsteuerung bei den Hilfen zur Erziehung) unterstützt, ist jedoch auch stark von diversen Risikofaktoren, wie z.B. der demografischen Entwicklung, abhängig. Auch die weltpolitische Lage beeinflusst die Ausgabeentwicklung, da eine Zunahme der Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber unmittelbar auf die Sozialleistungen einwirkt. Auch die Fallzahlsteigerung bei den Hilfen zur Erziehung sowie die zunehmende Altersarmut aufgrund des demografischen



Wandels sind maßgeblich für die steigenden Sozialleistungsausgaben verantwortlich. Durch das sozialraumorientierte Modellprojekt „Erziehungshilfen, Soziale Prävention und Quartiersentwicklung“ (ESPQ) werden weiter sozialraumorientierte Handlungsstrategien entwickelt, die über die Stadtteilgrenzen des Modellgebietes hinaus mittlerweile Handlungsempfehlungen für die anderen Sozialzentren entwickeln. So soll das Ausgabeniveau trotz Fallzahlsteigerungen zumindest konstant gehalten werden. Der Bundesanteil an der Grundsicherung wird im Jahr 2013 von 45 % auf 75 % und 2014 auf 100 % erhöht. Dieses wird im Jahr 2013 zu Mehreinnahmen in Höhe von rund 29 Mio. Euro führen.

Für Tarif- und Besoldungserhöhungen war eine Personalkostensteigerung von 0,9% pro Jahr bis 2014 vorgesehen und ab 2015 werden 1,5% eingeplant. Darüber hinausgehende Kostensteigerungen im Personalbereich sollen durch andere personalwirtschaftliche Maßnahmen gegenfinanziert werden, was eine jährliche Einsparquote von 1,5% des Personalbestandes bedeutet, die jedoch mit finanziellen Risiken im Falle von höheren Besoldungs- bzw. Tarifsteigerungen behaftet ist. In diesem Zusammenhang ist auch auf die erhobene Musterklage gegen die vorgenommenen Besoldungsanpassungen 2013 hinzuweisen.

Weitere Risiken existieren bei den kommunalen Kliniken, die im Rahmen eines zu überarbeitenden Sanierungskonzeptes die Zielsetzung umzusetzen haben, ohne dauerhafte Zuschüsse Bremens auszukommen. Mit dem beschlossenen Zukunftsplan 2017 werden grundlegende Bausteine und erste Schritte für die Sanierung beschrieben. Zur Identifizierung des weiteren Handlungsbedarfs ist ein Auftrag an die Geschäftsführung

formuliert worden, weitere Maßnahmen darzustellen, durch die im Jahr 2017 wieder eine „schwarze“ Null im Jahresergebnis erreicht werden kann.

Vor dem Hintergrund einer 2012 angespannten Ergebnisentwicklung im Verbund der kommunalen Krankenhäuser zeichneten sich Engpässe bei der Finanzierung eines Klinik-Teilersatzbaus in der Stadt Bremen ab. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat im Juni 2013 hierfür ein Konzept zur Finanzierung des Mehrbedarfs in Höhe von 35 Mio. Euro durch die GeNo beschlossen.

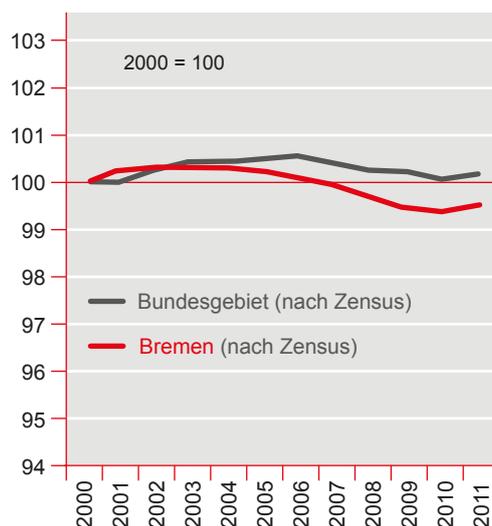
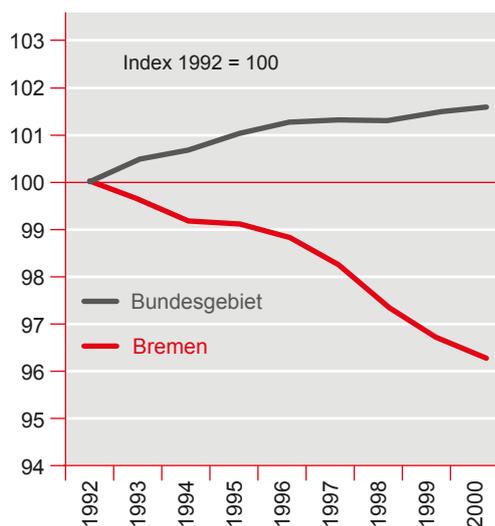
Bremen hat im Jahr 2012 das Steuerplus nicht für neue Maßnahmen, sondern zur Absicherung der Haushaltsrisiken verwendet. Auch die zusätzlichen Einnahmen vom Bund für die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter wurden vorsorglich für zusätzliche Bedarfe im Bereich der Ausgaben eingestellt. Diese Maßnahmen stellen einen breitmischen Eigenanteil zur Risikovorsorge dar.

Sinkende oder steigende Zinssätze haben direkte Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der Freien Hansestadt Bremen. Mittelfristig werden weiterhin sehr niedrige Zinsen prognostiziert. Aus diesem Grund ist es geplant, den variabel verzinslichen Anteil zu erhöhen, um an den Zinsdifferenzen zwischen Geld- und Kapitalmarkt stärker zu partizipieren.

Die Erhöhung der Einwohnerzahlen des Landes Bremens stellt im derzeitigen System der bundesstaatlichen Finanzverteilung eine Chance zur Sicherung bzw. zur Verbesserung der steuerabhängigen Einnahmen Bremens dar. Prognosen des Statistischen Landesamtes Bremen gehen bis 2020 für das Land Bremen von einer insgesamt relativ konstanten Einwohnerzahl aus.



### Bevölkerungsentwicklung (Index)



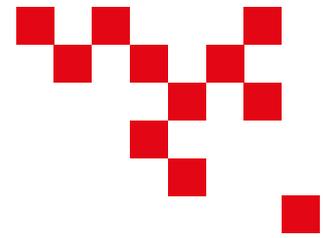
Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat im Rahmen des weiteren Konsolidierungskurses die Einrichtung des Programms „Umbau der Verwaltung und Infrastruktur“ (UVI) beschlossen. Die Projektarbeiten haben begonnen und Bremen hat damit die Chance, dass das Niveau der Einspareffekte bis 2019 schrittweise das Niveau der 2012 und 2013 im Programm getätigten Ausgaben in Höhe von insgesamt 50 Mio. Euro erreicht.

Mit der Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung, insbesondere mit den Schwerpunkten Bündelung und Standardisierung von Aufgaben, Ausstattungs- und Organisationsstandards sowie ressortübergreifenden Synergien und Wirkungsoptimierung, will die Freie Hansestadt Bremen weitere nachhaltige strukturelle Verbesserungen erzielen.

Das Land und die Stadtgemeinden leisten weiterhin Eigenbeiträge zur Einhaltung des Konsolidierungspfades, indem Maßnahmen zur Ertragssteigerung beschlossen und

eingeleitet werden. Die steuerrechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen der Freien Hansestadt Bremen sollen stärker ausgeschöpft werden. Zur Steigerung der Steuereinnahmen wurde eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer um einen Prozentpunkt auf 4,5% zum 01.01.2011 vorgenommen. Im Juli 2012 hat die Bremische Bürgerschaft die Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes um 20 Prozentpunkte zum Jahresanfang 2014 beschlossen. Eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 0,5 Prozentpunkte ab 2014 wurde im Rahmen der Eckwertbeschlüsse für die Haushalte 2014/2015 beschlossen. Die Tourismussteuer wurde zum 01.04.2012 eingeführt und es wurde nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juli 2012 eine Beschränkung auf private Übernachtungen für die Erhebung der „Citytax“ beschlossen.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat im Mai 2012 beschlossen, die stillen Einlagen der Freien Hansestadt Bremen



in Höhe von 480 Mio. Euro bei der Bremer Landesbank (BLB) in Kernkapital umzuwandeln. Die Freie Hansestadt Bremen ist dadurch mit mindestens 41,2% an der Bank beteiligt. Die BLB gehört zum Konzernkreis der Norddeutschen Landesbank. Der gesamte umgewandelte Anteil am Stammkapital der BLB wird wie die bisherige Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen treuhänderisch von der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH gehalten. Der mit der Umwandlung zwangsläufig entstehende größere Vermögensanteil Bremens an der BLB ist nicht zwingend auf Dauer angelegt, denn politisches Ziel ist vielmehr die dauerhafte Sicherung eines regional tätigen Kreditinstituts zur leistungsfähigen Versorgung der regionalen Wirtschaft und damit zur Erhaltung eines wichtigen Standortfaktors.

### Prognosebericht

Im Prognosebericht wird auf voraussichtliche Entwicklungen in der Freien Hansestadt Bremen, deren Eintreten aus heutiger Sicht hinreichend wahrscheinlich ist, eingegangen.

Im Finanzplan 2012–2017 der Freien Hansestadt Bremen wurde eine ausführliche Detailplanung mit entsprechenden Prognosen für den Berichtszeitraum erstellt.

Für fachpolitische Planungen und daraus abzuleitende Ressourcenbedarfe sind die mittel- und langfristig zu erwartenden altersgruppenspezifischen Bevölkerungsentwicklungen von Belang. Hier sind für den Stadtstaat Bremen unter Berücksichtigung der neuen Zensusergebnisse Tendenzen absehbar. Deutlich wird der bis 2017 zu verzeichnende Anstieg und die anschließende Konstanz der für eine U3-Betreuung bzw. Kindergartenplätze in Betracht kommenden

### INFO:

Finanzplan 2012–2017  
[www.finanzen.bremen.de/info/finanzplanung](http://www.finanzen.bremen.de/info/finanzplanung)

### Bevölkerungsprognosen für den Stadtstaat Bremen

	2012 Einwohner	Veränd. 2012 bis 2017		Veränd. 2017 bis 2020	
		Einwohner	%	Einwohner	%
<b>Betreuung U3 und Kindergarten</b> (unter 6-Jährige)	<b>31.643</b>	+951	+3,0	-148	-0,5
<b>Schule</b> (6- bis unter 19-Jährige)	<b>73.433</b>	-3.227	-4,4	-928	-1,3
<b>Berufliche Bildung</b> (19- bis unter 25-Jährige)	<b>52.315</b>	-3.584	-6,9	-962	-2,0
<b>Erwerbstätige</b> (25- bis unter 65-Jährige)	<b>357.774</b>	+944	+0,3	-3.645	-1,0
<b>Rentner</b> (geringe Pflegebed.) (65- bis unter 80-Jährige)	<b>102.380</b>	+358	+0,3	-2.428	-2,4
<b>Hochbetagte</b> (höhere Pflegebed.) (über 80-Jährige)	<b>37.229</b>	+5.296	+14,2	+5.762	+13,5



Altersgruppe sowie der Rückgang in den Altersklassen, die die Nachfrage nach Plätzen im Schul- und Ausbildungsbereich bestimmen. Darüber hinaus werden das in der zweiten Hälfte des Konsolidierungszeitraumes deutlich abnehmende Erwerbspersonen-Potenzial des Landes sowie die sehr starke Zunahme der Jahrgänge der Hochbetagten mit erhöhter Pflegebedürftigkeit deutlich.

Das Durchschnittsalter der bremischen Bevölkerung steigt von 44,0 Jahre (2012) über 44,7 Jahre (2017) auf 45,1 Jahre (2020).

Um die Kostensteigerungen im Bereich der Personalkosten in dem Land und der Stadtgemeinde Bremen zu begrenzen, wurde der Tarifabschluss 2013/2014 (TV-L) auf Beamte und Versorgungsempfänger nur in eingeschränktem, gestuftem und damit sozialverträglichem Maße übernommen. Hierdurch kommt es auch in den kommenden Jahren zu Entlastungseffekten.

Die in den einzelnen Ländern und im Bundesgebiet insgesamt unterschiedlichen Korrekturen der Einwohnerzahlen aufgrund der Zensusergebnisse des Jahres 2011 führen zu deutlichen Veränderungen der bundesstaatlichen Finanzverteilung. Dies bedeutet für Bremen, dass Mehreinnahmen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich in Höhe von schätzungsweise rund 16 Mio. Euro jährlich gegenüber den bisherigen Planungen zu erwarten sind.

Ab 2014 wird durch die Erhöhung der Gewerbesteuer mit zusätzlichen jährlichen Erträgen von 12,5 Mio. Euro gerechnet. Auch durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer werden jährlich anwachsende Steigerungen prognostiziert. Ab 2014 werden hier weitere 8,1 Mio. Euro erwartet. Zusätzlich soll die in Bremen eingeführte Tourismussteuer „City-

tax“ ab 2014 weitere Erträge in Höhe von 1,2 Mio. Euro erzielen.

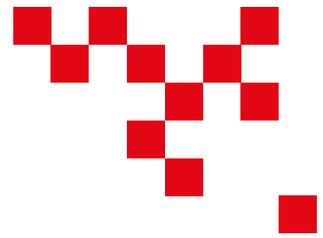
Bremen wird die leistbaren Eigenbeiträge zur Sanierung seiner Haushalte umsetzen und damit die bestehenden Chancen zum Abbau der Neuverschuldung nutzen. Neben dem Abbau der Neuverschuldung innerhalb des Konsolidierungszeitraumes 2010/2020 setzt eine dauerhaft tragfähige Sanierung der bremischen Haushalte aber auch die Lösung der Altschuldenproblematik des Landes voraus.

#### **Weiterentwicklung des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens**

Die Weiterentwicklung des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens ist ein kontinuierlicher Prozess. Mit den Verbesserungen der Darlehensverwaltung und der Anbindung der Nebenbuchhaltung an die Hauptbuchhaltung ist ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zur Verbesserung der Datengrundlage des doppelten Jahresabschlusses erreicht worden. Gleiches gilt für die Überprüfung der Werthaltigkeit der bremischen Beteiligungen, die ebenfalls die Qualität des dem doppelten Jahresabschluss zugrunde liegenden Buchungssstoffes verbessern. Mit diesen Maßnahmen wurden wesentliche Kritikpunkte des bremischen Rechnungshofes zeitnah umgesetzt.

Die rückwirkende Verschmelzung der bremer und bremerhavener arbeit gmbh (bba) auf den Kernhaushalt der Freien Hansestadt Bremen war ein sehr arbeitsintensives Vorhaben, das 2012 erhebliche Ressourcen aus dem betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen beanspruchte.

Diese vorrangig durchgeführten Arbeiten führten zu einer geänderten Prioritätensetzung hinsichtlich des Konzeptes zur Kon-



solidierung der betriebswirtschaftlichen Jahresabschlüsse, sodass die Fortführung der Arbeiten 2013 nicht in dem ursprünglich geplanten Maße erfolgte, sondern erst 2014 erfolgen kann.

2013 werden umfangreiche Umsetzungsarbeiten durch die Einführung der sogenannten E-Bilanz zu leisten sein. Gemäß §5b Einkommensteuergesetz (EStG) sind für Wirtschaftsjahre nach 2012 sogenannte E-Bilanzen für die elektronische Übermittlung der Steuerbilanz an das zuständige Finanzamt zu erstellen. Die Inhalte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind zukünftig per Datenfernübertragung zu übermitteln. Von dieser Änderung sind neben den bremischen Gesellschaften zukünftig auch die im Kernhaushalt der Freien Hansestadt Bremen befindlichen Betriebe gewerblicher Art (BGA), die die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe der Gebietskörperschaften darstellen, betroffen. Die notwendigen konzeptionellen und technischen Arbeiten für die bremischen Gesellschaften werden zum Jahresende 2013 bzw. Anfang 2014 abgeschlossen sein. Mit diesen Arbeiten werden dann auch weitere Rahmenseetzungen für eine zukünftige Konsolidierung doppischer Jahresabschlüsse erfolgen. Die Umsetzungsarbeiten für die BGAs werden voraussichtlich wesentlich umfangreicher sein und nur mit erhöhtem technischen Aufwand zu realisieren sein.

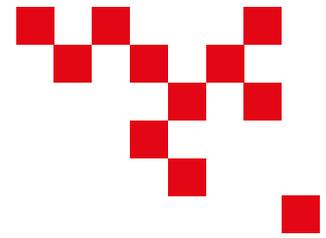
Die Zentrale Zuwendungsdatenbank (Fachanwendung) ZEBRA Bremen wird Anfang 2014 produktiv gesetzt werden. Dieses Fachverfahren wird einer verbesserten Erfassung und Antragsprüfung, größerer Transparenz sowie verbessertem Controlling der Zuwendungen dienen. Im ersten Quartal 2014 soll ZEBRA an das SAP-System angebunden werden. Damit kann die Datenqualität bei der Ermittlung der Zuweisungen und Zu-

schüsse im Rahmen der Erstellung des doppischen Jahresabschlusses wesentlich verbessert werden, da diese dann nicht mehr anhand der kameralen Gruppierungen mit einer pauschal unterstellten Nutzungsdauer in den doppischen Jahresabschluss übergeleitet werden. Stattdessen kann dann eine Einzelbewertung mit Berücksichtigung der tatsächlichen Nutzungsdauer erfolgen.

Darüber hinaus sollen 2014 die Rahmenbedingungen für eine frühzeitigere Erstellung des doppischen Jahresabschlusses verbessert werden. Neben weiteren Optimierungsarbeiten, die zu einer Verbesserung des dem doppischen Jahresabschluss zugrunde liegenden Buchungsstoffes führen, sollen organisatorische Maßnahmen, wie z. B. das unterjährige Abstimmen von Konten der Finanzbuchhaltung, einen früheren Veröffentlichungstermin des doppischen Jahresabschlusses ermöglichen.

Die Strategie bei der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens der Freien Hansestadt Bremen wird auch zukünftig auf den Grundsatz ausgerichtet sein, dass ergänzend zum führenden kameralen Haushalt weitere Komponenten des Haushalts- und Rechnungswesens zur Verfügung gestellt werden. Damit liefert dieses auf die unterschiedlichsten Fragestellungen entsprechende Antworten und wird den Anforderungen eines modernen Haushalts- und Rechnungswesens gerecht. Die Freie Hansestadt Bremen wird bei zukünftigen Reformvorhaben des Haushalts- und Rechnungswesens auch weiterhin darauf achten, dass der zu erwartende Nutzen in einem vernünftigen Verhältnis zu den zu leistenden Aufwendungen steht.

■ **Finanzrechnung zum 31.12.2012**



Die Finanzrechnung stellt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Haushaltsjahres in Form einer Cashflow-Rechnung dar.

Dabei werden ausgehend vom Jahresergebnis die liquiditätswirksamen und nicht liquiditätswirksamen Veränderungen der Vermögens- und Erfolgsrechnung innerhalb eines Haushaltsjahres nach bestimmten Kriterien dargestellt. Es wird letztendlich wie bei der kameralen Haushaltsrechnung auf Betrachtung der liquiden Einnahmen und Ausgaben abgestellt.

Die Freie Hansestadt Bremen hat sich unter Anwendung der Standards staatlicher Doppik bei Ermittlung des Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (CF I) für die indirekte Ermittlungsmethode entschieden. Die Cashflows aus Investitionstätigkeit (CF II) und aus Finanzierungstätigkeit (CF III) werden, wie in den Standards vorgegeben, nach der direkten Methode, also auf der Basis von Zahlungsdaten, ermittelt.

Die Finanzrechnung baut sich wie folgt auf:

- **Cashflow I** (CF aus der laufenden Verwaltungstätigkeit = operativer CF)  
Der Cashflow I gibt die zahlungswirksame Tätigkeit wieder, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen ist. Bei der indirekten Methode wird das Jahresergebnis ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses um nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge bereinigt.

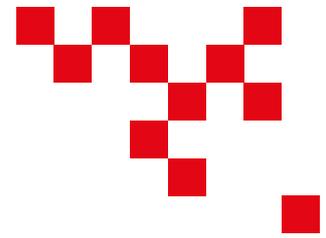
- **Cashflow II** (CF aus Investitionstätigkeit)  
Der Cashflow aus Investitionstätigkeit umfasst den Erwerb und die Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens sowie von längerfristigen finanziellen Vermögenswerten, die nicht dem Finanzmittelfonds oder der Finanzierungstätigkeit zuzurechnen sind.
- **Cashflow III** (CF aus Finanzierungstätigkeit)  
Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit umfasst alle zahlungswirksamen Aktivitäten, die sich auf den Umfang und die Zusammensetzung der Eigenkapitalposten und der Finanzschulden der Gebietskörperschaft auswirken, vor allem die Aufnahme und Tilgung von Krediten. Hier können auch Maßnahmen der Binnenfinanzierung wie etwa die Finanzierung von Versorgungsleistungen abgebildet werden.

Die Bestände an Zahlungsmitteln (Barmitteln und täglich fälligen Sichteinlagen) und Zahlungsmitteläquivalenten (als Liquiditätsreserven gehaltenen, kurzfristigen, äußerst liquiden Finanzmitteln, die jederzeit in Zahlungsmittel umgewandelt werden können und nur unwesentlichen Wertschwankungen unterliegen) werden als Finanzmittelfonds bezeichnet.

Der Finanzmittelfonds zum Stichtag muss mit der Summe aus Cashflow I, II und III sowie dem Bestand des Finanzmittelfonds zu Beginn der Periode übereinstimmen.

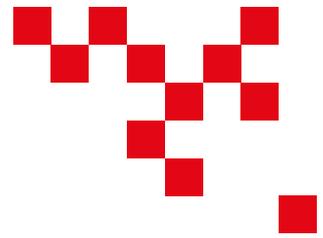
Im Gegensatz zur Darstellung im Anhang werden Leerposten in der Finanzrechnung ausgewiesen.

Nr.	Bezeichnung	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
<b>CF I</b>	<b>Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		
<b>1</b>	<b>Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten</b>	<b>-774.375.629,38</b>	<b>-677.167.833,23</b>
1.1	+/- Jahresüberschuss /-fehlbetrag	-796.960.309,15	-800.095.833,23
1.2	+/- Außerordentliches Ergebnis	22.584.679,77	122.928.000,00
<b>2</b>	<b>+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf das Anlagevermögen</b>	<b>119.936.383,04</b>	<b>111.991.452,71</b>
2.1	+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen	119.936.383,04	111.991.452,71
2.2	- Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	0,00	0,00
<b>3</b>	<b>+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen</b>	<b>329.573.550,17</b>	<b>316.688.000,00</b>
3.1	+ Zunahme der Rückstellungen	334.703.209,21	319.449.000,00
3.2	- Abnahme der Rückstellungen	-5.129.659,04	-2.761.000,00
<b>4</b>	<b>+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge</b>	<b>-4.278.785,52</b>	<b>-135.535.196,35</b>
4.1	+ sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Aufwendungen	18.234.618,99	15.918.085,22
4.2	- sonstige zahlungsunwirksame betriebliche Erträge	-22.513.404,51	-151.453.281,57
<b>5</b>	<b>+/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen</b>	<b>297.375,52</b>	<b>58.886,19</b>
5.1	- Erträge aus dem Abgang von AV	-183,57	-37.324,12
5.2	+ Verluste aus dem Abgang von AV	275.612,47	96.210,31
5.3	- Erträge aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	0,00	0,00
5.4	+ Verluste aus dem Abgang von Anteilen an Unternehmen	21.946,62	0,00
<b>6</b>	<b>+/- Abnahme / Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind</b>	<b>521.978.754,78</b>	<b>-562.074.621,28</b>
6.1	Vorräte und geleistete Anzahlungen auf Vorräte	-16.132,45	-213,66
6.2	Forderungen aus Steuern	146.000,00	47.081.000,00
6.3	Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
6.4	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-28.379.935,46	-4.358.984,69
6.5	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Einrichtungen, gegen Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegen Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	-21.314.813,74	-355.703.872,10
6.6	Forderungen aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	49.542.158,77	-112.030.623,49
6.7	Sonstige Vermögensgegenstände	525.369.072,85	-138.856.461,83
6.8	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
6.9	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	-3.367.595,19	1.794.534,49
<b>7</b>	<b>+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind</b>	<b>-116.273.995,86</b>	<b>25.856.722,82</b>



Nr.	Bezeichnung	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
<b>CF I</b>	<b>Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>		
7.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF III)	0,00	0,00
7.2	Verbindlichkeiten aus Steuern	-891.126,95	0,00
7.3	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	0,00
7.4	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
7.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-14.000,29	-51.400,53
7.6	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Einrichtungen, gegenüber Unternehmen und Einrichtungen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, gegenüber Sondervermögen ohne eigenverantwortliche Betriebsleitung	29.810.374,04	19.741.174,91
7.7	Verbindlichkeiten aus der Steuerverteilung und Finanzausgleichsbeziehungen	1.351.694,64	-1.354.684,03
7.8	Sonstige Verbindlichkeiten	-146.530.937,30	7.521.632,47
7.9	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
<b>8</b>	<b>+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Positionen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
8.1	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
8.2	Außerordentlicher Aufwand	0,00	0,00
<b>9</b>	<b>Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit (CF I)</b>	<b>76.857.652,75</b>	<b>-920.182.589,14</b>
<b>CF II</b>	<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>		
<b>10</b>	<b>+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens</b>	<b>14.527,82</b>	<b>52.411,00</b>
<b>11</b>	<b>- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen</b>	<b>-13.402.232,40</b>	<b>-13.787.308,47</b>
<b>12</b>	<b>+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>13</b>	<b>- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen</b>	<b>-167.972.546,60</b>	<b>-180.708.208,18</b>
<b>14</b>	<b>+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens</b>	<b>0,00</b>	<b>1.227.060,24</b>
<b>15</b>	<b>- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen</b>	<b>0,00</b>	<b>-371.016,88</b>
<b>16</b>	<b>+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>17</b>	<b>- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>18</b>	<b>+ Einzahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen und Investitionszuschüssen</b>	<b>14.776.420,84</b>	<b>28.983.252,43</b>
<b>19</b>	<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit (CF II)</b>	<b>-166.583.830,34</b>	<b>-164.603.809,86</b>

Nr.	Bezeichnung	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
<b>CF III Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>			
20	<b>+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
21	<b>– Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
22	<b>+ Einzahlungen aus der Ausgabe von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten</b>	<b>33.244.057.299,93</b>	<b>10.071.100.000,00</b>
22.1	Anleihen und Obligationen	23.591.733.466,76	8.655.000.000,00
22.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	5.060.448.134,37	870.000.000,00
22.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	4.591.875.698,80	546.100.000,00
23	<b>– Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten</b>	<b>–32.284.932.088,30</b>	<b>–8.976.758.030,00</b>
23.1	Anleihen und Obligationen	–22.933.158.723,46	–7.700.000.000,00
23.2	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (soweit nicht CF I)	–1.926.040.868,33	–1.174.588.436,00
23.3	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	–7.425.732.496,51	–102.169.594,00
24	<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (CF III)</b>	<b>959.125.211,63</b>	<b>1.094.341.970,00</b>
25	<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 19 und 24)</b>	<b>869.399.034,04</b>	<b>9.555.571,00</b>
26	<b>+/- Wechselkur-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
26.1	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
26.2	Festgeld	0,00	0,00
26.3	Bankkonten	0,00	0,00
26.4	Kassen	0,00	0,00
26.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
26.6	Zahlstellen	0,00	0,00
26.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
26.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00



Nr.	Bezeichnung	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
<b>CF III Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>			
<b>27</b>	<b>+ Finanzmittelfonds 01.01. des Jahres</b>	<b>62.106.747,87</b>	<b>52.551.176,87</b>
27.1	Kurzfristige Geldanlagen	0,00	0,00
27.2	Festgeld	0,00	0,00
27.3	Bankkonten	61.965.079,73	52.469.729,81
27.4	Kassen	141.668,14	81.447,06
27.5	Handvorschüsse	0,00	0,00
27.6	Zahlstellen	0,00	0,00
27.7	Geldannahmestellen	0,00	0,00
27.8	Kurzfristige Kassenkredite	0,00	0,00
<b>28</b>	<b>Summe Cashflow und Finanzmittelfonds 01. 01. des Jahres</b>	<b>931.505.781,91</b>	<b>62.106.747,87</b>
<b>29</b>	<b>Finanzmittelfonds 31.12. des Jahres</b>	<b>931.505.781,91</b>	<b>62.106.747,87</b>
	Kurzfristige Geldanlagen		
	Festgeld		
	Bankkonten	931.352.912,94	61.965.079,73
	Kassen	152.868,97	141.668,14
	Handvorschüsse		
	Zahlstellen		
	Geldannahmestellen		
	Kurzfristige Kassenkredite		

Die Freie Hansestadt Bremen erstellt im Rahmen des doppelten Jahresabschlusses eine Finanzrechnung in Form einer Cashflow-Rechnung. In dieser werden Herkunft und Verwendung der flüssigen Geld-

mittel für die laufende Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit innerhalb des Haushaltsjahres aufgezeigt und den Zahlen des Vorjahres gegenübergestellt.



## Glossar

### INFO:

Identisch lautende Begriffe, die sowohl in der Doppik als auch in der Kameralistik benutzt werden, sind hier aus doppischer Sicht definiert

### Abschreibungen

Die Abschreibungen stellen die Wertminderungen von Vermögensgegenständen des Anlage- und Umlaufvermögens dar.

### Anlagenbuchhaltung

Die Anlagenbuchhaltung dient als Nebenbuchhaltung der Finanzbuchhaltung dem Ausweis der Anlagegüter und deren Werteverzehr in Form der Abschreibungen.

### Anlagevermögen

Als Anlagevermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu dienen sollen, langfristig zur Aufgabenerfüllung der Freien Hansestadt Bremen beizutragen.

### Beteiligungen

Beteiligungen stellen den Anteil an privatrechtlich organisierten Unternehmen dar.

### Bilanz

Siehe Vermögensrechnung.

### Bürgschaft

Durch eine Bürgschaft wird eine Verpflichtung begründet, ggf. für eine fremde Geldschuld gegenüber einem Dritten einzustehen.

### Cashflow

Der Cashflow ist eine finanzielle Größe, die im Rahmen der Finanzrechnung ermittelt wird und den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angibt.

### Doppelte Buchführung (Doppik)

Die doppelte Buchführung in Konten (Doppik) ist ein Rechnungswesensystem, in dem jeder Geschäftsvorfall sowohl auf seine Auswirkung hinsichtlich des Erfolges als auch hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vermögen aufgezeichnet wird.

### Eigenbetrieb nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein Eigenbetrieb ist ein nicht rechtsfähiges Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen (FHB), das durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes entstanden und zur Erfüllung einzelner Aufgaben der FHB bestimmt ist. Entsprechend gelten für ihn die Vorschriften der LHO, soweit durch ein anderes Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

### Erfolgsrechnung

In der Erfolgsrechnung wird für die Rechnungsperiode der Ertrag dem Aufwand gegenübergestellt und das Ergebnis der Periode ermittelt. Die Erfolgsrechnung wird auch als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet.

### Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ermittelt als Bestandteil des doppischen Jahresabschlusses in der FHB als Liquiditätsrechnung den Unterschiedsbetrag zwischen den Ein- und Auszahlungen.

### Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)

Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sind bewegliche Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr, deren Nettoanschaffungskosten einen bestimmten festgesetzten Wert nicht überschreiten. GWG werden zwingend über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

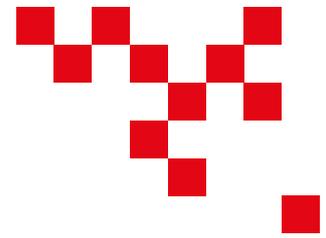
### Gewinn- und Verlustrechnung

(siehe Erfolgsrechnung)

Gemäß den Festlegungen in den Standards staatlicher Doppik wird der Begriff Gewinn- und Verlustrechnung durch den Begriff Erfolgsrechnung ersetzt.

### Haushaltsrechnung

Die Haushaltsrechnung ist die kamerale Jahresrechnung über den Haushalt, die dem Parlament zur Entlastung des Senats vorzulegen ist.



### Investitionen

Investitionen sind langfristig nutzbare Vermögensgegenstände, die im Anlagevermögen ausgewiesen werden.

### Kameralistik

Die Kameralistik ist ein überwiegend von der öffentlich-rechtlich organisierten Verwaltung angewendetes Buchführungssystem, bei dem Einnahmen und Ausgaben geführt werden und den geplanten Einnahmen und Ausgaben (Anschlag bzw. Soll) die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben (Ist) eines Haushaltsjahres gegenübergestellt werden.

### Kernverwaltung (FHB)

Die Kernverwaltung bildet den originären Kern staatlicher Aufgabenwahrnehmung ab, die unmittelbar über die bremischen Haushalte abgewickelt wird.

### Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzung ist die periodengerechte Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen. In Abweichung von den tatsächlichen Zahlungsströmen wird der Ertrag bzw. der Aufwand den verursachungsgerechten Perioden zugeordnet.

### Rücklagen

Rücklagen sind Teil des Kapitals, das buchungstechnisch bestimmten zukünftigen bekannten Zwecken zugeführt werden soll.

### Rückstellungen

Rückstellungen sind eine Berücksichtigung von zukünftigem Aufwand, dessen Eintreten dem Grund oder der Höhe nach noch nicht sicher ist und der in der abzuschließenden Rechnungsperiode verursacht wurde.

### Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein Sondervermögen ist ein rechtlich unselbstständiger, abgesonderter Teil des Vermögens der FHB. Es ist durch Gesetz oder

aufgrund eines Gesetzes begründet und dient der Erfüllung einzelner Aufgaben der gründenden Gebietskörperschaft.

### Sonstige Sondervermögen

nach § 26 Abs. 2 LHO

Ein sonstiges Sondervermögen ist eine bewirtschaftete, rechtlich unselbstständige, abgesonderte Vermögensmasse der FHB ohne Personalkörper in Ausgestaltung eines Sondervermögens nach § 26 Abs. 2 LHO.

### Standards staatlicher Doppik

Als untergesetzliche Normierung zum Haushaltsgrundsatzgesetz werden in den Standards staatlicher Doppik für die Länder und den Bund einheitliche Ansatz-, Bewertungs- und Darstellungsregeln zum doppischen Rechnungswesen festgelegt.

### Umlaufvermögen

Als Umlaufvermögen werden alle Vermögensgegenstände bezeichnet, die dazu bestimmt sind, kurzfristig der FHB zu dienen.

### Vermögensnachweis

Der Vermögensnachweis ist die zusammengefasste Übersicht über das Vermögen und die Schulden der FHB zum Stichtag des jeweiligen Haushaltsjahres.

### Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung ist die stichtagsbezogene Gegenüberstellung der Vermögenswerte und deren Finanzierung. In privatwirtschaftlichen Unternehmen wird die Vermögensrechnung als Bilanz bezeichnet.

### Zuwendungen

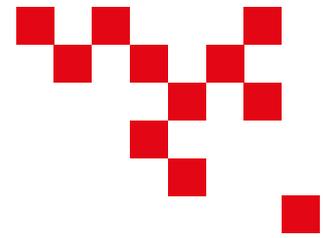
Zuwendungen sind Leistungen nach § 23/ § 44 LHO aus dem öffentlichen Haushalt an Stellen außerhalb der FHB zur Erfüllung von Aufgaben, an denen die öffentliche Hand ein erhebliches Interesse hat.

### INFO:

Weitere Begriffsdefinitionen können im ABC der Haushaltspraxis nachgeschlagen werden: <http://www.finanzen.bremen.de/info/ABC-Haushaltspraxis>

 **Abkürzungen**

<b>AG</b>	Aktiengesellschaft
<b>AöR</b>	Anstalt öffentlichen Rechts
<b>BEZ</b>	Bundesergänzungszuweisung
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>Doppik</b>	Doppelte Buchführung in Konten
<b>EFRE</b>	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
<b>eG</b>	eingetragene Genossenschaft
<b>FHB</b>	Freie Hansestadt Bremen
<b>FöKo</b>	Föderalismuskommission
<b>gGmbH</b>	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<b>GmbH</b>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<b>GmbH &amp; Co. KG</b>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
<b>GWG</b>	Geringwertige Wirtschaftsgüter
<b>LFA</b>	Länderfinanzausgleich
<b>LHO</b>	Landeshaushaltsordnung
<b>ReSoSta</b>	Regionales Sonderprogramm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen in Begleitung der Umstrukturierungen im Stahlsektor
<b>StaBu</b>	Statistisches Bundesamt
<b>StaLa</b>	Statistisches Landesamt
<b>SV</b>	Sondervermögen



## Impressum

### Herausgeber

Freie Hansestadt Bremen  
Die Senatorin für Finanzen  
Presse- & Öffentlichkeitsarbeit  
Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072

Fax: 0421 496 4072

E-Mail: [office@finanzen.bremen.de](mailto:office@finanzen.bremen.de)

[http://www.finanzen.bremen.de/info/  
Bilanzberichte](http://www.finanzen.bremen.de/info/Bilanzberichte)

### Druck

Druckerei der Senatorin für Finanzen  
Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen

Dieser Geschäftsbericht wurde – mit Ausnahme des Umschlags – auf Recyclingpapier (Image Recycled High White von Antalis) gedruckt. Es besteht zu 100% aus Altpapier und erfüllt alle Anforderungen des Blauen Engels.

### Konzept und Gestaltung

Gestalt und Form  
Agentur für Unternehmenskommunikation  
Schwachhauser Heerstraße 2a  
28203 Bremen

## Bildnachweis

Titel: *Großes Titelbild*  
(Ausschnitt des Denkmals des  
Hirten mit Hund und Schweinegruppe)  
*Kleine Titelbilder*  
(Bremer Roland und Europahafen)

Quelle: Freie Hansestadt Bremen

Seite: 2, 6, 11, 12, 21, 32, 40, 43, 73, 74,  
79, 88, 93

Quelle: Freie Hansestadt Bremen

Seite: 51, 95

Quelle: bremenports

Seite: 82

Quelle: JadeweserPort

Seite: 89

Quelle: GSP Architekten

Foto: GSP Architekten

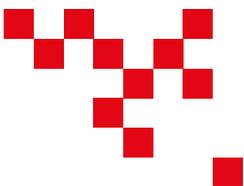
Seite: 90

Quelle: Kunsthalle Bremen

Foto: Karen Blindow

Seite: 92

Quelle: Focke-Museum



**Die Senatorin für Finanzen**

Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen

Telefon: 0421 361 4072

Fax: 0421 496 4072